

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3.00 Mk. monatlich, 1.10 Mk. vierteljährlich, 3.00 Mk. halbjährlich, 5.00 Mk. jährlich. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr
 beträgt für die sechsheftigen Anzeigen je Zeile oder deren Raum 50 Pf. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (steilgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schlußstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 13. Juli 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Sozialdemokratie und bürgerliche Politik.

In der Mittwochsitzung des österreichischen Abgeordnetenhauses kam bei der Verhandlung des Budgetprovisoriums als erster sozialdemokratischer Redner Genosse B. Adler zu Wort. Seine außerordentlich klare Rede beleuchtet die Stellung der Sozialdemokratie zu den bürgerlichen Parteien in so interessanter Weise, sie bietet überdies ein so anschauliches Bild der politischen Situation in Österreich, daß eine ausführlichere Wiedergabe der Rede auch außerhalb der schwarzgelben Grenzpfähle wohl auf Beachtung rechnen darf.

Adler führte aus:

... Es scheint, daß das allgemeine Wahlrecht das erste Mal nicht ganz die Früchte getragen hat, die die Herren gern gewünscht hätten. Die Herren hätten gewünscht, daß das Wahlrecht allgemeiner werde, sie den Ruhm einer demokratischen Reform hätten, und daß das Ergebnis der Wahlreform ungefähr dasselbe Haus wäre, wie sie es früher gehabt haben. Der Ministerpräsident konstatiert mit einem trockenen und einem nassen Auge, daß das Haus ein bißchen anders geworden ist, mit einem Worte, daß eigentlich für seine Wünsche und für die Wünsche der Majorität des Hauses zu viel Sozialdemokraten hier sind. Und er tröstet die Herren, er erklärt diesen Mißstand, er erklärt ihn historisch, er erklärt ihn aus den Sünden des alten Hauses, aus den Sünden der alten Parteien, und er hat den Herren eine wirklich ganz merkwürdige Predigt gehalten, von der ich zwar glaube, daß sie richtig sei, von der ich aber vermute, daß sie ganz ohne Wirkung für die Praxis sein werde. Er hat ihnen gesagt: Ja, man müßte eben mehr den Zusammenhang mit den breiten Massen des Volkes haben. Aber, meine Herren, der Zusammenhang allein tut es nicht, die großen Worte allein tun es nicht, die schönsten Deklamationen tun es nicht — die Massen wollen das Bewußtsein haben, daß die Leute, denen sie ihr Vertrauen schenken, rücksichtslos ihr Interesse vertreten. ...

Der Ministerpräsident tröstet sich weiter und sagt: es sind zwar viele Sozialdemokraten da, aber es ist ihm lieber, sie sind hier als draußen. Wir können ihm da nur die beruhigende Erklärung geben, daß wir trachten werden, von Jahr zu Jahr seinen Herzenswunsch immer mehr zu erfüllen, (lebhaftes Heiterkeit und Beifall), daß auch wir die Hoffnung haben, weil für unsere Bedürfnisse und für die Bedürfnisse des Proletariats noch lange nicht genug Sozialdemokraten hier sitzen, daß das, was er wünscht, von Wahl zu Wahl immer mehr in Erfüllung gehen werde. Aber in einem Irrtum ist der Ministerpräsident: es ist wirklich nicht so, wie er es sich vorzustellen scheint, daß, je mehr Sozialdemokraten er hier hat, umsoweniger draußen seien. (Lebhaftes Heiterkeit und Zustimmung.) Wir sind hier nur der Ausdruck der Tatsache, daß es draußen so viel Sozialdemokraten gibt, ungleich mehr, als die Herren geglaubt haben. Darum hoffen wir, unsere Tätigkeit hier und draußen in der Agitation und Organisation nach wie vor so einrichten zu können, daß die Sozialdemokraten nicht nur hier, sondern auch draußen zunehmen. ...

Der Ministerpräsident hat auch gesagt: „Wir fürchten uns nicht vor den Sozialdemokraten.“ Sie fürchten sich aber doch! Und der politische Ausdruck der ganzen Parteienkonstellation dieses Parlaments, Ihr Zusammenschluß gegen die Sozialdemokraten beweist dies am besten. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.) Aber wir waren darauf gefaßt und erklären unumwunden, daß wir diese Konstellation als einen normalen Zustand ansehen. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) ... Wir sind hier wie in einer Pitabille, von Armen rechts und links eingekreist: hier vom deutschen Vlod und hier vom jüdischen Vlod. Das sieht furchtbar gefährlich aus. Aber diese Vlöde haben ein merkwürdig lockeres Gefüge, und die politische Praxis wird es sehr bald ergeben, daß wir erleben, daß der Ring, der aus diesen Vlöden zusammenschmiebet ist, eifern nur zu allem Schlechten sein wird (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten), niemals aber zu wirklichem und ernstem Fortschritt. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.) Der Grund hierfür ist sehr einfach. So lange es sich darum handelt, Angriffe gegen das herrschende System, die von der sozialdemokratischen Partei ausgehen, abzuwehren, können Sie einig sein, allerdings nicht ganz ohne Schädigung Ihrer Parteigrundsätze, Ihres Ansehens in der Bevölkerung als Partei. ... Aber es kommen auch andere Momente, wo es sich um ernste Klasseninteressen, um wirtschaftliche Interessen handeln wird, und da bin ich neugierig, wie dieser Ring zusammenhalten wird, der aus Agrariern und Städtern besteht, der anfängt bei Sr. Erzellenz dem Ritter von Abrahamowicz und hinübergeht zu den Herren, die auf der äußersten Linken sitzen. ... Aber die Kleinbauern werden anders aus diesem Parlament hinausgehen, als sie her eingekommen sind (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten), und sie werden sich auf die Dauer nicht zum Vorposten für den Herrn Abrahamowicz und die Herrschergehirne der Bureaukratie benutzen lassen können.

Heber das deutsche Bürgerium und seine Vertreter im Parlament will ich hier nicht weiter sprechen und trotz aller prinzipiellen und Parteigegegnerschaft nur das eine sagen: Das hat das deutsche Bürgerium denn doch nicht verdient, daß seine Vertreter es hier bereits zu einer von der christlichen Partei abhängigen Schutztruppe, zu einem Hülfskorps der Christlichsozialen machen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Vorläufig haben wir eine ganz merkwürdige Situation: Sie sind Mitregierer, Sie sitzen in der Re-

gierung, Sie genießen die Freuden der Macht, vielleicht nicht ganz, aber den Glauben der Macht haben Sie doch. Haben Sie nicht manchmal den Eindruck, als ob Ihre parlamentarischen Minister weniger die Vollstrecker Ihres Willens als die Geiseln sind, die die Regierung und die Majorität vorläufig behält, um von Ihnen zu erzwingen, daß Sie sich fügen? (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Herrschen? Danach schaut es nicht aus. (Heiterkeit.) Es schaut vielmehr nach einem chronischen Kompromiß, wenn nicht nach einer chronischen Kompromittierung aus. (Heiterkeit und Beifall) ...

Was haben wir zu diesem Zusammenschluß zu sagen? Wir vertreten hier die Interessen der Arbeiterklasse aller Nationen, und wenn Sie das früher vielleicht bestritten haben, so werden Sie doch heute zugeben müssen, daß ein viel beträchtlicher Teil der Bevölkerung, als Sie selbst vermutet haben, die Sozialdemokraten als ihre Vorkämpfer anerkennt. Wir vertreten dieses Interesse der Arbeiterklasse mit voller Schärfe und Rücksichtslosigkeit und sind darauf gefaßt, daß, wo dieses Interesse mit dem der herrschenden Klasse zusammenstößt, all Ihr Getöse über Volksparteien und Vertretung aller möglichen Schichten überschwinden und der nackte Klassengegensatz zu Tage treten wird. ...

Die Chronik hat auch soziale Reformen angekündigt. Aber Baron Beck hat in seiner Programmrede eine sehr verdächtige Einschränkung gemacht. Er will sie mit der gebotenen Rücksicht auf die Existenzbedingungen der Produktion. Wenn wir glauben könnten, daß die Regierung und die Parteien, die heute die Majorität haben, die Existenzbedingungen der Produktion richtig verstehen, könnten wir vollauf mit dieser Begrenzung einverstanden sein; denn die wichtigste Existenzbedingung der Produktion ist die Arbeits- und Konsumfähigkeit des Arbeiters. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.) Mit jedem Lohnzulden, den die Arbeiterschaft erobert, mit jedem Fortschritt in der Lebenshaltung der Arbeiterschaft erhöht sich auch die Leistungsfähigkeit der Industrie. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Regierung die soziale Reform weiter noch dadurch unterstützen will, daß sie das Koalitionsrecht der Arbeiter voll zur Wahrheit werden läßt und jeden Versuch, daran zu rühren, als ein Attentat nicht nur auf das Recht der Arbeiter, sondern auch auf die Existenzbedingungen der Industrie abwehrt, sind wir damit gleichfalls einverstanden. Aber trotzdem müssen wir uns darauf gefaßt machen, daß wir die Sozialreform in allen Einzelheiten Schritt für Schritt werden erkämpfen müssen. ... Bei der Sozialreform handelt es sich aber nicht nur um Altersvorsorge-, Versicherungs- und Arbeitsschutzgesetze, sondern in sehr hohem Maße auch um die Verwaltung und vor allem um die Sanitätsverwaltung. Wenn wir in unserem Staate, der in allem rückständig ist, der teuer und schlecht verwaltet ist, vorwärts kommen wollen, so ist vor allem die Sorge für die Volksgesundheit notwendig. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Damit meine ich nicht nur die elende Vorfrage für die Kranken, die unser Zeitalter geradezu schändet. Nicht um Werke der Caritas allein handelt es sich, nicht um freiwillige Almosen, sondern um ein Recht. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Sanitätsverwaltung müßte ganz selbständig neben der politischen Verwaltung stehen und dürfte ihr nicht untergeordnet sein. Zu dieser positiven Arbeit ist die Sozialdemokratie durchaus geneigt. Die Sozialdemokratie will das Recht der Bevölkerung auf Gesundheit verwirklichen und in diesem Rechte liegt das ganze sozialdemokratische Programm in allen seinen Konsequenzen bis zur Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten.) ...

Sie setzen in Ihren Reden so oft unser Maximalprogramm, unsere letzten Ziele und unsere tägliche Arbeit, die wir verrichten, einander entgegen. Verhüten Sie sich: Zwischen unserem Maximalprogramm und unserem Minimalprogramm, zwischen unserem letzten Ziele und unserer heutigen Arbeit besteht kein Gegensatz, sondern der intimste lebendigste empfundene Zusammenhang. Jeder Schritt, in dem wir unser Minimalprogramm verwirklichen, jeder Schritt, in dem wir der Arbeiterklasse Organisation, höhere Lebenshaltung, Selbstbewußtsein, Freiheit, Entwicklung, Kulturmöglichkeit geben, bringt uns dem Moment näher, den Sie so fürchten und den wir so erhoffen, jenen Moment wo der heutige Zustand mit dem Bewußtsein der ganzen arbeitenden Massen unüberträglich geworden sein wird und wo er verschwinden wird — wenn wir auch heute nicht sagen können, durch welchen Mechanismus er verschwinden wird.

Wir sind in dieses Haus eingetreten im Gefühl der vollen Verantwortung, im Gefühl der Verantwortung gegenüber dem arbeitenden Volke, gegenüber der arbeitenden Klasse aller Nationen, die uns hierhergeschickt hat, nicht um Phrasen zu machen, nicht um Schaumsträger zu treiben, nicht um uns in die Gefolgschaft einer Majorität bannen zu lassen, daß alles andere als volksfreundlich ist, sondern die uns hierher geschickt hat, um nützliche Arbeit zu verrichten. Und das wird die Sozialdemokratie tun, fleißig, aber auch furchtlos und rücksichtslos nach allen Seiten. Kreisen Sie uns ein! Schließen Sie den Ring! Wir sind den Kampf gewöhnt, und wir werden ihn kämpfen — mit Ihnen allen und überdies mit der Regierung.“

Der Magdeburger Landfriedensbruch vor dem Reichsgericht.

Am Donnerstag fällt das Reichsgericht in einem Magdeburger Landfriedensbruchprozess ein recht auffälliges Urteil. Vor dem Schwurgericht in Magdeburg standen am 29. April 18 Angeklagte, die zu größeren Arbeitertrupps gehörten, die einen „Arbeitswilligen“ größere Wegstrecken begleiteten, ohne daß jenem

etwas geschähe wäre. Diese Art der „Begleitung“ soll am 4. und 6. Februar geschehen sein. Sechs Angeklagte wurden überhaupt freigesprochen. Bei den 12 anderen Verurteilten wurde in dem Vorfall am 4. Februar nur grober Unfug, aber in dem Vorfall vom 6. Februar Landesfriedensbruch gesehen. Strafen von 1 bis 5 Monaten Gefängnis und Haftstrafen wurden ausgesprochen. Nämlich kommt das Merkwürdige. In der langen Revision der Verurteilten beim Reichsgerichte hoben sie u. a. hervor, daß im Protokoll zu Unrecht geschrieben stehe, daß ein Zeuge den Zeugeneid geleistet habe. Das gerade Gegenteil sei richtig. Dem Senat des Reichsgerichts liegt die amtliche Bestätigung des betreffenden Gerichtsschreibers vor, daß er irrtümlicherweise die Vernehmung niedergeschrieben habe, ohne daß Zeuge M. tatsächlich vereidigt worden sei. Er, der Gerichtsschreiber, habe vergessen, in der Hauptverhandlung das Protokollformular zu berichtigen. Der Vorsitzende des Schwurgerichts hat darauf erklärt, er entsinne sich des Vorfalls nicht mehr, und deshalb die Verurteilung des Protokolls abgelehnt.

Weiter wurde in der Revision gerügt, daß § 377 des Strafgesetzbuches verletzt sei, weil der Antrag der Verteidigung, die Geschworenen zu fragen, wer dem Reichsverbande angehöre, vom Gericht abgelehnt worden sei. Man hätte dadurch die Befangenheit der Geschworenen nicht prüfen können. Der Reichsanwalt bemerkte ganz kurz: Es genüge, daß das Protokoll sagt: der Zeuge leistete den Eid. Daran sei die Revisionsinstanz gebunden. Dem schloß sich der III. Strafsenat an und begründete die Verwerfung der Revision mit folgenden Ausführungen:

Der § 279 der Strafprozeßordnung schreibt vor, daß die Geschworenen vor der Auslosung aufzufordern sind zur Anzeige von Gründen, die sie zur Ausübung ihres Amtes unfähig machen (§§ 22 und 32 der Strafprozeßordnung). Weiter geht das Gesetz nicht; deshalb brauchte der Vorsitzende die zur Aburteilung des Falles berufenen Geschworenen nicht zu fragen, ob sie dem genannten Verbands angehören. Was die Verurteilung des Zeugen Meinde betrifft, so wird diese durch das Protokoll bezeugt, auf dieses allein aber könne sich das Reichsgericht stützen. Eine Verurteilung des Protokolls hätte nur erfolgen können, wenn die beiden Urkundspersonen, der Vorsitzende und der Gerichtsschreiber, darin einverstanden gewesen wären, daß das Protokoll unrichtig sei.

Das heißt denn doch den Formalismus des Rechts bis zur absoluten Verneinung des Rechts treiben. Die Weisheit eines Protokolls entfällt, wenn einer der Urkundspersonen bezeugt hat, daß das von ihm im Protokoll zum Ausdruck Gebrachte unrichtig ist. Ob es den Angeklagten gelingen wird, im Wege des Wiederaufnahmeverfahrens zu ihrem Recht zu gelangen, ist bei den engen Grenzen, die für ein solches Verfahren gezogen sind, recht zweifelhaft. Unzweifelhaft ist nach dem Obigen: Die Angeklagten sind infolge grober Verstoßes gegen das Gesetz verurteilt. Und weil dieses Verstoßes ein Zeuge sich entsinnt, der andere nicht mehr entsinnt, sollen nach reichsgerichtlicher Ansicht die Angeklagten zu Unrecht ins Gefängnis. Ein merkwürdiges Recht.

Das Fiasko des Verbandes der Baugeschäfte.

Das Resultat der letzten Vautenkontrolle — gestern im „Vorwärts“ veröffentlicht — hat in den Reihen der Arbeiter große Befriedigung hervorgerufen. Hier konnte man an durchaus zuverlässigen Zahlen, an einer sehr gewissenhaft aufgenommenen Statistik erkennen, welche Erfolge die Taktik der Unternehmer gezeitigt hatte. Seit dem 4. Juni kündigten die Arbeitgeber an, daß am 1. Juli die Vauten geöffnet werden sollten, und nun arbeiteten sie mit Hochdruck daran, Arbeitswillige heranzuschaffen, damit sie auch inlande waren, die angekündigte Eröffnung vorzunehmen.

Wie die Situation sich gestaltet hat, das schilderte Silber Schmidt am Freitag vormittag in Freyers Festreden einer Generalversammlung des Zentralverbandes der Maurer.

Er wies an der Hand der Vautenkontrolle nach, daß es eitel Duns ist, wenn die Unternehmer in der bürgerlichen Presse verkünden lassen, daß die Situation für sie günstig sei. Wenn sie bekannt machen lassen, daß nur 48 Mitglieder vom Verband der Baugeschäfte abgefallen sind, so rechnen sie mit alten Zahlen. 84 Firmen vom Verband haben unterschrieben, darunter einige der größten. Gerade in der Zeit vom 26. Juni bis 10. Juli, als der Verband davon träumte, die Hauptschlüsse gegen die Organisation der Arbeiter zu führen, haben 52 Firmen, Mitglieder des Verbandes, ihren Frieden mit den Arbeitern gemacht. Das zeigt, welches Mißtrauen sie der Taktik ihrer Verbandsleitung entgegenbrachten.

Von den bisher abgeschlossenen Tarifverträgen sind 829 Verträge mit Maurern und Bauarbeitern und 665 mit Zimmerern abgeschlossen, das ergibt zusammen 1494. Wenn die Vautenkontrolle die Zahl 1323 zeigt, so diene zur Erklärung, daß eine Reihe Firmen Doppelverträge, mit Maurern und mit Zimmerern, abgeschlossen haben. Von den genannten 84 Firmen vom Verband beschäftigten 14 nur Zimmerer.

Die Zahl der Arbeitswilligen hat zugenommen wie folgt:

	Es waren am 26. Juni	10. Juli	Zunahme
Affordmurer . . .	1227	1661	404
Wilde	1120	1358	238
	2347	2999	+ 642

Daß diese Zahlen stimmen, wird auch von Seiten der Arbeitgeber bestätigt durch folgende Bekanntmachung in den bürgerlichen Zeitungen:

„Während am 7. Juli 1910 Arbeitswillige vorhanden waren, haben sich wieder annähernd 600 Mann gemeldet. Es stehen jetzt

(10. Juli) an Arbeitswilligen auf den Bauten Groß-Berlins in Arbeit: 882 Maurer, 292 Zimmerer und 2330 Bauarbeiter. Die Zahl der Maurer hat sich in den letzten drei Tagen um 111, die der Zimmerer um 40 und die der Bauarbeiter um 332 vermehrt.

Die Maurer stellen fest, daß die Zahl der Arbeitswilligen sich um 642 vergrößert habe und der Verband der Baugeschäfte behauptet, daß er am 10. Juli 882 Maurer hatte. Darunter sind 400 Affordmurer und 400 alte, invalide Leute, Ausländer und sonstige Elemente. Es fehlen dem Unternehmerverband noch 10000 bis 11000 Maurer! 438 Bauten liegen still und 314 sind nur teilweise (mit 1358 Maurern) besetzt. 90 Bauten befinden sich unter Zwangs Vollstreckung! War bis zum 1. Juli noch ein einigendes Band durch die gleiche Notlage für die Unternehmer vorhanden, so ist durch die aufgehobene Aussperrung große Uneinigkeit, Neid und Mißgunst hervorgerufen worden und die allgemeine Enttäuschung wird größer, je weniger es gelingt, die Ansprüche der einzelnen Mitglieder nach Arbeitskräften zu befriedigen. Die Hoffnung auf die Affordmurer ist eine vergebliche, diese können die Situation nicht wesentlich ändern. Man muß immer wieder daran erinnern, daß vor Beginn des Kampfes etwa 17000 Maurer und 6700 Zimmerer in Berlin tätig waren. Von den Zimmerern arbeiten zurzeit zu den neuen Bedingungen 3583, das sind 53,5 Proz. der vorher hier Beschäftigten.

Bei den Maurern haben die 8 1/2 stündige Arbeitszeit 4739 organisierte und 692 auf Bauten, wo im Afford gearbeitet wird oder wo der volle Tarif nicht anerkannt ist, zusammen also 5431 Maurer, das sind 32 Proz. der früher hier Beschäftigten.

Die Feststellungen der Organisation am 7. Juli haben folgendes Resultat ergeben:

Zu den neuen Bedingungen arbeiten:		
Maurer vom Zentralverband	8000	5222
von der Freien Vereinigung	684	
Christlichen Organisation	275	3583
Zimmerer vom Zentralverband	2170	
von der Freien Vereinigung	1413	
Bauarbeiter vom Zentralverband	5457	6704
von der Freien Vereinigung	192	
Christlichen Organisation	115	
Insgesamt	14599	

Die Zahl der Streikenden ist wie folgt:		
Maurer vom Zentralverband	3181	4197
von der Freien Vereinigung	983	
Christlichen Organisation	78	1315
Zimmerer vom Zentralverband	807	
von der Freien Vereinigung	508	
Bauarbeiter vom Zentralverband	8241	9664
von der Freien Vereinigung	358	
Christlichen Organisation	65	
Insgesamt	9178	

Von 2800 im Verband organisierten Büchern stehen noch 249 im Streik, die übrigen sind nur auf Bauten beschäftigt, wo die neuen Forderungen bewilligt sind.

Von 2750 Arbeitern der Gips- und Zementbranche, organisiert im Verband, sind 514 in Mitleidenschaft gezogen.

In der Bautenkontrolle sind 4739 Maurer angeführt, die zu den neuen Bedingungen arbeiten, die Organisationen haben aber 5222 Leute mit Arbeitsberechtigungskarten gezählt. Die Differenz entsteht dadurch, daß 228 Kanalmaurer und etwa 200 Pfeifenleger und Backofenbauer diese Karten erhalten haben.

Die Arbeiter können mit ihren bis jetzt errungenen Erfolgen zufrieden sein, erklärte Silber Schmidt. Die Leitung wird bei der eingeschlagenen Taktik beharren und wachsam die Anstrengungen der Gegner, aus dem Auslande Arbeitswillige heranzuziehen, verfolgen. Man hat in sehr wirksamer Weise diesen Anstrengungen schon entgegen gearbeitet und manchen Transport abgefangen oder die Anwerbung von Leuten vereitelt. Die Berliner Maurer dürfen nicht vergessen, daß alle deutschen Kollegen jetzt mit Spannung diesen Kampf verfolgen, von dem auch für sie sehr viel abhängt. Noch ist das Ende nicht abzusehen, aber es besteht kein Zweifel mehr darüber, daß dieser Kampf wie der der Holzarbeiter mit einem Siege der Arbeiter enden wird.

Schutz gegen Richter.

Die Notwendigkeit eines Schutzes gegen gesetzwidrige Handlungen von Richtern und die Art der Verhandlung durch einige preußische Richter zeigen die nachfolgend geschilderten Verhandlungen vor dem Mittenwalder Amtsgericht.

Am 28. April d. J. kam der Stukkatour Alfred Wredschneider bei einer Flugblattverbreitung nach Leipzig. Ein seiner Flugblätter gab er in einer Stube ab, welche von der Polizeibehörde in Leipzig benutzt wird. Er erhielt deswegen ein Strafmandat über 30 M. wegen Verletzung des preußischen Putschgesetzes. Auf erhobenen Widerspruch hatte er am 27. Juni d. J. Termin vor dem Schöffengericht in Mittenwalde, der sich unter Vorsitz des Richters Dr. Stargardt etwa wie folgt abspielte.

W. trat bei Aufruf der Sache vor den Richter. Darauf der Richter Dr. Stargardt in scharfer Tone: „Wie heißen Sie?“ W. nannte seinen Namen. Der Richter: „Wo wohnen Sie?“ Angeklagter nannte seine Wohnung. „Dahin Sie die Verurteilung aufricht?“ W.: „Ja wohl.“ Darauf der Richter in noch schärferer Tone: „Dann gehen Sie sofort in die Anklagebank!“ Als Wredschneider dies tat, fuhr der Richter fort: „Sie sind also der Stukkatour Alfred Wredschneider, wohnhaft in Charlottenburg, und dann in bairischem Tone, „wann sind Sie geboren?“ W.: „Am 4. 1. 78.“ „Richter: „Am 4. März 78?“ W.: „4. 1. 78.“ „Richter: „Sie belibien wohl „ersten“ schöner zu finden, als wie Januar zu sagen: bei mir heißt es Januar.“ Angeklagter: Herr Richter, es ist doch allgemein Muß, daß man auch den Monat mit einer Zahl bezeichnet.“ Richter: „Es heißt bei mir aber Januar.“ W.: „Gut, dann heißt es Januar.“ „Richter: „Sind Sie verheiratet?“ W.: „Ja wohl.“ „Richter lächelnd (der Angeklagte ist getaufter Jude): „Welcher Religion sind Sie?“ W.: „Evangelisch.“ „Richter: „Mit wem sind Sie verheiratet?“ W., der im Augenblick nicht wußte, was der Richter mit der Frage bezweckte, nachdem er ihm schon geantwortet hatte, daß er verheiratet sei, und dem durch den Kopf schoß, er habe vielleicht einen Formfehler gemacht, wie vorher bei der Beantwortung der Frage, wann er geboren sei, aufgeregt: „Herr Richter, ich weiß nicht, wie soll ich das verstehen?“ „Richter: „Herr Rechtsanwalt!“ Der Rechtsanwalt erhob sich und beantwortet drei Tage nach dem Angeklagten, ohne dem Angeklagten Gelegenheit zu geben, sich auf den Antrag des Anwalts zu äußern, erst ins Beratungsamt, kommt nach einer halben Minute zurück und verkündet als den Beschluß des Gerichts: „Der Angeklagte ist wegen Ungehör vor Gericht in eine sofort zu vollstreckende Strafe von drei Tagen Haft ankommen.“

Wredschneider wurde sofort in das Gefängnis abgeführt. Sein Brief an seine Frau, der er seine Verhaftung mitteilte, wurde erst am folgenden Tage auf seine besondere Bitte abgeholt, nachdem der Richter vorher erklärt hatte, daß er ihn nicht abschide, weil ihm der Inhalt nicht passe. Sein Brief an einen Charlottenburger Genossen, in seiner Sache die erforderlichen Schritte zu tun, wurde überhaupt nicht abgeholt. Der Richter Dr. Stargardt sagte zu dem Verhafteten, als er zur Revision ins Gefängnis kam: „Sehen Sie, das sind die Folgen davon, daß man sich von gewissen Leuten so verhalten läßt.“

Abermalige Verhandlung der Sache fand am 11. Juli d. J. vor dem Richter Dr. Stargardt statt. W. ließ sich durch den Rechtsanwalt Dr. Herzfeld vertreten. Der Polizeiergentum belundete, daß ihn der Bürgermeister habe auslassen lassen, weil W. im Bureau der Polizeibehörde eine Flugchrift abgeben hatte. W. habe auch ihm in seiner Wohnung eine Flugchrift gegeben. Er habe auch gesehen, wie W. eine Flugchrift einer Frau im Dorfe in deren Hausflur abgeben habe. — Der Verteidiger legte dar, daß die nicht gewerdmäßige öffentliche Verbreitung von Flugchriften schon nach Erlass des Reichs-Putschgesetzes von 1874 im allgemeinen eine polizeiliche Erlaubnis nicht mehr erfordert, sondern von der Ortspolizeibehörde gewissen Personen verboten werden konnte. Weiterhin, daß im Reichs-Putschgesetz die landesgesetzlichen Bestimmungen nur für die öffentliche unentgeltliche Verbreitung von Besanunmachungen, Plakaten und Aufrufen aufrechterhalten werden. Aber auch dieses Recht sei durch die Novelle zur Reichs-Gewerbeordnung von 1888 insoweit beseitigt, als die nicht gewerdmäßige Verbreitung von Flugchriften in geschlossenen Räumen einer polizeilichen Erlaubnis unter allen Umständen nicht bedürftig erklärt werde. Wenn also der Angeklagte der nicht gewerdmäßigen Verbreitung von Flugchriften im Bureau der Polizeibehörde zu Leipzig angeklagt und dies Bureau auch ein öffentlicher Ort sei, so sei dies selbst nach dem noch gültigen Teil des Preussischen Putschgesetzes nicht strafbar, da die Flugchriften weder Besanunmachungen, noch Plakate, noch Aufrufe seien. Sicherlich aber sei die Abgabe des Flugblattes im Polizeibureau gegenüber dem § 43 Absatz 5 der Reichsgewerbeordnung straflos, da das Bureau der Polizei in Leipzig, wenn es auch ein öffentlicher Ort sei, doch einen geschlossenen Raum darstelle, und die Verbreitung in geschlossenen Räumen, auch wenn sie öffentliche Orte seien, durch diesen § 43 freigegeben werde.

Das Gericht beurteilte den Angeklagten wiederum zu einer Geldstrafe von 30 Mark eventuell 3 Tagen Haft. Der Richter Dr. Stargardt verkündete, das Gericht sei den Rechtsauffassungen des Verteidigers gefolgt, aber dennoch zu einer Verurteilung gekommen. Der Angeklagte habe ein Flugblatt in einem Hausflur abgegeben, und der Hausflur sei ein öffentlicher Ort. Der § 10 des preussischen Putschgesetzes konnte deshalb zur Anwendung.

Das Urteil ist zweifellos ein falsches und wird in den ferneren Rechtsinstanzen aufgehoben werden. Geschlossene Räume im Sinne des § 43 Absatz 5 sind alle Räume unter Dach und Fach. Nicht darauf kommt es im § 43 Absatz 5 an, ob der Raum ein öffentlicher oder ein nicht öffentlicher ist, sondern ob er unter Dach und Fach sich befindet. Daher ist das Verbreiten von Flugblättern in öffentlichen Nichthäusern, auch in öffentlichen Hausfluren straflos. So hat auch das Kammergericht (S. 3. V. Urteil vom 27. September 1897) angenommen. Der Mittenwalder Richter hat offensichtlich die durchaus zutreffenden Rechtsauffassungen des Verteidigers, dem das Gericht im Urteil gefolgt sein will, überhaupt nicht verstanden.

Aber nicht die Unzulänglichkeit einer zutreffenden Scheidung zwischen den Begriffen, die das Gesetz angewendet wissen will, durch den Richter ist das Auffälligste an den vorstehend geschilderten Verhandlungen, sondern die Auserlegung der Ordnungsstrafe und das Verhalten des Richters im Gefängnis. Die Auserlegung der Ordnungsstrafe, die Nichtabfindung des Briefes und die Kennerung, die sich der Richter im Gefängnis erlaubte, sind gesetzwidrige Handlungen. Dem Angeklagten ist keinerlei Gelegenheit gegeben, sich dagegen zu wehren, daß seine Antwort auf die in der Tat recht unverständliche Frage des Vorsitzenden keineswegs eine Ungehör war. Das widerspricht aber dem Gesetz. Ebenso war die Nichtabfindung des Briefes, in dem um Rechtsbeistand gebeten wurde, dem Gesetz nicht konform. Der Angeklagte hat leider infolge dessen und da ihm unbekannt war, daß die Weisung des Richters gegen die ungesetzliche Ordnungsstrafe nur eine Woche beträgt, unterlassen, rechtzeitig die höhere Instanz gegen die ihm widerfahrene Unbill anrufen zu lassen. Noch weit über die besprochenen Gesetzwidrigkeiten hinaus geht das für den Charakter des Richters kennzeichnende Benehmen des Richters im Gefängnis. Gegen diese Ausübung äußerlicher Macht hätte die vorgesetzte Behörde unbedingt einzuschreiten. Es hätte und nicht Wunder nehmen können, wenn der Verhaftete das Benehmen des Richters als eine anmaßende Verletzung aufgefaßt hätte, deren sofortige Remedur durch ein paar Knäuelchen nach dem Gesetz zulässig sei. Das gesamte Verhalten des Richters beweist, daß für die Ausübung seiner Tätigkeit weniger richtige Rechtsansichten als höchst unzureichende politische Erwägungen eine Rolle spielten, die in der widerlichsten, plumpestesten Weise sich breit machten. Reichsgesetzlicher Schutzes der Angeklagten gegen derartige — Menschlichkeiten und Rechtswidrigkeiten von Richtern sind vielleicht noch mehr im Interesse der Rechtspflege, als der Angeklagten dringend notwendig.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 12. Juli 1907.

Zur Charakteristik der Zentrumspreffe.

Das von uns bereits im geistigen Leitartikel „Zentrum und Vatikan“ gekennzeichnete feige Verhalten der Zentrumspreffe, besonders der „Köln. Volksztg.“, gegenüber den Angriffen der vatikanischen Presse auf deutsche Zentrumsführer und Bischöfe, findet auch im „XX. Jahrhundert“, einem Organ der sogenannten Reformkatholiken, scharfe Verurteilung.

„Wir wußten und glauben nicht“, schreibt dieses Blatt, „daß der geistlichste Servilismus im katholischen Deutschland in der deutsch-katholischen Presse so eingefressen sei, wie wir es in diesen Tagen klar erkennen und einsehen lernen mußten. Wir wußten: es ist vieles faul im Staate Dänemark! Aber in solcher Breite? Wir sind erschrocken. So viel Anechtinn, so viel Gesetzmäßigkeit und Heuchelei haben wir denn doch nicht vermutet! Wer schreibt denn die katholischen Zeitungen in Deutschland? Wir haben fast nur schwänzelnde Bedienstete gesehen, und kaum da und dort hat sich eine eheliche offene Meinung gezeigt. Fast sollte man sich darüber freuen: wenn die Wotten und Licht fliegen, verbrennen sie. Aber sie haben sich zum Teil nicht einmal ans Licht gewagt. — Die wirklich tüchtigen Kräfte des Zentrums sind freien Geistes, aber sie haben sich in ein System hineingezwungen, das ihre eigene Freiheit bemitt. — Das System duldet an den Zeitungen keine selbständigen Männer, sondern nur jedes Winkes gewärtige befradte Kellernaturen.“

Die „Köln. Volksztg.“ wird wahrscheinlich auf diese Charakteristik mit der von ihr empfohlenen „kühnsten Ruße“ parieren. —

Zur Schell-Commer-Affäre.

Wie dem „Verl. Lokal-Anzeiger“ telegraphisch aus Würzburg gemeldet wird, hat Professor Reelke das Dekanat der Würzburger katholisch-theologischen Fakultät niedergelegt. Man bringt diesen Schritt mit Professor Commer's Schrift über Schell und dem Briefe des Papstes an Commer in Verbindung; denn beide Publikationen

richteten ihre Hauptstöße gegen Werte, der mit Schell befreundet war und auch den Aufruf zugunsten eines Grabdenkmals für diesen unterzeichnet hat.

Eine Kommission zum Studium des Eingeborenrechts der deutschen Schutzgebiete.

Das Kolonialamt hat endlich getan, was es längst hätte tun müssen: es hat eine Kommission zum Studium und zur Formulierung des Eingeborenrechts der deutschen Kolonien zusammengestellt. „Die viele Fehler, wie viele Kontraste“, schreibt dazu die „Frankf. Zeitung“, sind darauf zurückzuführen, daß man die Eingeborenbevölkerung in Kolonien oder Schutzgebieten kurzweg nach aus Deutschland, obendrein aus dem bürokratisch verstaubten Teil Deutschlands, mitgebrachten Regeln glaubte behandeln zu können und dadurch ohne Not zum eigenen Schaden Mißtrauen oder offene Feindschaft weckte. Die Rechtsauffassungen ungebildeter oder wenig zivilisierter Völkern mögen nach dem Maßstab europäischer Kultur- und Staatsbegriffe entschieden minderwertig sein, so erscheinen sie doch den Völkern, für die sie gelten, nicht so und der Fremde, der sie absichtslos oder gar absichtlich verlegt, macht sich damit vor vornherein eine ungünstige Position für seine eigenen politischen oder wirtschaftlichen Zwecke. Gestellt sich dazu nach Peterschem Muster noch ein ungezügelter Herrengefäß, so sind die Folgen Reibungen im Kleinen oder schließlich blutige Kämpfe großen Umfangs. Es handelt sich also für den Kolonisator darum, die Rechtsauffassungen der Völkern, mit denen er in Verbindung steht oder erst befehlen will, möglichst genau zu kennen. Bringt der Beamte, der Kaufmann, der Soldat, wenn er in die Kolonie kommt, Vorkenntnisse dieser Art bereits aus der Heimat mit, so wird ihm das Einleben in jeder Beziehung leichter fallen, als wenn er sich diese Kenntnisse erst an Ort und Stelle, wahrheitsgemäß unvollständig und in einem unergonomischen langen Zeitraum erwerben müßte. Insofern kann eine Kodifizierung des Eingeborenrechts ganz außerordentlichen praktischen Nutzen bringen.“

Das ist an und für sich richtig; aber zweifelhaft erscheint uns, ob die Kommission solche nützliche Arbeit in befriedigender Weise leisten wird, denn zum Vorstehenden hat sich die Kommission den bekannten Prof. Köhler ernannt, den einseitigsten Vertreter der sogenannten ethnologischen Jurisprudenz, dessen besondere Vorliebe es ist, die Rechtsbräuche primitiver Völkern unter moderne Rechtskategorien zu bringen und liberal Rechtsanalogien zu entdecken. Seine Studien über primitives Recht, wie er sie in der „Zeitschrift für vergleichende Rechtswissenschaft“ veröffentlicht hat, erscheinen in ihrer Schematisierung und Zusammenfassung der Rechtsbräuche unter modernen Rechtsprinzipien als völlig verfehlt; denn der formale Rechtsinhalt eines Rechtsbrauches sagt uns noch recht wenig über seine soziale Bedeutung. Genau daselbe Verbot, zum Beispiel Jagdverbot, kann je nach den besonderen wirtschaftlichen Verhältnissen je nachdem, ob es sich um ein Jagdtreibendes, ein Gärtenbau oder ein ackerbaurendendes Volk handelt, und je nach dem Maße, in welchem es innerhalb dieser Kreise den Nahrungsmittelverbreit einschränkt, von ganz verschiedener Bedeutung sein. Und ebenso wissen wir noch gar nichts, wenn wir nur den formalen Inhalt eines Heiratsverbotes kennen lernen und nicht zugleich erfahren, wie die Familienverfassung beschaffen ist, auf welche bestimmten Verwandtschaftskreise sich das Verbot erstreckt und welche Stellung diese Kreise in der gesellschaftlichen Gliederung einnehmen. Die Annahme, daß in gleichen oder analogen Rechtsbräuchen sich auch gleiche oder analoge Rechtsgedanken manifestieren, ist total verkehrt. Weder äußert sich in ihnen die gleiche Rechtsidee, noch darf auf der Gleichartigkeit auf gleiche Rechtsmotive geschlossen werden. Formell gleichartige Rechtsnormen können unter verschiedenartigen Umständen nicht nur aus verschiedenartigem Beweggründen herausgewachsen sein, sondern auch verschiedene Rechtswerte verfolgen. Um bei dem eben erwähnten Beispiel zu bleiben, so kann dieselbe Heiratsverbot zum Beispiel bei dem einen Volke dem Motiv der Verhinderung bestimmter Verwandtschaftsbeziehungen entspringen sein, bei einem anderen Volke dem Motiv der Aufrechterhaltung bestimmter Familienverhältnisse und bei einem dritten dem Bestreben, das Geschlechts- oder Familieneigentum zusammenzuhalten. —

Ein südwestafrikanisches Geschäft.

Die „Siedelungsgesellschaft für Südwestafrika“ hat gestern in ihrer Generalversammlung beschlossen, einem Abkommen mit der Regierung zuzustimmen. Nach diesem Abkommen soll der Siedelungsgesellschaft, die sich übrigens in eine Gesellschaft m. b. H. verwandelt, das bereits in Nutzung genommene Farmland in Größe von zusammen 55000 Hektar erbleiben. Außerdem soll ihr als Entschädigung für einen während des Aufstandes angefaßten noch ungedeckten Verlust in Höhe von 143000 M. das Recht zustehen, binnen Jahresfrist aus ihrem ehemaligen Gebiet sich weitere 100000 Hektar in Wotsa a 25000 Hektar auszuwählen. Des weiteren soll der Gesellschaft aus Grundstücksverläufen aus ihrem früheren Siedlungsgebiet der Erlös bis zur Höhe von 200000 Mark ausgezahlt werden!

Dieser Vertrag ist für die Siedelungsgesellschaft äußerst günstig. Zunächst wird die Gesellschaft sich die 100000 Hektar des besten Landes aussuchen. Gelingt es der Regierung, von den weiteren 845000 Hektar des Siedlungsgebietes — das im ganzen eine Million Hektar umfaßt — noch für 200000 M. Land zu verkaufen, so fließt der Ertrag für dies nächst dem besten Land in die Taschen der Siedelungsgesellschaft. Ob das schließlich übrig gebliebene schlechteste Land dann noch einen Pfennig wert ist, ist sehr die Frage!

So verhilft man den Monopolgesellschaften zu Geschäften! —

Eine Ehrenerkklärung für Bronsart v. Schellendorf.

die vor vier Jahren der Hänge-Peters selbst abgegeben, veröffentlicht die „Münch. Post“ in ihrer letzten Nummer. Sie lautet: „Ich habe im November vorigen Jahres auf Grund von Mitteilungen einer absolut einwandfreien Quelle gegen Herrn Lewnant a. D. Bronsart von Schellendorf den Vorwurf erhoben, daß er der Verfasser, das will sagen, der Fälscher des vielgenannten Tuderbriefes sei.“

Inzwischen habe ich auf Grund neu eingesehenen Materials feststellen können, daß mein Vertrauensmann mit seinen Mitteilungen im Irrtum war und daß Herr v. Bronsart nichts mit dem Tuderbrief zu tun hat. Es freut mich, dies von einem afrikanischen Kameraden hiermit öffentlich feststellen zu können. Ich ziehe auch meine später erhobenen Einwendungen gegen die Glaubwürdigkeit des Herrn v. Bronsart hiermit zurück.“

Allerdings muß ich nach den kürzlich erschienenen Veröffentlichungen dennoch annehmen, daß Herr von Bronsart als Erster, wenn auch privatim, Herrn Geheimrat Hellwig hinter meinem Rücken Mittelungen über die damaligen Vorgänge am Afrikanischen Reich gemacht, ein Vergehen, das ich jedoch gentlemanlike, noch kameradschaftlich finden kann. Dies ist jedoch ein Punkt, welchen Herr von Bronsart nicht mit mir, sondern mit seiner damaligen vorgesetzten Behörde, dem Auswärtigen Amt, auszumachen hat.

Berlin, den 10. Februar 1908, (963) Karl Peters.

Also im Jahre 1903 erklärte Dr. Peters selbst Herrn v. Schellen-
dorf noch für glaubwürdig; im Jahre 1907 erklärte ihn auf einmal
die Peters-Liège für ein Individuum, dem bereits im Jahre 1896
von dem Disziplinargerichte keine Glaubwürdigkeit mehr hätte, bei-
gemessen werden dürfen!

Stänker keine Beleidigung.

Vor dem Schöffengericht in Hamm kam am 12. Juli ein Be-
leidigungsprozess des Reichstagsabgeordneten Erzberger gegen
den preussischen Landtagsabgeordneten Professor Dr. Berndt
zum Austrag. Der Beleidigungslage lag folgender Sachverhalt
zugrunde: In einer nationalliberalen Wählerversammlung am
6. Januar d. J. hatte nach einer Rede des Reichstagsabgeordneten
und jetzigen Abgeordneten Westermann auch der nationalliberale
Landtagsabgeordnete Dr. Berndt das Wort ergriffen und nach
einem Bericht des „Westfälischen Anzeigers“ unter anderem
folgendes ausgesprochen: „Mit „Enthüllungen“ tat sich be-
sonders hervor der Kolonialstänker Erzberger! (Weiterkeit und Weisheit.) Aber der Kolonialdirektor kam ihm mit
Enthüllungen zuvor, an die er noch lange denken wird. Es ist
bedauerlich, daß die Sozialdemokratie in Kolonialfragen sich dem
Zentrum ins Schlepptau nehmen läßt. Denn es ist kein Zweifel,
daß in der Kolonialstänkerlei die Führung dem Zentrum
zukommt.“

Wegen dieser Sache aus einem Bericht des „Westfälischen
Anzeigers“ über die Versammlung hatte Erzberger Privatklage
angeführt. Der Vertreter des Privatklägers, Rechtsanwalt Hei-
mann, führte etwa aus: Der Tatbestand sei sehr einfach. Daß
der Ausdruck „Kolonialstänker“ beleidigend sei, bedürfe keiner Aus-
führungen. Es werde wohl versucht werden, die Zusammenfügung
des Wortes für gerechtfertigt zu erklären angesichts der Kritik, die
Erzberger an der deutschen Kolonialpolitik geübt habe. Das Wort
„Kolonialstänker“ habe einen außerordentlich schlechten Klang und
Geruch. Der Angeklagte habe nicht nur den guten Ton verletzt,
sondern auch gegen das Strafgesetzbuch verstoßen.

Demgegenüber erklärte der Verteidiger des Beklagten, Rechts-
anwalt Dr. Windthorst: Der Angeklagte bestreitet entschieden,
daß er Herrn Erzberger habe beleidigen wollen. Er habe durchaus
nicht in gehässiger Weise gesprochen. Dr. Berndt habe Herrn
Erzberger nicht lächerlich machen wollen. Er habe ja später auch
nicht mehr von Herrn Erzberger, sondern immer nur vom Zentrum
gesprochen. Es sei noch zu erwähnen, ob in dem Worte
„Kolonialstänker“ überhaupt eine Beleidigung
liege. Dr. Berndt sei Philologe, und als solcher sei ihm
der Ausdruck nicht anders bekannt als im wissenschaftlichen
Sinne. Ein „Kolonialstänker“ ist nicht jemand, der stinkt,
sondern einer, der krakeelt. Man versteht darunter einen
Parteilosen, der alles aufzurühren sucht. Im 18. Jahr-
hundert habe in Königsberg i. Pr. ein Hofprediger gewohnt,
der Stänker hieß und der später seinen Namen in
Stradarius umwandelte. Das war ein Eiferer, der sich in
alle Dinge mischte und mit allen daher in Feindschaft lebte. Von
diesem Prediger ist der Ausdruck „Stänker“ her-
geleitet. Man versteht darunter einen Mann, der überall dabei
sein will und seine Nase überall hineinsteckt. (Weiterkeit.)

Nach kurzer Beratung fällt das Gericht folgendes Urteil:
Der Angeklagte wird mit 20 M. Geldstrafe bestraft,
eventuell mit vier Tagen Gefängnis.

In der Begründung wurde hervorgehoben, daß das Wort
„Stänker“ im Volksmunde als eines der größten
Schimpfwörter gelte. Insofern sei es eine Beleidigung.
Die Beleidigung sei mit Bewußtsein geschehen. Berechtigte Inter-
essen waren nicht zu wahren. Es lagen auch keine Parteinteressen
vor, da Dr. Berndt nicht mit der Leitung der Partei in Ver-
bindung steht. Bei der Abmessung der Strafe wurde mildernd in
Betracht gezogen, daß die Beleidigung in der Hitze des Wahl-
kampfes fiel.

Ob Herr Erzberger bei der auch nicht gerade duftigen
Zentrumsrede wegen des Ausdrucks „Stänker“ Hagen mühle,
ist eine Frage für sich. Jedenfalls ist der über ideologischen Stand
so vorzüglich unterrichtete Philologe ziemlich billig weggegangen,
trotzdem das Gericht den etymologischen Exkursionen des Ver-
teidigers nicht folgte. Es tut auch recht daran, denn es konnte sich
sonst ja auch einmal ein Angeklagter, der einen anderen Schuft
genannt, damit verteidigen, daß das Wort Schuft dieselbe Wurzel
habe wie das Wort Schiffe und auf das hebräische Schophetim
(Richter) zurückzuführen sei.

Christlich-nationale Revolution.

Jüngst hat in Essen eine Konferenz von evangelischen Ar-
beitervereinsleitern und evangelischen Mitgliedern christlicher Gewerks-
schaften stattgefunden. Dort sagte einer der christlichsozialen
Führer, Arbeiterssekretär Rafflenbeul: „Sollte der Reichs-
kanzler sich mit der Absicht der Schaffung eines Arbeitswilligen-
gesetzes tragen — die Verabschiedung des Staatssekretärs von Pos-
adowsky gibt in dieser Hinsicht zu großen Bedenken Anlaß — dann
wird der Reichskanzler in der christlich-natio-
nalen Arbeiterschaft eine scharfe Wegnerschaft
finden. Die christlich-nationale Arbeiterschaft hat wohl am
meisten unter dem Terrorismus der Sozialdemokratie zu leiden;
sie verurteilt diesen Terrorismus auf das Entschiedenste, aber des-
halb eine geschliche Hilfe herbeiwünschen, hält sie für durchaus ver-
fehlt, denn es besteht ernstlich die Gefahr, daß dann ein Gesetz
geschaffen wird, das jede selbständige Arbeiter-
bewegung ausschließt.“

Herr Rafflenbeul ist auch Redakteur der christlichsozialen
Wochenschrift „Die Arbeit“ und dieses Blatt bemerkte zu obigen
Aussagen:

„Wir können unsererseits nur die Regierung warnen, um
keinen Preis einen anderen sozialpolitischen
Kurs einzuschlagen. Die Sozialreform muß im Inter-
esse des sozialen Friedens und der Gerechtigkeit durch-
geführt werden, sonst wird unser Volk an innerer Zerklüf-
tung und am Kampfe zugrunde gehen. Noch hat die christ-
lich-nationale Arbeiterschaft volles Vertrauen zur Regierung,
wenn auch die Verabschiedung des Lokomotivführers der Sozial-
politik tiefjämmerlich empfunden wird. Man treibe die
Arbeiterschaft nicht zur Verzweiflung, daß sie es
nicht gerade so machen wie die Bauern in Ru-
manien und die Winzer in Frankreich, die sich
ihre Rechte vom Himmel herunterholen.“

Diese Ausführungen sind um so interessanter, als sich in der-
selben Nummer des christlichsozialen Blattes ein Artikel über die
Bauernunruhen im Auslande findet. Darin wird darauf hinge-
wiesen, daß, wenn die Rot den Willen des Volkes
zum Ueberbroteln bringt und das Sicherheitsventil der
Organisation fehlt, dann Aufruhr, Putzche, Empörung
mit Plünderungen, Brand und Plünderung die
Folge sind.

Wir wollen abwarten, ob die christlich-nationale Arbeiterschaft
in derselben Weise vorgehen wird, wenn Wilow ihren sozialpoliti-
schen Forderungen nicht nachkommt. Jedenfalls werden die christ-
lich-nationalen Arbeiter nach dieser Kundgebung darauf verzichten
müssen, sich gegenüber der revolutionären Sozialdemokratie als
die Staatsbehaltenden aufzuspielen.

Der gefällige Reichskanzler.

Im „Bericht des Gewerbeaufsichtsbeamten im Herzogtum
Sachsen-Altenburg für das Jahr 1906“, welcher erschienen ist, findet
sich u. a. folgende Stelle in der Rubrik „jugendliche Arbeiter“:

„Eine Ausnahme in der Beschäftigungsweise der jugendlichen
Arbeiter wurde einer Kanngarnspinnerei, die infolge eines
größeren Defektes an ihrer Betriebsmaschine mehrere Wochen
stillgelegt hatte, und ebenso einer mechanischen Woll- und
Seidenweberei, welche ihre Betriebskraft von der Spinnerei erhält,
zugelassen, um den Ausfall der Produktion einigermaßen zu
beden. Es wurde den Fabriken auf Grund des § 139 Abs. 1 der

Gewerbeordnung gestattet, und zwar zunächst für 14 Tage durch
den Stadtrat, dann für weitere 14 Tage durch das Ministerium,
Abteilung des Innern, und schließlich noch für neun
Wochen durch den Reichskanzler 13 bzw. 6 jugend-
liche Arbeiter und 138 bzw. 76 Arbeiterinnen im Alter von über
16 Jahren an den Wochentagen außer den Sonntagen und
Vorabenden vor Festtagen von früh 6 Uhr ab 11 1/2 Stunden
unter Einhaltung einer Pause von mindestens je einer Viertel-
stunde vor- und nachmittags sowie von einer Stunde mittags zu
beschäftigen.“

Aus dem Amtsstil in schlichtes Deutsch übertragen, müßte die
Stelle etwa so lauten: „Zwei Fabriken konnten eines Maschinen-
defektes wegen einige Wochen nicht produzieren. Um den Profit zu
retten, hielten sie den Stadtrat, ihre Leute etwas länger ausbeuten
zu dürfen. Dieser erlaubte es ihnen für vierzehn Tage. Die Herren
Fabrikanten wandten sich darauf ans Ministerium und durften
weitere vierzehn Tage mit Ueberstunden arbeiten. Das aber war
ihnen noch nicht genug. Sie gingen zum Reichskanzler, der
für weitere neun Wochen der Firma Dispens erteilte,
19 jugendliche und 214 weibliche Arbeiter täglich 11 1/2 Stunden
ausbeuten zu dürfen!“

Die 214 Arbeiterinnen, verheiratete und ledige, haben an den
früheren 91 Tagen 6503 Ueberstunden geleistet. Damit hat der
Gesamtwert der Frauenarbeit im Altenburgerischen die Zahl
von 10 047 Stunden 1906 erreicht, d. h. das Jahr 1905 um
3791 1/2 Stunde oder um 60,6 Proz. überschritten!

Und das alles durch die „Güte“ des Fürsten Bernhard
v. Bülow.

Zwangsdienste oder Ausweisung.

Wie das „Saarburger Kreisblatt“ berichtet, sind eine Reihe
junger Arbeiter aus Frankreich im Kreis Diedenhofen-Ost aufgefordert
worden, sich entweder naturalisieren zu lassen oder aus dem Lande
zu gehen. Es handelt sich um französische junge Leute, die noch
nicht 20 Jahre alt sind und ihrer Militärpflicht noch nicht genügt
haben.

Die deutschen Behörden verstehen es ausgezeichnet, das Deutsche
Reich im Auslande in Verzug zu bringen.

Freisinniger Parteitag.

Die Freisinnige Volkspartei wird am 13. und 14. September
in Berlin ihren nächsten allgemeinen Parteitag abhalten, dem sich
am 15. (Sonntag) eine Wählerversammlung im Circus Busch, ein
großes Festmahl und am folgenden Tag ein Ausflug anschließen
wird. Auf der Tagesordnung stehen Anträge von Dr. Ablaß, Casel,
Fischbeck, Fund, Dr. Gershel, Goldschmidt, Gühling, Kaempf,
Kopisch, Dr. Muggan, Dr. Müller-Weinigen, Dr. Müller-Sagan,
Schmidt-Eberfeld, Traeger, Verjen, Dr. Wiemer. 1. betr. die Ab-
änderung des Organisationsstatuts. 2. betr. das Zusammenwirken
der Freisinnigen Volkspartei mit anderen Parteien im Parlament.
3. betr. die Reform des Vereins- und Versammlungsrechts und die
Rechtsfähigkeit der Berufsvereine. 4. betr. Handels- und Verkehrs-
politik und Vorschlagsreform. 5. betr. Justizreform. 6. betr. das
Landtagswahlrecht. 7. betr. die preussische Schulpolitik. 8. betr.
die liberalen Einigungsbestrebungen. 9. betr. die Organisation
der Partei. 10. betr. Mittelstandspolitik. 11. betr. Arbeiterfragen
und Sozialpolitik. 12. betr. staatsbürgerliche Gleichberechtigung.

Ein Verband der essig-lohringischen Mittelstände wurde am
Sonntag, den 7. Juli, in Schleißstadt gegründet. Ihm sind
zunächst beigetreten die Städte Altfisch, Thann, Brumath, Wisch-
weiler, Schleißstadt, Saargemünd, Gagenau, Diedenhofen, Marfisch
und Saarburg. Der Zweck des Verbandes soll in der Hauptsache
sein, technische Sachverständige gemeinsam anzustellen, Kohlen ge-
meinsam einzukaufen, die Anstellungen- und Pensionsverhältnisse der
Beamten gemeinsam zu regeln, die Gründung eines Wandermuseums
zu beraten, zur Reichsgesetzgebung, zu Steuerfragen sowie zu
Polizei- und Schulfragen gemeinsam Stellung zu nehmen.

Ein neuer Baron.

Heinrich Thylsen, der Sohn des bekannten rheinischen Groß-
industriellen, hat sich von dem kaiserlichen Baron v. Bornemisza
in Budapest adoptieren lassen. Kaiser Franz Josef als König von
Ungarn hat dem Sprößling der Familie Thylsen gestattet, den frei-
herrlichen Rang und das Wappen derer v. Bornemisza zu führen.
Thylsen-Bornemisza de Kaszen wird sich der neue
Baron nennen, was noch schöner klingt als Knapp von Bohlen und
Halbach.

Soldatenshänderei.

Vor dem Kriegsgericht in Dresden stand der Unteroffizier
Schwabe von der 7. Kompagnie des Schützenregiments Nr. 106
wegen Mißhandlung eines Untergebenen. Der Soldatenshänder
hatte den Schützen Hause beim Turnen am Red 6-8 mal mit
den Weinen an den Querbaum geschlagen. Der
Soldat soll die Uebungen nicht richtig ausgeführt haben, weshalb
ihn der Angeklagte in dieser Weise „behäuslich“ sein wollte. Der
gemißhandelte Soldat hat infolge dieser Rohheit heftige Schmerzen
erlitten und ist vom Leutnant sofort vom Dienste entbunden worden,
da er nicht mehr stehen konnte. Er hatte erhebliche Haut-
abspürungen und Blutunterlaufene Stellen am Schienbein davon-
getragen, sodas der Soldat einige Zeit keinen Dienst tun
konnte.

Der Angeklagte bestreitet, den Soldaten vorfällig an den Quer-
baum gestoßen zu haben, er hat ihn nur angepaßt um ihn bei der
Ausführung der Uebung „behäuslich“ zu sein. Durch die Zeugen
und den Verletzten wird jedoch festgestellt, daß der Angeklagte vor-
fällig gehandelt hat.

Das Kriegsgericht ahndet diese Mißhandlung mit — zehn
Tagen mittleren Arrest!!! indem es einen „minder schweren“ Fall
annahm.

Auf nach Afrika! Der Dampfer der Hamburg-Amerika-Linie
„Davi“ ist, wie aus Hamburg gemeldet wird, gestern Abend mit
etwa 800 Offizieren und Mannschaften nach Deutsch-Südwestafrika
abgegangen.

Schweiz.

Volkswahl.

Das von der säkularisierten sozialdemokratischen Partei er-
griffene Referendum gegen das neue Gesetz, betreffend die Militär-
organisation, ist zustande gekommen. Statt der nötigen 30 000
Wurden über 50 000 Unterschriften aufgebracht. Das Volk wird
nun also über das Gesetz abstimmen haben. Da die letzte
Revision der Militärorganisation im Jahre 1896 vom Volke mit
289 751 gegen 195 178 Stimmen verworfen wurde und seitdem
mancherlei Vorkommnisse im Militärwesen die Liebe des Volkes
zu diesem nicht gerade erhöht haben, so dürfen die Aussichten der
Gegner der Vorlage als ziemlich günstig bezeichnet werden.

Frankreich.

Gegen die radikale Reaktion.

Paris, 11. Juli. (Fig. Ber.)

Die Arbeitskonföderation hat ein Manifest an die Ar-
beitsbörsen und Gewerkschaften erlassen, das die Abhaltung
von großen Protestversammlungen gegen die Regierung an-
kündigt. Diese werden am 13. Juli, am Vorabend des
Nationalfestes, stattfinden und eine Demonstration
der Verachtung für die Ausbeuter der von den Bastille-
stürmern vorbereiteten Republik sein: Den von der rea-
ktionären radikalen Regierung Verfolgten und Unterdrückten,

den Gewerkschaftlern wie den Winzern und im besonderen
den in die afrikanische Wüste verschickten Soldaten des 17. Re-
giments, soll die Sympathie der Arbeiterklasse kundgegeben
werden. Bisher sind mehr als 100 Versammlungen in allen
Teilen des Landes angekündigt. In Paris wird Genosse
Sembat neben syndikalistischen und anarchistischen Rednern
in der Versammlung sprechen.

Der „Temps“ fordert heute neuerdings die Verfolgung
der Arbeitskonföderation: Wenn die Regierung bei den Sol-
daten des 17. Regiments die kollektive Verantwort-
lichkeit angenommen habe, warum tue sie es nicht bei diesem
Verband? — Den Vorwand zu diesem Ruf nach der Polizei
liefert der Kapitalistenpresse die Affäre des Reserveunter-
leutnants Jean Louis, der während seiner Reservisten-
periode einer antimilitaristischen Versammlung in Lous-le-
Sainies präsiidiert und dafür vom Obersten 15 Tage Arrest
auferlegt erhalten hat, die der General — nach neuer-
lichen Demonstrationen des Unterleutnants, wie es heißt —
in 30 Tage Festung unterwandte. Ob diese Art von
Manifestationen gegen den Militarismus, wie sie Jean Louis
betrieben hat, zurzeit besonders nützlich sind, bleibe dahin-
gestellt. Jedenfalls sieht man, daß sie der Bourgeois-
presse willkommen sind, die den Spielern mit der „anti-
militaristischen Gefahr“ graulich machen will.

Herbeismus.

Paris, 12. Juli. Der Antimilitarist Professor Herbe ersucht
die Antimilitaristen, gelegentlich des Nationalfestes am 14. d. M.
sich nach dem Paradeplatz Longchamp zu begeben, um dort die
Minister Clemenceau, Briand und Biquart auszufressen und die
Reuten der 17. Regiments zu afflamieren. Als Erkennungs-
zeichen sollen die Antimilitaristen ein rotes Abzeichen mit der
Nummer 17 im Knopfloch tragen.

Die Winzer.

Perpignan, 12. Juli. Gestern fand eine Versammlung der
Winzer der Departements Ost-Pyrenäen und Oude statt. Mit 89
gegen 6 Stimmen bei 18 Stimmenthaltungen wurde die Auf-
rechterhaltung der Demissionen beschlossen. Weiter
wurde eine Resolution angenommen, worin Clemenceau scharf an-
gegriffen und die Winzer ersucht werden, fest zusammenzuhalten,
bis ihnen vollständige Genugtuung gewährt sei.

Belgien.

Vom Kongo.

Brüssel, 12. Juli. Das Blatt „Dernière Heure“, welches seit
einigen Tagen Veröffentlichungen des Kommandanten Lemaire
über den Kongostaat bringt, veröffentlicht in der letzten Nummer
verschiedene Einzelheiten, durch welche die Kongoarmee und die
Verwaltung des Kongoaates schwer kompromittiert wird.

Italien.

Die erste Sitzung des römischen Gemeinderates nach den
Wahlen fand unter großem Andrang des Publikums statt. Die
Mitteilung, daß der Bürgermeister seine Demission gegeben habe,
wurde mit Beifall aufgenommen. Eine Neuwahl für den Bürger-
meisterposten kam in mehreren Wahlgängen nicht zustande. Wahr-
scheinlich wird die Stadivorkonventen-Versammlung aufgelöst und
werden allgemeine Wahlen vorgenommen werden.

Die russische Revolution.

Vorbereitungen zur Dumawahl.

Nach der Diskussion über die Frage des eodent. Bohlots
der bevorstehenden Dumawahlen in der Presse des jüdischen Ar-
beiterbundes hat sich das Zentralkomitee desselben für die Teil-
nahme an den Wahlen ausgesprochen. Gleichzeitig beschloß es:
1. Die in der letzten Wahlkampagne seine Hauptaufmerksamkeit
auf einige Gouvernements zu konzentrieren, ohne jedoch der
Führung der Wahlkampagne in anderen Orten, welche zum Tätig-
keitsbereich des „Bundes“ gehören, zu entsagen; 2. Unverzüglich ein
Zentralwahlbureau zu errichten; 3. in den Gouvernements
wiederum Wahlbureau zu eröffnen.

Eine ganze Gemeinde verhaftet.

Wie die „Watomskaja Gazeta“ berichtet, wurde am 17. Juni
die Mikel-Gabrielsche Dorfgemeinde (Kreis Surgeth) zu einer
Versammlung einberufen und an sie die Forderung gestellt: die
örtl. sozialdemokratische Organisation den Behörden auszu-
liefern! Infolge der einmütigen Weigerung der Gemeinde,
diesem Verlangen nachzukommen, wurden 360 Hofbesitzer verhaftet
und nach Osurgeth geschafft, wo man sie aus Raumangel
nicht im Gefängnis, sondern in Kasernen internierte! Gleich-
zeitig wurde das Dorf von Landpolizisten besetzt.

Soziales.

Schwarze Listen!

Uns weht ein günstiger Wind folgenden „vertraulich“
verbreiteten Ferngericht der Berliner Fuhrherren-
Zunungs-Krankenkasse gegen 63 Kutcher, die das Unglück
gehabt haben, krank zu sein, auf den Redaktionstisch:

Berlin SO, den 6. März 1907.

Fuhrherren-Zunungs-Krankenkasse.

Vertraulich.

Geehrter Herr Kollege!

Gelassenheit der bevorstehenden Einstellung der Spreng-
wagenkutscher nehmen wir Veranlassung, Sie auf die Ausbeu-
tung unserer Krankenkasse während der Wintermonate hinzu-
weisen. In der Regel arbeiten die Sprengwagenführer, meist
invalide, alte Leute, bis zum Schluß der Sommerzeit,
um sich dann umgehend auf Kosten der Kasse 20 Wochen lang er-
nähren zu lassen. Leider sind wir diesem Ausbeutungssystem
gegenüber vollkommen machtlos, da es sich eben, wie vordem er-
wähnt, um Personen handelt, welche in Anbetracht ihres Alters
krank und gesund sein können, je nachdem sich Arbeitsgelegenheit
bietet. Unsere Absicht ist nun, durch Verleugung der Liste
dortin zu wirken, daß die auf derselben bezeichneten Leute bei der
Einstellung, wenn irgend möglich, nicht mitberücksichtigt werden.
Es sind hierdurch in der Kassenverwaltung unzweifelhaft große
Ersparnisse zu erzielen, welche zur Verminderung der Lasten
nicht unwesentlich beitragen würden.

Indem wir Sie bitten, unser Ersuchen unter Beachtung der
vorstehend geschilderten Verhältnisse nach besten Kräften unter-
stützen und die Angelegenheit diskret behandeln zu wollen,
zeichnen wir

mit Hochachtung

der Kassenvorstand

E. Wed, Vorsitzender.

Auf der Bemliste hat der Herr Wed die Namen von
63 alten Arbeitern verzeichnet. Unzweifelhaft ist er diesen
in vollem Umfang auf Grund des § 826 B. G. B. schaden-
erfahrsfähig. Aber gibt es für den Staatsanwalt kein
Mittel gegen diesen ungeheuerlichen Terrorismus vorzugehen?
Die Kutcher haben übrigens die Möglichkeit dadurch, daß sie
selbst zahlende Mitglieder der Kasse bleiben, von ihrem durch
Zahlung der Kassenbeiträge wohlverworbene Recht auf ärzt-
liche Behandlung weiterhin Gebrauch zu machen. Wird der
Zunungs-Vorstand dann von Verdauungsschmerzen geplagt —

die „alten, invaliden Leute“ haben nicht die Pflicht für besseres Wohlergehen dieses wohlhabenden Herrn zu sorgen. Vielleicht kurieren sie so und durch Schädenerfahrungen die Invaliderität der Humanität des Herrn.

Wie Lehrer wohnen müssen.

Ein bezaubernd schönes Kulturbild aus dem Lande der Schulen enthält der soeben erschienene 8. Band der „*Altenstädte der Ritter- schaft des Fürstentums Rügenberg*“. Nach dem in Heft Nr. 3, Seite 62, niedergelegten Protokoll über die Sitzung des ritter- schaftlichen Kollegiums vom März v. J. hatte dieses über die Eingabe eines in Alt-Jassewitz (auf den „*medienburgischen Gütern*“ der Ritter- schaft) tätigen Lehrers zu befinden. Diese Eingabe verdient, der Nachwelt zur erschöpfenden Naturbeschreibung unserer abligten Guts- herrn und Schulpatrone wörtlich überliefert zu werden:

Ganz gehorsamste Bitte des Lehrers E. Pundt in Alt-Jassewitz um Besserstellung seiner Wohnungsverhältnisse.

Alt-Jassewitz d. Profeten, 22. Febr. 1906.
Hochgeborener Herr! Hochzuverehrender Herr Graf!
Ein jeder Stand hat seine Lust, hat seine Last. Der Leiden, der Freuden nicht wenige hat der Lehrerberuf. In der Schule zu arbeiten und zu schaffen, zu säen und zu pflanzen hinein in heitere Kinderherzen: das ist ein schönes Wirken und wird auch ein ge- segnetes bleiben, solange man sich ein junges, fröhliches und zu- friedenes Herz erhält. Gott schenkte mir's in seiner Gnade, und ein zweites ließ er mich finden. Ich habe mich verlobt und gedente im Sommer zu heiraten. Nicht suche ich mein Glück im Trubel der Welt, ich muß es finden in trauter Häuslichkeit.

Was Wunder, wenn nunmehr mein größter Wunsch ist: eine freundliche, etwas geräumigere Wohnung!

Ich habe nur eine Stube von 4,50 x 3,75, eine Kammer von 3,00 x 2,00 und noch eine von 2,80 x 2 Meter (1), zusammen 35,785 Quadratmeter, während allgemein für Lehrerwohnungen eine Norm von 65—85 Quadratmeter gilt. Die Höhe meiner Stuben beträgt 2,08 Meter, soll aber, um nicht gesundheitschädlich zu wirken, mindestens 3 Meter sein. Wenn man nun bedenkt, daß ich Wohn- und Schulstube mit Torf heizen muß, diesem Erzeuger von schlechter Luft und vielem Staub, sowie, daß die letztgenannten Räume nur durch eine nicht sehr schließende Tür geschieden sind, so muß man sich wundern, daß man nicht beständig von den bestigsten Kopfschmerzen heimgesucht wird. Freilich (!) sind die Wände so dünn und undicht, daß die Außenluft stellenweise frei hereinströmen kann, so daß das Thermometer bei Frostwetter morgens 10—12 Gr. weniger zeigt als abends! Wie soll es in einem solchen Zimmer mit der Fußwärme sein! Dazu gebrauche ich viel Feuerung. Wie kann ich reichlich, muß zulaufen. Hier und da kleinere Repara- turen, sowie das Tapazieren habe ich aus eigenen Mitteln bestritten, um der Guts herrschaft keine Kosten zu machen. Wünsche habe ich seit mehreren Jahren nicht mehr ausgesprochen.

Ich hoffe nämlich zuverlässlich, daß das wohlthätige Kollu- gium, wenn ich nur erst längere Zeit hier sei, eher meinem Haupt- wunsche nachkommen würde. Im 7. Jahre würde ich jetzt in Jasse- witz und möchte wohl auch mein Lebtage hier bleiben.

Weil ich nun eine Frau heimzuführen gedente, stellte ich dieser Tage Herrn Reding meine Sache vor: Dieser gesteht, daß es wohl schwierig eine kleinere, schicklichere Lehrerwohnung gebe, daß er auf seinem Gute nicht eine solche haben möchte, allein, daß er wenig für mich tun könne. Herr Reding bedauerte, daß er meinen Wunsch nicht etwas früher gefannt, weil er dann hätte in Berlin mit Euer Hochgeboren über meine Sache schon sprechen können.

Jetzt hat er mir geraten, sofort und direkt zu schreiben, er würde, soviel er könne, meine Bitte unterstützen. Herr Reding meinte selbst, kaum sei es heutigen Tages einer jungen Frau zu verdenken, wenn sie in eine solche Wohnung nicht hinein wolle.

So richte ich denn geforsamst an Eure Hochgeboren die ganz ergebenste Bitte, sich hinzuzubewegen in die Lage zweier Menschen, die ihr ganzes Glück in der Häuslichkeit suchen wollen und zu finden wünschen — die Bedürfnisse sind einmal gewachsen, die An- sprüche gestiegen, das ist der Welt Lauf — dann gnädigt dahin wirken zu wollen, daß mein Wunsch erfüllt werde. Es mag ein Baumeister begutachten, ob ein Durchbau hier noch angängig ist, wenn nicht, ein neues Schulhaus zu bauen und dieses als Scheune oder Stallung zu lassen.

Herr Reding will meine Bitte unterstützen, mein Schulin- spektor gönnt mir Gewährung derselben, meine Dorfschaft wünscht mir Glück.

Das Glückwünschen ist leichte Mühe, das Glücksuchen schwere Arbeit, aber das Glückfinden laßt sich nicht, doch hier Menschen Sache!

Röge Gott Ihre Herzen weich stimmen! Ein freudigeres Schaffen wird mir stiller Dank sein.

Ich bleibe Euer Hochgeboren ganz gehorsamster

E. Pundt, Lehrer.

Die ganz gehorsamste Bitte des Lehrers E. Pundt in Alt-Jasse- witz fand gnädige Erörterung. Der liebe Gott stimmte die ritter- schaftlichen Herzen weich und ließ den braven Mann sein Glück finden, wenn auch die sieben Probejahre seines sabelhoft jungen, sechslischen und zufriedenen Herzens zuvor noch um einige verlän- gert werden dürften. Es soll nämlich ein neues Schulhaus gebaut und das alte abgebrochen werden, da es wohl 7 Jahre gerabe gut genug war für Schulkinder und Lehrer, aber entschieden zu schlecht ist zur Stallung oder Scheune für den Guts herrn. Mit dem Reu- bau kann aber „*zurzeit*“ noch nicht begonnen werden, weil dort die Wege zu schlecht sind. Das muß ja da eine riesig idyllische Gegend sein! Wahrscheinlich sind da die Hammersteine zu Hause, deren ministerielles Prospektgenplan für jene Lehrer schwärmte, die für ihr Leben gern mit ihrem Vieh unter einem Dach haufen. Und doch gibt es noch Lehrer, die gegen Sozialdemokraten wählen.

Gewerkchaftliches.

Die gesicherte Existenz bis ins hohe Alter!

In der bürgerlichen kapitalistischen Presse wird von Zeit zu Zeit mit großem Tamtam der lieben Mitwelt die wichtige Tatsache mitgeteilt, daß in irgend einem Betriebe ein Arbeiter das 20jährige oder noch längere Arbeitsjubiläum gefeiert hat und mit dem unvermeidlichen Orden für „*langjährige, treue Dienste*“ beglückt wurde. Hieran schließen sich dann gewöhn- lich die üblichen Betrachtungen über das gute Einvernehmen zwischen dem Chef und den Arbeitern in dem betreffenden Betriebe, das zu stören, jenen notorischen Sekern und Wühlern, welche die Unzufriedenheit säen und den Massenkampf predigen, noch nicht gelungen ist. Da- mit sei der Beweis geliefert, daß die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit ungetrübt bestehen könnte, wenn nicht durch die Verbände das Gift der Unbotmäßigkeit und der Widersetzlichkeit in die Herzen der armen, betörten Arbeiter geträufelt würde. Alle Streiks würden nur durch die strep- losen Agitatoren hervorgerufen, denen friedliche, treue Arbeiter ein Greuel seien und die deshalb aufgestachelt werden, maß- lose und unerfüllbare Ansprüche an die gequälten Unternehmer zu stellen. Dadurch werde der „*holbe Friede* und die süße Eintracht“ zwischen den beiden Parteien gestört und Gegen- sätze hervorgerufen, die den bedrängten Chef zwingen, sein vor Liebe zu seinen Leuten fast überquellendes Herz einfach zu verschließen.

Dt genug hört man einen Unternehmer sagen, wenn er Arbeitskräfte einstellt: „*Wenn Sie fleißig und „zufrieden“ sind, können sie bei mir alt und grau werden!*“ Das heißt

mit anderen Worten: der Arbeiter soll für das höchst un- gewisse Vinsengericht der „*dauernden Stellung*“ sein Erst- geburtsrecht, die Betätigung für bessere Lohn- und Arbeits- bedingungen, eintauschen und unterwürfig beiseite stehen, wenn draußen der Kampf um die Befreiung der Arbeiter- schaft aus jeglicher Unterdrückung und Knechtschaft tobt, und die Besten der Besten ihre Existenz, ihr ganzes Ich einsehen für dieses hohe, edle Ziel! Daß aber solche Parasiten, trotz ihres Dünkens und aller Liebedienerei, den verdienten Zutritt doch erhalten, wenn ihre Knochen morisch und verbraucht sind, zeigt uns die tägliche Erfahrung. Zur besonderen Illustration sei folgender Dialog, der kürzlich im Gewerkschaftshause in einem Verbandsbureau gepflogen wurde, mitgeteilt: Ein Mann betritt zagend und schüchtern das Lokal. „*Ihm glänzt die Locke silberweiß, gleicht er von der Fülle der Jahre*“, er sieht nämlich hoch in den siebziger Jahren.

Verbandsbeamter: „*Was wünschen Sie?*“

„*Ich möchte dem Verbands beitreten!*“

„*Waren Sie schon mal Mitglied?*“

„*Nein!*“

„*Wo waren Sie zuletzt beschäftigt?*“

„*Bei — —!*“ Er nennt eine in dem betreffenden Verufe rühmlichst bekannte Hoflieferantenfirma.

„*Ja, so kann ich Sie nicht aufnehmen, Sie müssen morgen früh nach unserem Arbeitsnachweis kommen, und wenn Sie Arbeit erhalten, dann können Sie, sofern aus der Mitte der Kollegenchaft nicht Einspruch erhoben wird, auf- genommen werden.*“

Als der Alte weg war, entfuhr dem Beamten die Aeuße- rung: „*Noch am Grabe pflanzte die Hoffnung auf!*“

Alt und grau konnte dieser Mann werden, ehe er den Weg zum Engel-Flur fand und auch dann erst, als man ihn gehen ließ wie den Mohnen, der seine Schuldigkeit getan. Ein Menschenalter hat er dieser Firma seine Kräfte geopfert und nicht nur das, nein, wie das meist der Fall ist, er war derjenige, der dem guten Arbeitgeber pflichtschuldig alles hinterbrachte, was in der Werkstube vorging und die Arbeitsleistungen seiner Mitkollegen bei jeder Gelegenheit herunterriß! Alt und grau konnte er beim Unternehmer werden, als er aber verbraucht war und aus ihm nicht mehr genügend Mehrwert heraus- geschunden werden konnte, half selbst das Liebedienern nicht mehr und sein Platz war das Straßenpflaster, wo er nun Betrachtungen anstellen kann über die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit!

Berlin und Umgegend.

Der Kampf im Baugewerbe.

Eine Versammlung der zentralorganisierten Zimmerer

füllte gestern Abend Meisters großen Saal bis auf den letzten Platz. Knüpfer berichtete über den Stand der Bewegung, die er mit Recht als sehr günstig bezeichnete. Die Hoffnungen, die die Unternehmer an den 1. Juli knüpften, sind offenbar zurückgefallen geworden. Die geringe Zahl Arbeitswilliger, die sie mit Mühe und Not, oft von weiter herangeholt hatten, sind ihnen bis auf wenige wieder abstränig geworden. Die Zahl der Zimmerer, die zu den neuen Bedingungen arbeiten, steigt von Woche zu Woche, während gleichzeitig die Zahl der Streikenden sinkt. Das zeigen folgende Zahlen, die sich auf die im Verbandsorganisierten Zimmerer beziehen:

	Es waren ausständig	Es arbeiten zu den neuen Bedingungen
am 29. Juni	1011	2005
• 6. Juli	794	2170
• 11. Juli	543	2885

In der Zahlstelle Köpenick sind gegenwärtig noch 23 Streikende vorhanden, während 42 Mitglieder zu den neuen Bedingungen arbeiten; in Friedrichshagen 35 Streikende und 22 zu den neuen Bedingungen arbeitende Mitglieder. — Rechnet man die im Verein der Zimmerer organisierten Berufsgenossen hinzu, so ergibt sich, daß im ganzen noch 893 Zimmerer im Streik stehen, während 4233 zu den neuen Bedingungen arbeiten. Die Zahl der Unternehmer, die bewilligt haben, ist im Zimmerergewerbe von 570 am 29. Juni auf 630 am 6. Juli, und nun bis zum 11. Juli auf 665 gestiegen.

Im Hinblick auf den günstigen Stand der Bewegung und die verhältnismäßig nur noch geringe Zahl der zu unterstehenden Mit- glieder machte der Vorstand der Versammlung den Vorschlag, den täglichen Streikbeitrag bis auf weiteres von 75 auf 25 Pf. herab- zusetzen. Dies wurde denn auch beschlossen.

Die freie Vereinigung der Maurer besprach Freitag Abend in Boeckers Saal, Weberstraße, den Stand der Lohnbewegung in einer Mitgliederversammlung. Der Referent Gehl wies auf die im „*Wortwärts*“ veröffentlichte Bautenkontrolle hin und brachte auch die in dem obigen Bericht vom Zentralverband der Maurer schon er- wähnten Zahlen vor. Den stetigen Fortschritt, den die Arbeiter machen, zeigte er ferner an den letzten Meldungen bei der freien Vereinigung der Maurer. So waren am Montag 923 Streikende und 1009 zu neuen Bedingungen Arbeitende verzeichnet, am Dienst- tag 833 Streikende und 1030 der letzteren Art, am Mittwoch 827 Streikende und 1090, die ihr Ziel erreicht hatten. Man sieht, daß von Tag zu Tag Fortschritte gemacht wurden. Gehl kritisierte dann scharf die Affordmaturen, die den Unternehmern wenig nützen werden. allerlei Künste werden angewandt, um Ausländer nach Berlin zu bringen, aber die Arbeiter verstehen es jedesmal, hinter die Schliche zu kommen. Eenergisch forderte der Redner auf, stets Wache zu halten und Wahnhöfe und Bauten gerade in den jetzigen Tagen genau unter Kontrolle zu nehmen. Wer zu den neuen Be- dingungen arbeitet, hat auch die Pflicht, zu dem Streikfonds beizutragen und die Extrabeiträge zu leisten, diese Mahnung muß an manchen Säumnigen gerichtet werden. Ebenso ist den Arbeitenden anzuraten, daß sie gegenwärtig alle Reibungen auf den Arbeits- plätzen nach Möglichkeit vermeiden, denn es ist jetzt die Hauptfrage, daß die gestellten Forderungen anerkannt werden. Die Situation ist für die Arbeiter günstig, aber es gilt noch tapfer zu kämpfen, um alle Widerstände zu besiegen.

Es wurde ein Antrag vorgelegt, Schritte zu tun, um der Oeffentlichkeit die schädlichen Wirkungen der Affordarbeit vor Augen zu führen. Zu diesem Zwecke sollten die Vorstände der Bau- gewerkschaften mit dem Aktionsausschuß der Partei in Verbindung treten und Volksversammlungen sollten einberufen werden.

In der Diskussion wurden die gegenwärtigen Verhältnisse noch lebhaft besprochen und im allgemeinen der Zufriedenheit über den Stand der Bewegung Ausdruck gegeben.

Achtung, Vertrauensleute des deutschen Metallarbeiterverbandes!

Um Irrtümern vorzubeugen, ersuchen wir die Vertrauens- leute, die Mitglieder darauf aufmerksam zu machen, daß die Wahlen zum internationalen Kongreß in Stuttgart für Berlin bereits am 14. Juli stattfinden.

Alles nähere erfahren die Kollegen aus dem Inserat im gestrigen „*Wortwärts*“ und aus den zu Anfang der Woche heraus- gegebenen Flugblätter.

Ortsverwaltung Berlin des deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Deutsches Recht.

Der Streit der Seelente ist beendet.

Eine gestern abgehaltene Versammlung der Seelente hat be- schlossen, die Arbeit sofort bedingungslos wieder aufzunehmen.

Arbeiterfreundlichkeit der Freisinnspresse.

Als verheißend und aufreißend bezeichnete die Inseratenredaktion der sich liberal nennenden *Sachsenkurier*, „*Allgem. Ztg.*“ eine Annonce, die von streikenden Gehälfen als Antwort auf eine inserierte Aussperrungsdrohung der Klempermeister aufgegeben worden sollte. Das Inserat der Klempermeister, das die „*Allg. Ztg.*“ ohne weiteres abdruckte, lautete:

Der Westdeutsche Verband selbständiger In- stallateure, Klempner und Kupferschmiede Orts- gruppe Selskirkchen macht hiermit folgenden Ver- sammlungsbeschluss bekannt: Die Mitglieder verpflichten sich, die streikenden Gehälfen, welche bis zum 10. Juli 1907 die Arbeit nicht wieder aufgenommen haben, bis Schluß des Jahres 1909 nicht wieder einzustellen.

Die Gehälfen beschloßen folgendes Antwort-Inserat einrücken zu lassen:

Nach Kenntnisnahme des Aussperrungs-In- serates der Klempermeister haben die ausständigen Gehälfen in geheimer Abstimmung einstimmig be- schlossen, den Streit, bei dem es sich um Anerkennung tarif- licher Vereinbarungen handelt, weiterzuführen. Als An- wort auf den öffentlich bekannt gegebenen Beschluss der Meister, die Gehälfen, die sich nicht auf Gnade und Ungnade unterwerfen, bis Ende 1909 auszusperrten, nahm die Versammlung ebenfalls einstimmig eine Resolution an, die folgenden Wortlaut hat: *Alberne Drohungen können uns nicht veranlassen, eine Bewegung aufzugeben, die für uns außerordentlich günstig steht. Wie anfangs, so sind wir auch heute noch zu jeder Zeit bereit, die Hand zum Frieden zu bieten. Wir werden uns aber auch gegen den Terrorismus der Meister, unsere Existenz- möglichkeit zu untergraben, in jeder Weise und auf gelegentlichem Wege zu schützen wissen.*

Die streikenden Klempner- und Installateurgehälfen. Dies Inserat nannte die „*Allg. Ztg.*“ verheißend, aufreißend und herausfordernd und lehnte deshalb die Aufnahme ab, obwohl sie das Inserat der Meister anstandslos abgedruckt hatte. Loyalere war das *Zentrumsblatt*, die „*Selskirkchen Ztg.*“, die brachte das Inserat der Gehälfen ohne jede Abänderung.

Wir möchten bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, daß die Gehälfen in Selskirkchen seit fünf Wochen im Streit stehen, nur um einen Minimallohn für selbständige Arbeiter von 55 Pf. pro Stunde zu erreichen. Es werden in Berliner Zeitungen, in Salangenposten und ähnlichen Vermittlungsblättern Werkmeister und Geschäftsführer für Klemperfirmen in Selskirkchen gesucht. Diese Werkmeister sollen aber in Wirklichkeit Streikbrecherarbeit verrichten. Wir möchten jeden Klempergehälfen davor warnen, nach Selskirkchen zu gehen, um dort den streikenden Gehälfen in den Rücken zu fallen.

Geistesranke als Streikbrecher.

In dem schwäbischen Städtchen Kaufbeuren sind die Bau- arbeiter wegen verweigerter Erhöhung der ganz miserablen Löhne um einige Pfennige in den Ausstand getreten. Sofort wurden von dem bayerischen Unternehmerverband schwarze Listen verlan- det. Dies ist allerdings nicht mehr ungewöhnliches. Neu aber ist, daß in der Jrenanstalt des Ortes Geistesranke und für einige Stunden im Tag auch Wärter zu Streikbrecherdiensten abkommandiert wurden.

Ausland.

Die „gelbe Gefahr“ in — Japan!

Wie Japan auf allen Gebieten der Industrie, der Kriegswissen- schaft usw. seinen zivilisierten Wettren nachzuahmen versucht, so be- ginnt es auch jetzt auf dem Arbeitsmarkte deren Methoden anzu- wenden. Während Transpaal aufgehört hat, chinesische Kulis einzu- führen, bemüht sich jetzt Japan, diese zu importieren und zwar für den Bau der Kagashima-Eisenbahn. 36 Chinesen sind bereits in Kagasaki als Avantgarde eines großen Trupps von Kulis eingetroffen. Die Einführung der chinesischen Arbeiter verursacht natürlich viel böses Blut unter der Arbeiterbevölkerung Japans. Man plant bereits große Demonstrationen und entfaltet eine fieberhafte Tätig- keit, über die wir wahrscheinlich in aller nächster Zeit mehr hören werden.

Eingegangene Druckschriften.

Im Kampf um die Volksseele von Karl Adfener. E. S. Des., Verlagbuchhandlung (Oskar Des.), München, 1.20 M.

Kultur und Fortschritt. Heft 104: Was will die Schulreform? Von A. v. Winterfeld. 25 Pf. — Heft 105: Gartenabtbewegung — Industriekriegensabte. Von L. Katscher. 25 Pf. — Heft 106: Wie urteilt man über den Achiner Labenschlag? Von Rudolf Baneje. 25 Pf. — Heft 107: Die gewerbliche Ausbildung der Industrie- arbeiterin. Von Dr. Maria Baum. 25 Pf. — Heft 108/10: Weisheits- reform und Bodenreform. Von Heinrich Diekmann. 75 Pf. — Heft 111: Die Frauen und die Krankenkassen. Von Dr. Margarete Bernbard. 25 Pf. Leipzig, Feig Dietrich.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Revision von Libera und Kostlyka vom Reichsgericht verworfen. Leipzig, 12. Juli. (B. Z. W.) Das Reichsgericht hat die Revision des Koffschlächters Libera und des Arbeiters Kostlyka, von denen jeder wegen zweifachen Mordes vom Schwurgericht Beuthen am 31. Mai zweimal zum Tode verurteilt worden war, verworfen.

Bankier verhaftet.

Stuttgart, 12. Juli. (B. S.) Gestern Abend ist in Gussenhof bei Stuttgart der Bankier Hugo Koch aus Stuttgart verhaftet worden. Koch war einer der Hauptbeteiligten in der bekannten Goldschmuggleraffäre. Er hatte ein Bankgeschäft und eine Präge- anstalt in Stuttgart und vertrieb das in Pforzheim gestohlene Gold an Firmen in Schwäbisch-Gmünd. Der Wert des gestohlenen Goldes beläuft sich auf circa 100 000 Mark.

Abgeführt.

Jandbrud, 12. Juli. (B. S.) Der elfjährige Sohn des in Mehenhofen im Jilertale zur Sommerfrische weilenden Oberreal- schuldirektors Had aus Kattowitz stürzte von einer hohen Feldwand ab und wurde schwer verletzt aufgefunden.

Jandbrud, 12. Juli. (B. S.) Ein Wiener Tourist stürzte beim Aufstieg zur Spiererrütte von der Tabarettwand ab und erlitt schwere Verletzungen.

Ein Grubenbrand.

Penzberg (Badern), 12. Juli. (B. S.) Auf der Penzberger Steinkohlengrube ist in der zweiten Tiefbausohle ein Grubenbrand ausgebrochen, dessen Ursache bisher noch nicht ermittelt werden konnte. Die Brandstelle wurde durch Schuttmauern isoliert und die Belegschaft zurüdgezogen.

Die Arbeitsbedingungen der Konsumvereine.

I.

Auf dem Genossenschaftstage, der im Juni zu Düsseldorf stattfand, hat, wie unsere Leser bereits aus dem Berichte wissen, Genosse v. Elm über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Genossenschaftsangehörigen eine Rede gehalten, die geeignet ist, in den Kreisen der sozialdemokratischen Partei wie der Gewerkschaften berechtigtes Aufsehen zu erregen.

Wir wiederholen zunächst diejenigen Sätze der Elm'schen Rede, welche insbesondere zu Ausstellungen Anlaß gegeben haben. Sie lauten:

Die Zumutungen der Lagerhalter und Handlungsgehilfen sind ja sehr schmeichelhaft für die Leistungsfähigkeit der Konsumvereine, aber die Genossenschaftler können nicht inmitten der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ein Stück Zukunftsstaat aufbauen. Die Genossenschaftler haben nicht Lust, als Utopisten elend zu Grunde zu gehen. Für die Forderungen der Lagerhalter — völlige Sonntagsruhe, ein freier Ausgastag in der Woche, Gleichstellung der männlichen und weiblichen Lagerhalter, die vorgeschlagenen Mindestferien, Höchstumlage und Mindestlöhne — hat der gesamte Ausschuh des Zentralverbandes nur ein Unannehmbar als Antwort gehabt. Die Bewilligung solcher Forderungen würde die Entwicklung der Konsumvereine selbst auch in den großen Städten, in welchen die Bewegung noch schwach ist, unmöglich machen.

Die Rede wurde am 10. Juni gehalten. Bereits am 21. Juni veröffentlichte der Stettiner „Vollworte“ einen Leitartikel, in dem er sich mit diesen Ausführungen ausdrücklich einverstanden erklärte. Dagegen erschien gleichzeitig in der Dortmunder „Arbeiterzeitung“ und in der Elberfelder „Freien Presse“ ein Artikel eines Besuchers des Genossenschaftstages, der den Elm'schen Standpunkt sehr scharf angriff. Der Artikel wurde von einigen Parteiblättern, so in Düsseldorf, Erfurt usw., übernommen. Sein Gedankengang ergibt sich aus folgenden Stellen:

Ein hervorragender Sozialdemokrat hätte in jedem Augenblick davon durchdrungen sein müssen, daß die Forderungen der Arbeiter immer und unter allen Umständen berechtigt sind, sintemal und adieweil man ihnen selbst bei den größten Konzeptionen immer nur erst einen Teil von dem wiedergibt, was man ihnen vorher abgenommen. Auch wenn er als Redner des Zentralverbandes der Konsumvereine auftritt, sollte ein Sozialdemokrat das nicht vergessen. Es lohnt aber der Mühe, auf das, was v. Elm als Genossenschaftler „Zukunftsprogramme“ zu nennen beliebt, einen kurzen Blick zu werfen.

Die Handlungsgehilfen haben gefordert den Achtuhrladen schluß an allen Wochentagen. Schon vor einem Jahrzehnt hat ihn die sozialdemokratische Fraktion im Reichstage beantragt. Und nun erklärt ein sozialdemokratischer Führer, das ginge nicht, weil — ja, weshalb eigentlich nicht? Weil viele Fabriken Sonntags bis 7 Uhr arbeiten und die Arbeiter dann bis 8 Uhr ihre Einkäufe nicht besorgen können! Ungefähr dasselbe hat man vor 15 bis 20 Jahren in der „Freisinnigen Ztg.“ gelesen. Heute sind aber sogar die Freisinnigen schon darüber hinaus.

Somit noch krasser sind v. Elms Behauptungen über die völlige Sonntagsruhe. Auch hierfür kämpft bekanntlich die ganze sozialdemokratische Partei seit unendlicher Zeit. v. Elm aber erklärt: es sei gar nicht zu wünschen, daß wir zu einem puritanischen Sonntag nach englischem Muster kommen, wo keine Eisenbahn fährt (!), kein Kellner bedient, kein Vergnügen möglich ist. Wer denkt hier nicht an die grauslichen Schilderungen, welche bürgerliche Redner vom „Zukunftsstaat“ zu entwerfen lieben, um vor der Annahme sozialdemokratischer Forderungen zu warnen!

Gefordert wird eine Arbeitszeit von 60 Stunden pro Woche! — Genosse v. Elm erklärt fälschlich: das entspricht heute nicht den tatsächlichen Verhältnissen, man muß auf die kleinen Vereine Rücksicht nehmen! Man denke: ein Mann, der sich selber rühmt, 50 Jahre lang in der Gewerkschaftsbewegung gestanden zu haben, findet die Forderung einer zehnjährigen täglichen Arbeitszeit übertrieben und nennt sie ein Zukunftsprogramm!

Nun lehnt v. Elm keineswegs jede weitere Verbesserung der Arbeiter ab. Die Konsumvereine wollen... die „berechtigten Forderungen“ der Arbeiter erfüllen, „so weit es möglich ist.“ Aber wie weit es nun möglich ist und welche Forderungen „berechtigt“ sind, das wollen sie selbst entscheiden. Und vor allen Dingen: „Das Tempo wollen wir selbst bestimmen!“ — Uns dünkt, wir hätten genau dasselbe schon aus dem Munde ganz anderer Leute gehört, nämlich aus dem Munde des Stinnes, Stumm und Krupp... Die ganze Rede war ein einziger Hohn auf alle sozialdemokratischen Grundsätze...

Es wird dann weiter die Frage aufgeworfen, wie v. Elm zu solchem Verhalten hat kommen können. Die Antwort lautet: durch theoretische Verwirrung. Wäre die nicht, so würde v. Elm wissen,

daß ein Konsumverein, dessen Existenzbedingungen vorhanden sind — nämlich geschäftsfähige Leute als Leiter und dazu eine zahlungsfähige Konsumentenschaft, weil die „Armen der Armen“, die auf Sorgen angewiesen sind, nie und nimmer einen Konsumverein lebensfähig machen können — daß ein solcher Konsumverein ein vorzügliches Mittel sein kann, den Konsumenten und darunter auch den Arbeitern gewisse Vorteile beim Einkauf zuzuwenden, daß er das aber selbstverständlich niemals auf Kosten seiner eigenen Arbeiter tun darf... Ein Betrieb — ganz gleichgültig, ob Privat oder Konsum — der durch Erfüllung solcher Forderungen wirklich „konkurrenzunfähig“ würde, der steht einfach nicht auf der Höhe seiner Aufgabe, der ist entweder nicht gut geleitet oder es fehlen die sonstigen Bedingungen seiner Existenz. Und es ist durch und durch antisozialdemokratisch, diese Mängel auf Kosten der eigenen Arbeiter und Angestellten erretzen zu wollen.

Der Artikel schließt mit den Worten: „Die Genosse v. Elm es mit seinem eigenen Gewissen abmachen will, daß er als Sozialdemokrat solche Grundsätze vorträgt, das ist schließlich seine eigene Sache. Die Partei aber sollte mit aller möglichsten Deutlichkeit zu erkennen geben, daß sie in dem Konflikt rückhaltlos auf Seiten der Gewerkschaften steht.“

Inzwischen ist auch das „Correspondenzblatt“ der General-Kommission der Gewerkschaften gegen Genossen v. Elm sehr deutlich geworden. Es schreibt in Nr. 26 vom 20. Juni u. a.:

Die Auffassung der Genossenschaften als Arbeitgeber, als Unternehmer, der mit anderen Unternehmern konkurrieren muß, führt dazu, die Forderung aufzustellen, daß alle Arbeitsbedingungen in genossenschaftlichen Betrieben mit denen der konkurrierenden Privatbetriebe übereinstimmen müßten oder wenigstens sich nicht allzu weit darüber hinaus erheben dürften, weil sonst die Gefahr der freien Konkurrenz verletzt und der Konsumverein wettbewerbsunfähig gemacht würde. Das ist der Standpunkt des typischen Unternehmers...

Hinzu kommt noch, daß die Arbeiterschaft peinlich darauf bedacht sein muß, die Unerklichkeit ihrer Grundsätze und ihres Ansehens in der Öffentlichkeit zu wahren. Das gilt ganz besonders dort, wo sie äußerlich in der Stellung des Arbeitgebers auftritt, also bei der Festsetzung von Arbeitsbedingungen in Eigenbetrieben. Und die Konsumvereine sind Eigenbetriebe der Arbeiterschaft; sobald diese auf ihre Leitung den maßgebenden Einfluß ausübt, übernimmt sie sofort auch die Verantwortung für alles, was in diesen Betrieben geschieht. Welche den Arbeitervertretern, die es zulassen, daß die Arbeitsbedingungen in einem solchen Betriebe hinter denen anderer Betriebe zurückbleiben. Unnachlässig wird ihnen dies von der auferkamen Öffentlichkeit als ein Widerspruch zwischen Theorie und Praxis angekreidet. In es kann damit nicht einmal bewenden, daß diese Arbeitsbedingungen nicht schlechter sind als in anderen Betrieben, — sie sollen besser sein, zum wenigsten sollen sie denen der bestgeleiteten, der fortgeschrittensten Privatbetriebe gleichkommen, damit sie der rückständigen Privatwirtschaft jederzeit als Vorbild entgegengehalten werden können. Eigenbetriebe der Arbeiterschaft sollen Musterbetriebe sein, denn nur als solche stützen sie das Ansehen der Arbeiterklasse und damit das Wohl, das Gedeihen der Genossenschaften... Diese (von v. Elm vorgeschlagene und vom Genossenschaftstag angenommene) Resolution unternimmt den durchaus verfehlten und nachteiligen Versuch, das Interesse der Genossenschaften mit dem der konkurrierenden Privatbetriebe zu identifizieren und die Arbeiter auf Forderungen zu beschränken, die nicht bloß in der Privatwirtschaft durchführbar, sondern auch bereits tatsächlich durchgeführt sind, weil sonst die Konkurrenzfähigkeit der Konsumvereine gehemmt würde. Das heißt in der Praxis nichts anderes, als das Niveau der Arbeitsbedingungen der rückständigeren Kleinbetriebe als Maßstab für die Eigenbetriebe der Arbeiter proklamieren, denn um Kleinbetriebe handelt es sich vorwiegend bei der Konkurrenz...

Anarchistischer Geheimbundprozeß.

Wegen Vergehens gegen §§ 128, 129 des Strafgesetzbuches hatten sich gestern vor der III. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsrat Busch der Anarchist, Schriftsteller Karfunkelstein (Werner Daga) und der Redakteur der Zeitschrift „Der Anarchist“, Mechaniker Otto Weidt, zu verantworten. Vertreter der Anklage ist Staatsanwalt Fiegner. Die Verteidigung liegt in Händen des Rechtsanwalts Ludwig Friedmann.

Als Hauptzeugen treten die Kriminalkommissare v. Arnim und Kunze, Kriminalschumann Post-Berlin, Gult-Röthen, die Anarchisten Lange und Frauböse auf.

Als Dolmetscher und Uebersetzer fungiert Rechtsanwalt Klimanski.

Ebenfalls anwesend ist der Polizei-Oberinspektor Stehert-Röthen, dem die Ueberwachung der Röhener Ortsgruppe der russischen Revolutionäre obliegt. In den Ufertagen wurde bekanntlich in der Nähe von Mannheim der anarchistische Kongreß gegen den Willen der Polizei abgehalten, zu den dann Verhafteten gehörte auch der Angeklagte Karfunkelstein. Er wurde gegen Stellung einer Kaution freigelassen. Auf Veranlassung der Mannheimer Staatsanwaltschaft wurde in seiner Berliner Wohnung und in den Redaktionsräumen des Blattes „Der Anarchist“ eine Hausdurchsuchung vorgenommen. Aus Briefen, Aufzügen und Stempeln, die hierbei gefunden wurden, folgert die Anklage, daß in Deutschland geheime Ortsgruppen der russischen anarchistischen Kampfesorganisation beständen. In den Briefen, die zum Teil in russischer Sprache vorliegen, ist verschiedentlich von der Kampfesorganisation die Rede. Bei einer in Röhren, bei dem Leiter der dortigen anarchistischen Ortsgruppe, Kaumtisch, vorgenommenen Hausdurchsuchung wurde unter anderem eine Anleitung zur Herstellung von Sprengstoffen vorgefunden. Nach dem Verlesen des Anklagebeschlusses bemerkte der Vorsitzende: Angeklagter Karfunkelstein, Sie sind einer der Haupt der anarchistischen Bewegung, jedenfalls ein bedeutender Anarchist und anarchistischer Schriftsteller.

Karfunkelstein: Ich gebe zu, Anarchist und anarchistischer Schriftsteller zu sein, jedoch gibt es Haupter oder hervorragende Personen in der anarchistischen Bewegung nicht. Ich habe mich in letzter Zeit in Russland aufgehalten und mich dort der Föderation der russischen Anarchisten angeschlossen. Auf eine Verordnung des Arztes hin wollte ich mich zur Erholung nach der Schweiz begeben, als durch die Abhaltung des Kongresses in Mannheim und meine damalige Verhaftung diese Reise unterbrochen wurde. Ich habe mich auf Anraten des Staatsanwalts nach Berlin begeben, um die von Freunden aufgebrachte Kaution nicht verfallen zu lassen. Das vorgefundene Manuskript ist eine Uebersetzung eines von Kaumtisch geschriebenen Artikels, die ich allerdings vorgenommen habe und die in der Zeitung „Der freie Arbeiter“ abgedruckt wurde. Die in dem Blatte durch Punkte angeordnete Stelle, die im Manuskript den Wortlaut hat: „Das Bureau besorgt die Lieferung von Waffen und Sprengstoffen“ ist lediglich aus pressgesetzlichen Rücksichten weggelassen. Dadurch, daß ich flüchtig mit Kaumtisch, dem Leiter der Röhener Gruppe russischer Terroristen, bekannt wurde, kann nicht hergeleitet werden, daß ich Leiter oder Gründer irgend welcher in Deutschland existierender geheimer Gruppen sein soll.

Vorsitzender: Bei Ihrer Verhaftung in Mannheim wurden im Futter Ihrer Mühe Empfehlungsbriefe an die russischen Genossen vorgefunden, die von Frauböse, Lange und anderen ausgestellt sind und Sie als vertrauenswürdigen Anarchisten kennzeichnen.

Karfunkelstein: Diese Empfehlungen sind mir gegeben, um mir den Verkehr in Russland mit den dortigen Genossen zu erleichtern.

Angeklagter Weidt: Ich bin allerdings Redakteur des „Anarchist“, habe aber weder an dem Mannheimer Kongreß teilgenommen, noch bin ich Mitglied der Röhener Föderation. Briefe für Karfunkelstein sind an meine Adresse gesandt, weil Karfunkelstein auf der Durchreise war, keine feste Wohnung innehatte und den ganzen Tag bei mir verkehrte. Die bei mir aufgefundenen Stempel der anarchistischen Föderation in russischer Schrift habe ich im Auftrage eines russischen Anarchisten anfertigen lassen. Beziehungen zu den russischen Geschäften hatte ich. Diese haben einen rein literarischen Charakter. Mein Name ist ohne mein Wissen und Willen unter die Aufrufe und in die Liste der Personen, bei denen terroristische Schriften zu haben seien, gekommen.

In der Beweisaufnahme spielen nicht Tatsachen, sondern die „Uebersetzungen“ der Polizeibeamten die Hauptrolle.

Der Zeuge Kriminalkommissar v. Arnim hat aus den bei den Angeklagten vorgefundenen Aufzügen und Korrespondenzen die „Uebersetzung“ erlangt, daß eine russisch-terroristische Föderation hier in Deutschland besteht, die nicht nur zahlreiche Mitglieder hat, sondern deren Leitung auch in Deutschland sich befindet und die in Händen der Angeklagten und des Studenten der Röhener Technischen Hochschule Kaumtisch liegt. Wichtig sei, daß die Redaktionen der anarchistischen Zeitungen ständig von der Polizei überwacht werden; die Ueberwachung sei aber nur eine äußerliche, da zu einer inneren Ueberwachung der Polizei das Recht fehle.

Antwort auf die Frage des Angeklagten Weidt: ob die überwachten Beamten die Aufgabe haben, die in die Redaktionen kommenden Russen genau zu beobachten, lehnt der Zeuge ab.

Der „Anarchist“ ist in den drei Jahren, in denen Weidt die Redaktion in Händen hat, nur ein einziges Mal beschlagnahmt, aber bald wieder freigegeben. Weidt ist noch unbestraft und ist der Polizei als ein gewerkschaftlicher Anarchist bekannt.

In ähnlicher Weise sagt der Kriminalkommissar Kunze aus.

In dem weiteren Verlauf der Verhandlung sollte ein Brief verlesen werden, der an Karfunkelstein gerichtet war. Dieser protestierte energisch gegen die Verlesung. Staatsanwalt Fiegner bemerkte, daß es sich anscheinend um einen „Liebesbrief“ handele, auf dessen Verlesung verzichtet werden könne.

Es wurden sodann der Kriminalwachmeister Post-Berlin und der Kriminalschumann Gult aus Röhren vernommen. Letzterer bezeugte, daß er bei den russischen Studenten in Röhren zwei Körbe mit anarchistischen Schriften und Anweisungen zur Herstellung von Sprengstoffen aufgefunden habe.

Frauböse und Lange bezeugten dem Angeklagten Karfunkelstein, daß sie ihm die Empfehlungsbriefe ausgestellt haben, damit er in Russland ungenierter mit den dortigen Anarchisten verkehren könnte. Dem Angeklagten Weidt wird bezeugt, daß sein Name ohne sein Wissen unter den Aufruf und auf die Liste gekommen ist. Er habe sich ihnen gegenüber entrüstet darüber geäußert.

Der Staatsanwalt

hält nach der Beweisaufnahme beide Angeklagte für überführt. Besonders belastend erscheint ihm die in dem Artikel des „Freien Arbeiter“ ausgelassene Stelle: „Das Bureau sorgt für Waffen und Explosivstoffe.“ Er beantragt gegen Karfunkelstein 1 Jahr Gefängnis, gegen Weidt 4 Monate.

Rechtsanwalt Ludwig Friedmann

stellt es durch die Beweisaufnahme nach keiner Richtung hin für festgestellt, daß es in Deutschland eine „Föderation russischer Anarchisten“ gebe und daß Karfunkelstein deren Begründer und Leiter sei. Nach weniger sei es bezüglich des Weidt festgestellt, daß dieser sich überhaupt an der russischen anarchistischen Bewegung beteiligt habe. Aus rein tatsächlichen Gründen müsse deshalb eine Freisprechung erfolgen und die dem Angeklagten Weidt entstandenen notwendigen Auslagen der Staatskasse aufgelegt werden.

Karfunkelstein tritt in einer 1 1/2 stündigen Verteidigungsrede dem Staatsanwalt entgegen. Wenn wirklich geheime Gruppen existieren, würde er sich doch gehütet haben, die Polizei durch den Artikel im „Freien Arbeiter“ darauf aufmerksam zu machen. Wenn darauf Bezug genommen werde, daß im Manuskript hände: das Bureau solle für Waffen und Sprengstoffe sorgen, so sei wohl klar, daß damit nur das Bureau in Russland gemeint sein könne, da der Transport von Sprengstoffen viel zu gefährlich sei, um von Deutschland her nach Russland geleitet zu werden. Der Artikel sei auch nur eine Uebersetzung aus dem Russischen. In Russland gehöre er der terroristischen Gruppe an, weil er die Ueberzeugung habe, daß dort auf friedlichem Wege nichts zu erreichen sei. Dagegen habe er sich in schärferer Weise gegen die Anwendung des Terrors in Deutschland ausgesprochen.

Nach einständiger Beratung kam das Gericht zu folgendem Urteil:

Das Gericht habe es für festgestellt angesehen, daß tatsächlich ein Geheimbund existiert, der es sich zum Zweck gemacht habe, die russischen Revolutionäre zu unterstützen. Es habe ferner für festgestellt erachtet, daß auch schon die Gründung verschiedener Einzelgruppen gelungen sei, wie z. B. in Röhren, Berlin, Kaitowit, Lausanne, Graz usw. Die Beweisaufnahme habe aber auch ergeben, daß die beiden Angeklagten Mitglieder dieses Bundes, der natürlich vor der Staatsregierung geheim bleiben sollte, gewesen sind. Das Gericht habe indessen nicht angenommen, daß sich die Angeklagten aus eines Vergehens gegen den § 129 des Strafgesetzbuches schuldig gemacht haben. Das Urteil lautete deshalb gegen Karfunkelstein auf 4 Monate Gefängnis, gegen Weidt auf einen Monat Gefängnis wegen Vergehens gegen § 128 des Strafgesetzbuches. Dem Angeklagten wurde je ein Monat auf die erlittene Untersuchungshaft angerechnet, so daß Weidt entlassen wird und Karfunkelstein noch 3 Monate zu verbüßen hat. Letzterer erklärt sich zum sofortigen Eintritt der Strafe bereit.

Aus der Partei.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Mein fünfzigster Geburtstag hat mir eine solche Fülle herzlichster Wünsche und freundschaftlicher Aufmerksamkeit aus den Kreisen des kämpfenden Proletariats gebracht, daß es mir unmöglich ist, einzeln all den Genossen und Genossinnen — die Redaktionen der Parteiblätter einbezogen — zu danken, die meiner gedacht haben. Ihnen allen gemeinsam sei daher von dieser Stelle aus Dank mit der Versicherung gesagt, daß ich den festen Willen habe, als die Alte die Schlachten des revolutionären Proletariats weiter schlagen zu helfen. Wie immer die Lose fallen mögen: mit offenem Bist und scharfer, blanker Wehr dem Feinde entgegen, ob er uns brutal die gepanzerte Faust oder heuchlerisch das Sammetpfötchen entgegenstreckt!

den 10. Juli 1907. Clara Zellin.

Eine Auseinandersetzung über die Frage der Waise erfolgte in einer Parteiversammlung in Nürnberg. Als vor einigen Wochen in einer Versammlung zum Internationalen Kongreß Stellung genommen wurde, ward es für beabsichtigt befunden, daß die Frage der Waise nicht auf die Tagesordnung gesetzt ist, obwohl sie in den letzten Jahren zu vielerlei Debatten Anlaß gegeben hat. Es wurde angeregt, die von Mittelranken zu entsendenden Delegierten zu beauftragen, dahin zu wirken, daß die Waise noch nachträglich auf die Tagesordnung gesetzt und daß ein klarer, bindender Beschluß gefaßt wird. Zuvor aber sollte über die Waise selbst noch in einer besonderen Versammlung Aussprache gehalten werden. Genosse Dr. Sadekum wurde als Referent bestellt.

Die Versammlung fand nun am Mittwochsabend statt und war sehr gut besucht. Am Tage vorher waren die Parteivertrauensleute und die Gewerkschaftsführer zu einer Sitzung zusammengetreten, um sich über den Gegenstand auszusprechen. Die Beratung endete damit, daß eine Kommission niedergesetzt wurde mit dem Auftrage, eine Resolution auszuarbeiten und der Versammlung vorzulegen. Die Kommission legte folgende Resolution vor:

1. Die Versammlung fordert die Delegierten von Mittelranken auf, in der deutschen Delegation dafür einzutreten, daß

ein Antrag auf Behandlung der Waiseiferfrage zur Tagesordnung des Internationalen Kongresses gestellt wird.

Die Verammlung fordert ferner die Delegierten von Mittelfranken auf, in der deutschen Delegation dafür zu wirken, daß diese für Anerkennung der Waiseifer-Mannheimer Resolution durch den Internationalen Kongress eintritt.

In der Versammlung gab der Referent, Genosse Sadekum, einen Überblick über die Geschichte der Waiseiferbeschlüsse und kam zu dem Schluß, daß weder 1889 noch später ein zwingender Beschluß gefaßt worden sei, der den beteiligten Nationen die Verpflichtung zur unbedingten Arbeitsruhe auferlege.

In der Diskussion bemerkte Genosse Kästner, Bevollmächtigter des Deutschen Metallarbeiterverbandes: Wenn man die Feier als Demonstration für den Achtstundentag auffasse, so sollte man doch meinen, daß man durch sie auch den Achtstundentag näher gelommen sei; daß sei aber nicht der Fall.

Auch alle übrigen Redner wendeten sich scharf gegen die Versuche, die Waiseifer abzuschwächen oder zu beseitigen, worauf die Resolution gegen wenige Stimmen angenommen wurde.

Das elsass-lothringische Vereinsgesetz und die Sozialdemokratie im Reichslande.

Bis zum Jahre 1905 war es den Parteigenossen im Reichslande nicht möglich, sich in größeren Organisationen zu vereinigen.

Erst am 21. Juni 1905 bekam das Reichsland ein Vereinsgesetz, das zwar die Frauen und Kinderjüngeren von politischen Vereinen ausschließt, aber gegen den früheren Zustand doch einen Fortschritt bot.

Bildungsbestrebungen.

Auch die Parteigenossen der Wahlkreise Altenburg, Neuhäusler und ältere Linie und Weimar 3, die zum Sekretariat Jena gehören, haben mit der Förderung der Bildungsbestrebungen ernstlich begonnen.

In der Stadt Weiz, wo der erste Vortragszyklus beendet ist, waren die Vorträge — trotz der heißen Jahreszeit — durchschnittlich von 50 Parteigenossen besucht!

Weitere Städte, die sich an den Vorträgen beteiligen, sind: Würzel, Deßau, Rahlitz und Bernsdorf.

In einigen Orten wird man sogar dauernde Bildungsläufe einrichten. In Jena zum Beispiel, wo bereits seit 1 1/2 Jahren sogenannte Bildungsabende veranstaltet werden, ist man dabei, solche allgemeinen Bildungsläufe zu schaffen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Die Presse vor der Revisionsinstanz. Zwei Artikel in der Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung in Kiel brachten unserem Genossen Präfer die Verurteilung zu je 50 M. Geldstrafe.

turnvereinen, da seien sofort die Polizisten zur Stelle und notierten. Mit allen solchen Schikanen würde aber die Arbeiterkassette nicht gemacht.

Im zweiten Artikel „Auf der Reise nach dem Uebelthäter“, soll ein Polizeiwachmeister bestraft worden sein. Er „suchte“ nämlich den Verfasser des ersten Artikels. Hierbei, so meinte der zweite Artikel, macht er sich Rechte an, die ihm nicht zukommen.

Aus Industrie und Handel.

Welthandelsflotte.

Das unter dem Namen „Nauticus“ bekannte Jahrbuch für Deutschlands Seereisen bringt in seinem neuesten, vor kurzem erschienenen Jahrgang wieder eine zusammenfassende Uebersicht über die jährliche Entwicklung und den gegenwärtigen Stand der Welthandelsflotte.

An dieser aufsteigenden Entwicklung haben außer Spanien und den Vereinigten Staaten von Nordamerika alle Hauptseefahrtsländer, allerdings in recht verschiedenem Umfange teilgenommen.

Viehpreise und Fleischpreise.

Die hannoversche Landwirtschaftskammer hat zur Zeit der hohen Vieh- und Fleischpreise von der hannoverschen Fleischermnung heftige Angriffe erdulden müssen, weil sie die Fleischsteuerung den Schlächtern in die Hände gab.

Der Magistrat hat diesen Antrag der Fleischermnung zugesandt, und ganz merkwürdigerweise wehrte sich die Innung heftig gegen das Verlangen.

Wir glauben annehmen zu dürfen, wenn ein solcher Antrag von anderer wie landwirtschaftlicher Seite gekommen wäre, derselbe wohl keine Beachtung gefunden haben dürfte.

Die Schlächter haben auch allen Grund, sich gegen die Veröffentlichung zu wehren, denn die Fleischpreise lassen absolut nichts von einem Mangel an Schweinefleisch erwarten.

Table with 3 columns: Year, Price per Schlachtkopfe, Price per Schlachtkopfe. Rows for years 1901-1907.

Die Profitsteigerung ist ganz enorm. Man wird sich tun, sich derartige Zusammenstellungen zu merken für den Fall, daß die Schlächter wieder einmal an das Volk appellieren.

Städtischer Straßenbahnbetrieb. Die Stadtverordneten von Chemnitz beschloßen gestern abend den Ankauf der hiesigen, der Allgemeinen Lokal- und Straßenbahngesellschaft gehörigen elektrischen Straßenbahn für 10 1/2 Millionen Mark.

Jahresversammlung des Zentralverbandes von Ortskrankenkassen.

Die Jahresversammlung des Zentralverbandes von Ortskrankenkassen findet vom 19. bis 21. August in Mannheim statt. Als Tagesordnung ist in Aussicht genommen u. a.: Das Verhältnis der Krankenkassen zu den Ärzten.

Ausländer in Elsaß-Lothringen.

Das Unternehmertum beschäftigt mit Vorliebe Ausländer, d. h. solange diese widerstandsfähig sind und sich billig ausbeuten lassen. Diese Tatsache läßt sich am leichtesten beobachten in den Grenzstaaten, wo die Bevölkerung schon infolge der Lage und des gegenseitigen Verkehrs leichter ineinander übergeht.

Gerichts-Zeitung.

Eine Schwindelkassette vor Gericht.

Unter der hochtönenden Firma „Allgemeine Deutsche Hilfskassenkasse“ hatte der Kaufmann und Versicherungsbeamte Franz Starbatty ein angeblich der Volkswohlfahrt gewidmetes Unternehmen gegründet, welches jedoch nur als Desamuel für einen Kautionsbündel im großen dienen sollte.

Aus der Frauenbewegung.

Dienstmädchen-Versammlung.

Nach der in der Bergmannstraße belegenen Habelschen Brauerei war für Donnerstagabend eine Dienstmädchenversammlung einberufen, um zur Verklärung der Arbeitszeit Stellung zu nehmen.

Herr Oppenheim bemerkte: Es sei erfreulich, daß im Accordneubau Freier von Heßlich für die Besserstellung der

Dienstmädchen eingekleidet sei. Erforderlich sei es, die Arbeitszeit der Dienstmädchen nur bis 9 Uhr abends zu bemessen, und wenn nach 9 Uhr abends durchaus Arbeit erforderlich wäre, Ueberstunden zu bezahlen. (Lebhafter Beifall.)
Frau Die: Es höre sich sehr schön an, daß Herr von Zedlitz im Abgeordnetenhaus sich der Dienstmädchen angenommen habe, es sei aber bei der Anregung geblieben. Der augenblicklich große Mangel an Dienstmädchen sei doch eine günstige Gelegenheit, Forderungen zu stellen. Deshalb solle das Dienstmädchen nicht, gleich den Verkäuferinnen usw. um 9 Uhr abends ihre Häuslichkeit aufsuchen können.
Ein älteres Dienstmädchen bemerkte: Die Herrschaften seien oftmals so herzlos, daß sie noch viel von ihren Dienstboten lernen können. Schon den Kindern werde es angetragen, daß die Dienstmädchen ganz andere Menschen als die Herrschaften seien. Es werde gesagt, wenn die Dienstmädchen außer dem Hause wohnen, dann könnten sie die Herrschaften nicht ausziehen! Das wollen wir ja auch nicht. Leute mit gesunden Knochen können sich selbst auskleiden; und kleidet auch niemand aus! (Heiterkeit und Beifall.) Höchstens Kranken wollen wir nachts beistehen.
Oppenheim, der nochmals das Wort nahm, führte aus: Wenn die Dienstmädchen sich immer mehr anderen Berufen zuwenden, so daß der Mangel an Dienstboten immer größer werde, dann werden die Herrschaften selbst die Forderung der Gebührendeordnung in die Hand nehmen. Es empfehle sich eine Reichsgebührendeordnung zu schaffen.
Frau Baar: Die Dienstboten bedanken sich für jede Gebührendeordnung, sie wollen unter die Gebührendeordnung gestellt werden. In dieser Weise zog sich die Besprechung bis nach Mitternacht hin. Die anwesenden Dienstmädchen machten sich während der Reden vielfach eifrig Notizen. Nach Schluß der Versammlung ließ sich eine große Anzahl der Mädchen in den Verein der Hausangestellten aufnehmen.

Sklaveneben der englischen Spitzenarbeiterinnen.
Großes Aufsehen haben die Enthüllungen der Fabrikinspektoren Miss Squire, die sie vor dem Parlamentskomitee für Heimarbeit gemacht hat, erregt. Aus ihrem Bericht geht hervor, daß die Spitzenarbeiterinnen von Nottingham bereits vom 4. Lebensjahre an beschäftigt werden und bereits mit dem 6. Jahre Geld verdienen. Um die Enthüllung Miss Squires verstehen zu können, ist es notwendig, etwas über die Fabrication der Spitzen zu kennen. Verlassen die Spitzen die Webstühle, müssen sie auf die verschiedenste Weise zurechtgerichtet werden, um sie so zu gestalten, wie wir sie in den Schaufenstern der Robenwarenhändler sehen. Dies ist die Arbeit von Frauen und Mädchen, die sie zu Hause verrichten. Um das kleine Einkommen der Familie zu vermehren, werden die kleinen Kinder zur Hilfe herangezogen. Ihre kleinen zarten Fingerringen gewöhnen sich bald an die Arbeit und erlangen schnell eine große Fertigkeit darin, besonders in dem Spinnen der Spitzen, das eine große Geduld erfordert und natürlich auf die Augen wirkt. Die Nottinghamer Spinner sind von jeher an harte Arbeit gewöhnt, ebenso an lange Arbeitszeit und an Bedürfnislosigkeit. Die Arbeit wird an eine Frau ausgegeben, die sogenannte Mittelhand. Diese verteilt sie (zu ihrem Preis) an die anderen Frauen, die mit ihren Kindern dieselbe vollenden. Das Tagewerk eines Kindes wird folgendermaßen geschilbert. Das jüngste Kind, im Alter von 7 Jahren, muß um 6 Uhr früh aufstehen. Es fängt an zu arbeiten bis 9 Uhr. Dann verzehrt es sein „Frühstück“, etwas Brot mit Suppe und geht hierauf zur Schule. Das Mittagessen besteht aus 6 Pf. Brot gebakenen Fischchen und 5 Pf. Eßigkuchen. Nach der Schule beginnt die alte Arbeit wieder. Um 11 Uhr geht es zu Bett. — Die Arbeit der Kinder ist nicht nur schwer, ihre Erziehung natürlicherweise mangelhaft, und ihre ganze Kindheit verbringen sie unter den miserabelsten Umständen. Sie leben in Hinterhäusern, 3 Familien in 3 Zimmern und arbeiten von früh bis spät. Dieses System ist mit schrecklicher Gesundheitsgefahr verbunden. In einem Falle wurde eine Frau bei der Arbeit gefunden, ihr an Malaria erkranktes Kind in demselben Zimmer. In demselben Hause sah man ein Kind mit Spitzenarbeiten beschäftigt, das gleichfalls Malaria hatte. Diese Spitzen mögen dieselben sein, die seine Damen um ihren garten Körper hängen. — Die Ursache der Malaria rührt natürlich von dem alten Uebel, der Konturanz und der Habgier her. Das Resultat ist, daß diejenigen, welche am hilflosesten sind, am meisten zu leiden haben. Eine Frau arbeitete fremden für 1,80 M. das Duzend, mußte dabei ihren eigenen Zorn zu 50 Pf. pro Rolle liefern. Arbeitete sie nun jeden Tag, so kann sie 6 bis 8 M. die Woche verdienen. — Welchen Nutzen kann die Schule auf diese armen Geschöpfe üben? Sie ist in solchen Fällen nur eine Farce, denn die Kinder sind zu müde und abgearbeitet, um etwas zu lernen.
Während das Kind reicher Eltern 3 oder 4 gute Wochenenden am Tage, gute Kleidung, eine sorgenlose, fröhliche Jugend hat, ist es das Los der Reichstümeleier, immer Rot an Leib und Seele zu leiden. Nach einer Statistik sind die Kinder des Arbeiters nahezu 4 Zoll kleiner als die der Wohlhabenden mit 7 Jahren, und mit 14 Jahren 6 1/2 Zoll. Ebenso wiegt das Kind des Lohnarbeiters weniger, als ein Kind, das in Komfort großgezogen ist. Was sind die Ursachen? Ungezogene und unpassende Nahrung und ungesunde Umgebung. Schulzwang ohne Nahrung und ohne Abschaffung der Heimarbeit für Kinder ist ein Übel.

Von einem „Weiberdorf“ erzählt die Rev. Dorfer Volkszeitung. Im Staate Maine liegt ein kleiner Ort, Norway, wo Handel und Gewerbe fast ausschließlich in den Händen von Frauen liegt. Wer in Norway Kleider braucht, der geht in das große Detailgeschäft der Schwestern Prince, die ihr Geschäft allein gegründet haben

und nur Frauen als Angestellte beschäftigen. Seine Schuhe kauft man in einem Schuhgeschäft, das ebenfalls einer Frau gehört und der Gut, den man trägt, kommt aus der Schuhfabrik von Frau Allen und Fr. Cooley. Das Fleisch für den täglichen Nahrungsbedarf kauft man bei der Metzgerei Frau Silber, die selbst hinter dem Ladentisch steht und das Fleisch schneidet. Sollte aber ihre Ware nicht gut oder zu teuer sein, so versucht man es bei ihrer Konkurrentin, Frau Brookes. Die Tageszeitung der Ortschaft, „The Norway Advertiser“, wird von einer Frau herausgegeben, die Frau des Städtchens beschäftigt einen weiblichen Kassierer und eine Frau ist Inhaberin und Leiterin des einzigen photographischen Ateliers. Wenn man krank ist, so schickt man nach der Ärztin Doktor Annette Bennet, die obendrein Gesundheitskommissarin des Städtchens ist. Wenn man fromm ist, so kann man Sonntags in der Kirche einer Gemeinde, die sich „Universalist Church“ nennt, einen weiblichen Pfarrer predigen hören. Wenn man sich trauen lassen will, so geht man zur Friedensrichterin Fr. Margaret Vater; und wenn man endlich sich begraben lassen will, so wird auch dieser letzte Dienst von einem weiblichen Leichenbesorger versehen. Es ist anzunehmen, daß die Frauen indirekt auch ihren Einfluß auf die Verwaltung des Gemeinwesens geltend zu machen versuchen, aber sie müssen sich dazu der Männer als Mittel bedienen. Offiziell haben sie nichts zu sagen, obgleich sie die Stützen des Gemeinwesens sind und auch die große Majorität bilden. Der Staat Maine erkennt wie andere Staaten die politische Gleichberechtigung der Frauen nicht an.

Versammlungen — Veranstaltungen.
Berlin. Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, 15. Juli, Ausflug mit Kindern nach Treptow, Ludwigs Viktoriagarten, Köpenicker Landstraße.

Versammlungen.
Die Freie Volksbühne hielt am 3. Juli ihre Generalversammlung im Gewerkschaftshaus ab. Der Vorsitzende Dr. Conrad Schmidt begann den Geschäftsbericht mit einem Rückblick auf das Repertoire des abgelaufenen Spieljahres. Von klassischen Dramen gelangten zur Aufführung: „Shakespeare's Sturm“, Calderons „Richter von Salamea“ und Goethes „Faust“, von Komödien Scribes „Was Wasser“, Grillparzers „Weh dem der lügt!“, Angenreubers „Kreuzschreiber“, sowie Einakter von Bied, Wehlisch, Schiller, Schammar mit seiner sozialen Satire „Die Häuser des Herrn Sartorius“, Fejermanns mit dem erschütternden Gemälde der Armut „Ora et labora!“ vertreten; von Ibsen wurde „Raumeister Solness“ gespielt. Der Schauspiel-Zyklus wurde, wie in den Vorjahren, durch Veranstaltung von Kunststücken, Opernaufführungen und Konzerten ergänzt. Der Referent gedachte ferner der in letzter Zeit aufgetauchten Projekte, durch welche man den die Vergrößerung des Vereins einengenden Raumangel hätte überwinden wollen. Der ursprüngliche Plan, im Kreise der Mitglieder eine Summe aufzubringen, die als Grundstück für die Vocation oder den Neubau eines eigenen Theaters dienen könnte, hatte, da die Zeichnungen einen erheblichen, aber doch bei weitem nicht genügenden Betrag in Aussicht stellten, aufgegeben werden müssen. Inzwischen sei Hoffnung, daß das Projekt, mit dem der langjährig bewährte Vereinsregisseur Direktor Steiner sich an den Vorstand gewandt, zur Ausführung komme: er will eine neue, in bester Gegend Berlins zu erbauende Bühne dem Verein für 50 Sonntagsnachmittage wie je drei Wochentagsabende zur Verfügung stellen und garantiert eine entsprechend vermehrte Vorstellungszahl bei weiterer Vergrößerung des Vereins. Den Vertrauensmännern des Ausschusses soll eine weitgehende Kontrolle über die künstlerische Qualität der Aufführungen zustehen, wogegen der Verein sich nur verpflichtet soll, seine Mitgliederzahl bis zum Herbst 1908, dem Eröffnungstermin des Theaters, auf 18 000 zu erhöhen. Die Januar- und April-Generalsammlungen haben ihre Sympathien für den Plan durch fast einstimmig angenommene Resolutionen kundgegeben, wie auch die Erhöhung der monatlichen Beiträge auf 1 Mark im Falle des Zustandekommens gutgeheißen. Zum Schluß kommt Redner mit ein paar Worten noch auf das „Eingekleidet“ des Vorjahren der „Neuen Freien Volksbühne“ in „Berliner Tageblatt“ zu sprechen. Es heißt da in höchst merkwürdiger Fassung: „Nicht die Freie Volksbühne, sondern die Neue Freie Volksbühne zahlt für einen Teil ihrer Aufführungen, und zwar ausschließlich für diejenigen Aufführungen, die nicht streng geschlossene Vereinsvorstellungen sind, Autorentantiemen.“ Ferner wird in dieser Notiz besonders hervorgehoben, daß dieser Verein auch bei Vereinsvorstellungen auf besonderen Wunsch Ehrenhonoreare für die Autoren entrichtet und überhaupt nicht Dramen ohne vorher eingeholte Erlaubnis des Verfassers aufgeführt habe. In Wahrheit liegt die Sache so, daß die Freie Volksbühne, gegen die hier anscheinend ein Gegensatz konstruiert werden soll, da sie bisher überhaupt nur streng geschlossene Vereinsvorstellungen arrangierte, gar nicht in die Lage kam, die bei öffentlichen Vorstellungen selbstverständliche Autorentantiemen zu übernehmen. Dagegen hat gerade sie auf Wunsch und im Bedarfsfälle Ehrenhonoreare ausbezahlt und ihre Aufführungen von der Genehmigung der Autoren abhängig gemacht.
Den Kassenbericht, der von Winler erstattet wurde, ergab eine Einnahme von 125 000,13 Mark, der eine Ausgabe von

110 755,65 Mark gegenüber stand. Auf Antrag der Revisoren wird dem Kassierer Entlastung erteilt.
In der Diskussion bemängelt Wenz die Höhe der Jahrgelder, die sehr niedrigen Einnahmen für Inserate der Monatschrift, sowie die gezahlten Honorare für gehaltene Vorträge. Weiter wünscht er, daß dem Anwesen des Matschens in den Vorstellungen ein Ende bereitet werden solle; das geht nach Claque aus. Zwanzig weist den Vortrags über zu große Jahrgelder namens der Ordner zurück und bedauert, daß wegen dieser geringfügigen Summe, welche absolut in keinem Verhältnis zu den Ausgaben stehe, noch öffentlich Kritik geübt werde. Er fragt weiter an, ob nicht in Zukunft vor Aufführungen von klassischen Werken, wie zum Beispiel „Faust“, ein einleitender Vortrag für die Mitglieder veranstaltet werden könnte. Dem Vortrag wird eine Erfüllung dieses Wunsches in Aussicht gestellt. Eine weitere Anfrage des Redners veranlaßt eine kleine Aussprache über die Frage des Mozartsaal-Vorfalles. Die allgemeine Meinung geht dahin, daß ein solcher Vorfall für den Verein zwar bedauerlich wäre, daß man den Beschluß der maßgebenden Instanz aber selbstverständlich respektieren würde. Was die in Aussicht genommenen Abendvorstellungen anlangt, so sieht sie Zudeil als einen großen Vorteil für die weitere Entwicklung des Vereins an, während Vieh Bedenken gegen sie äußert. Der letztgenannte Redner spricht sich auch entschieden gegen jedes Claquewesen aus.
In den darauf folgenden Neuwahlen wurden die bisher Amtierenden per Affirmation wiedergewählt. Es besetzt also der Vorstand für das kommende Jahr aus Dr. Conrad Schmidt (1. Vor.), Baake (2. Vor.), Buschold und Friedländer (Schriftführer), Winler (Kassierer); der Ausschuss aus Dr. J. Bloch, Dr. J. Schilowski, Robert Schmidt, Stämpfer, Bach, Frau Julie Babel; Revisoren sind Gutschmidt, Jonas, Königs; Obstele Weiner, Hauptmann, Heimann, Kube, Karl, Kolb, Lude, Koshly, Schnaase, Weid, Wille.

Die Zahlreiche Berlin des Buchbinderverbandes hielt am 9. Juli im Gewerkschaftshaus eine außerordentliche Generalversammlung ab, in der als erster Punkt die Auffstellung der Kandidaten für die Wahlen der Revisoren des Verbandsvorstandes auf der Tagesordnung stand. Die Wahlen selbst werden durch Stimmzettel vollzogen und zwar am 13. Juli von 5 bis 10 Uhr abends in folgenden fünf Lokalen: bei Sachs, Lindowstr. 26; bei Feind, Weinstr. 11; bei Schmidt, Lindenstr. 3, 2. Hof; bei Bercht, Ritterstr. 75—76 und im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15. Als Kandidaten wurden von der kombinierten Verwaltungskommission vorgeschlagen: Albert Hoffmann, Eugen Brückner, Minna Schreihardt, Paul Siegrist, Viktor Bruck und Paul Schade. Zu den Wahlen der Revisoren für die Verbandsklasse schlug die kombinierte Verwaltungskommission folgende Kandidaten vor: Rich. Schneider, Fritz Freudenreich und Felix Markuse. Aus der Versammlung und größtenteils im Namen der Vertrauensleute und der Tarifkommission der Buchbinderbranche, wurden noch folgende Kandidaten zu Revisoren in Vorschlag gebracht: Paul Schneider, Bäcker, Jänemann, Pauline Hieber, Herzog, Wienke, Kuzding und Schewe. Ueber die Kandidaten wurde zum Teil recht lebhaft debattiert. Namentlich wurden Vorwürfe gegen Brückner und Bruck erhoben, die mit dem Verbandsrat und der um dieselbe Zeit von der Berliner Tarifkommission einberufenen Protestversammlung zusammenhängen. Brückner sowohl wie Bruck wiesen diese Vorwürfe entschieden zurück. Die Versammlung beschloß jedoch, den Mitgliedern zu empfehlen, diese beiden Kandidaten unberücksichtigt zu lassen. Ferner wurde beschloßen, daß bei der Wahl nur die offiziellen Stimmzettel Gültigkeit haben sollen.

Der Bericht über den Verbandsrat soll in einer späteren Versammlung, wenn erst das stenographische aufgenommenen Protokoll gedruckt vorliegt, gegeben werden. Es ist jedoch den einzelnen Branchen unbenommen, sich vorher in ihren Versammlungen Bericht von den Verbandsratsdelegierten erstatten zu lassen.
Als dritter Punkt standen die Wahlen von 6 Delegierten zur Gewerkschaftskommission auf der Tagesordnung. Auch hierbei fand eine lebhafte Debatte über die Kandidatenfrage statt, wobei es sich namentlich um Alfred Hanke und Paul Zahn handelte, gegen die Einwendungen erhoben wurden. Die Versammlung beschloß, Hanke zur Wahl zuzulassen, ebenso wie Zahn als Kandidat zugelassen wurde. Die Wahl wurde in der Versammlung durch Stimmzettel vorgenommen; sie hat jedoch ein endgültiges Resultat nicht ergeben. Es wird Stichwahl notwendig sein.

Essentielle Bibliothek und Besuche zu nützlicher Benutzung für jedermann. SW., Alexandrinerstr. 26. Gedruckt täglich von 9—10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9—1 und 3—6 Uhr. In den Besuchen liegen zurzeit 515 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung aus.
Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, 14. Juli, vormittags 8 1/2 Uhr, im Rathaus, Eingang Adenstraße, Saal 109: Versammlung: freireligiöse Vorlesung. — Vormittags 10 1/2 Uhr in der Schule, Kleine Frankfurterstr. 6: Vortrag von Herrn R. D. Baese über: „Gott und seine Bedeutung für die Abtammungstheorie“. — Herren und Damen als Gäste sehr willkommen.

Eingegangene Druckschriften.

Platz. Herausgeber: Georg Bernhardt, 28. Post. Vierteljährlich 3,50 M., vom Verlag 4 M. Verlag: Berlin-Charlottenburg, Goethestr. 69. 9. Jahressbericht des Arbeitersekretariats München und Geschäftsbericht des Gewerkschaftsvereins daselbst, 87 Seiten. Selbstverlag in München.

Theater.
Sonnabend, den 13. Juli.
Anfang 8 Uhr.
Neues fgl. Operntheater. Wiener Blut.
Deutsches. Der Jongleur.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Carmen.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Abdliches Theater) Ruych-Brych.
Neues Schauspielhaus. Kuffes. Kleines. Vater und Sohn.
Königliche Oper. Tosca.
Westen. Die lustige Witwe.
Zuspielhaus. Die Welt ohne Männer.
Veruhard Rose. Der große Unbekannte. Anfang 8 1/2 Uhr.
Nachmittags 4 1/2 Uhr: Blumenstrauch. Ein toller Ehemann. Arbeit schadet nicht.
Metropol. Der Leuzel laßt dazu. Wintergarten. La Tortajada. Spezialitäten.
Apollo. Der Hochzeitsgast. Spezialitäten.
Walhalla. Spezialitäten.
Folies Caprice. Geisterhaus. — Paris. Anfang 8 1/2 Uhr.
Vauage. Spezialitäten.
Urania. Raubdrache 48/49.
Von der Juglitz zum Bahnmann.
Nachm. 4 Uhr: Durch Dänemark und Schweden.
Sternwarte, Invalidenstr. 67/68.

Kleines Theater.
Anfang 8 Uhr.
Vater und Sohn.
Morgens und folgende Tage: Vater und Sohn.
Theater des Westens.
Abends 8 Uhr:
Die lustige Witwe.
Operette in 3 Akten v. Franz Lehár.
DERNARD ROSE THEATER
Gr. Frankfurterstr. 102.
Täglich:
Im Garten, Anf. 4 1/2 Uhr.
Das erkrankte
Spezialitäten-Programm.
Operette 50 Pf. Entree 30 Pf.
Im Theater abends 8 1/2 Uhr:
Der große Unbekannte.
Sommerpreise.
Ostbahn-Park
Am Klättrierplatz, Rüdigerdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Großes Konzert,
Theater- und Spezialitäten-
Vorstellung.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Nachmittags 4 Uhr:
Durch Dänemark u. Schweden.
Abends 8 Uhr:
Von der Zugspitze zum Watzmann.
ZOOLOGISCHER ZGARTEN
Täglich ab nachm. 5 Uhr:
Großes
Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 Mk., von abends
6 Uhr ab 50 Pf., Kinder unter
10 Jahren die Hälfte.
Fröbels Allerlei-Theater
fröh. Puppentheater, Schön. Allee 148.
Bestes Volkstheater Berlins.
Orte: Sommerfest des Väter-
pächtervereins „Neu-Berlin“.
Der riesengroße, erstkl. Julispielfest.
Frank Gregorytruppe x 5 Ramoneurs
Die Arlonas x Drei Papillons
Cuno-Sandertrio x Hermann Perolis
Gustav Müller.
Um 1/2 8 Uhr der Schlager der Saison:
Großstadtsauber.
Wohle mit Gelang von B. Gerold.
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

Schiller-Theater O.
(Wallner-Theater.)
Moritz-Oper.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Carmen.
Große Oper in 4 Akten von Bizet.
Sonntag, nachm. 3 Uhr
bei halben Preisen:
Der Wasserschmid.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Gallipoli Helarich Hotel:
Der Troubadour.
Montag, abends 8 Uhr:
Die Afrikanerin.
Schiller-Theater N.
Friedrich-Wilhelms-Theater.
Abends 8 Uhr:
Kyrills-Pyrits. Sommerpreise.
Max Kliems
Sommer-Theater
Gartenstraße 13/15.
Königliche Leitung: Paul Milbitz.
Täglich: Gr. Konzert, Theater
u. Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Montag: Sommerfest.
Jeden Mittwoch:
Die beliebtesten Kinderfeste.
Jeden Donnerstag: Elite-Tag.
Die Kaffertische ist täglich von
9 Uhr ab geöffnet.

Lustspielhaus.
8 Uhr: Wiener Ensemble. Gastspiel
Die Welt ohne Männer.
Hopi Wödnner als Gast.
W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Große Extra-Vorstellung:
10 Uhr: Der Hund von Gasterbisse.
Spannendste Detektiv-Novelle.
1/2 10 Uhr: Das geheimnisvolle Klok 77
Uhr. 6 Uhr. Kaffertische 8 Uhr. Ball.
Bei schlechtem Wetter: Vorstellung
im Saale.
**Walhalla-
Variete-Garten**
Behlendorfstr. 19/20, Rosenh. Tor.
15 Juli-Spezialitäten.
Promenaden-Konzert.
Anf. 8 Uhr. Vorstellung 7 Uhr.
Bei ungünstigem Wetter
Vorstellung im Theater 8 Uhr.
Kleine Sommerpreise.
Sanssouci, Kottbuser
Str. 6.
Direktion Wilhelm Reimer.
Der Garten ist geöffnet.
Sonn. Mont., Donnerst.:
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger
u. Tanzkränzechen.
Fliegen, Sonntag, Montag
und Donnerstag:
Große Elite-Soireen.
Kostbares Programm.
Sonntags Beginn 5, wochentl. 8 Uhr.

Belle-Alliance-Garten
Herzlichster Sommergarten Berlins.
Weltberühmte Illumination.
Vollständig neue Anlagen.
Täglich:
Elite-Variete-Vorstellung
Anf. wochentags 6, Sonntags 4 1/2 Uhr.
Volksgarten-Theater.
Bad-Neuhofstraße — Bahnhof Gesund-
brunnen — Bellermannstraße.
Der rechte Weg.
Original-Vollstück mit Gelang und
Tanz in 4 Akten von B. Gerold.
Stern:
Das neue
Rlesen - Spezialitäten - Programm.
Vollbelustigungen.
Brunnen-Theater
Badstraße 68. Direkt.: Bernh. Ross.
Täglich: Mit glanz. Ausstattung:
Carmen.
Erstkl. Spezialitäten-Programm:
Artur Wolf. Loro-Quartett.
Darringtontruppe. Adolf Böckel.
Die weltberühmte Teufelpantomime
der Pholies Guitano Comp.
Eine unruhige Nacht.
Kasseneröffnung 2 Uhr. Anf. 5 Uhr.

Castans Panopticum
165 Friedrichstraße 165.
Neu! **Der Kampf in den Lüften.** Neu!
Golgatha.
Plastische Kolossalgruppe.



Ende der Saison
Montag, den 15. Juli.

La Tortajada.
Glänzendes Programm.

Prot.: D. deutsche Kronpr.
deutsche
Armee- Marine-
und Kolonial-
Ausstellung

a. Wannsee-Bahn, Friedmann
Große Konzerte * * * *
* * * Vergnügungspark

Heute:
Wunderfeuerwerk.

Ausstellungs-Lose a 1 Mark
berechtigten tägl. z. Eintritt.

Metropol-Theater
Anfang 8 Uhr.

Der Teufel lacht dazu.
Große Jahresrevue in 7 Bildern
von Julius Freund. Musik von
Viktor Hollander. Dirigent Max
Roth. In Szene gesetzt von
Direktor Richard Schultz.
Rauchen überall gestattet.



ab 8 Uhr: Die neuen hervor-
ragenden Spezialitäten! u. a.:
Jean Paul, Humorist, Jean Cler-
mont mit seiner Jirrus-Parodie
Barnum u. Weisheit.
10 Uhr: **Hartstein**
in seiner Burleske
„Der Hochzeitsgast“
als Ortsvorsteher Lehmann.

Neue Welt
Hasenheide 106-114.
Täglich:

Gr. Doppel-Konzert
und
Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang 5 Uhr.
Entree zum Konzertgarten 10 Pf.
Theatergarten 25 Pf.

Jeden Mittwoch:
Erntefest.
Jeden Donnerstag:
Elite-Tag.

Schweizergarten
Am Königstor. Am Friedrichshain.
Straßenbahn 1, 2, 4, 17, 59, 62, 63 u. 74.
Täglich:
Theater-Vorstellung.
Neue Spezialitäten.
Kinematograph und Ball.
Freier Damentanz.
Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Anfang Hochzeitsgast 8 Uhr,
Sonntags 7 Uhr.
Vom 16. 7.
bis 31. 7.:
Saisenspiel
**Winter-
Tymian.**

Deutscher Buchbinderverband

Zahlstelle Berlin.

Sonnabend, den 13. Juli, findet in der Zeit von 5-10 Uhr die
Wahl von 6 Beisitzern u. 3 Revisoren zum Verbandsvorstand statt.

Die Wahl kann in folgenden Lokalen vollzogen werden:

- Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal IV**
(kann an zwei Stellen vollzogen werden).
- Voigts Rittersälen, Ritterstr. 75.**
- Schmidt, Lindenstr. 3, II. Hof.**
- Feind, Weinstr. 11.**
- Sachse, Lindowstr. 26.**

Kollegen und Kolleginnen! Da die Funktion der Beisitzer das wichtigste Amt ist, das aus den Kollegen unserer Zahlstelle befehligt wird, so erwarten wir, daß die Beteiligung eine sehr rege sein wird.
Die Ortsverwaltung.



Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Stellmacher!

Sonntag, den 14. Juli 1907, vormittags 10 Uhr:

Branchen-Versammlung

im Lokale des Herrn Bolzmann, Lichtenbergerstr. 21.
Tages-Ordnung:

- 1. „Wann und wie können wir die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Zimmerwerkhäusern verbessern?“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Einsetzer!

Sonntag, den 14. Juli 1907:

Bezirks-Versammlungen

in den bekannten Lokalen.
Die Beiträge werden von da ab nur in den Bezirksversammlungen fällig. — Die Adressen der Obleute sind: 1. Kollege Lanzky, Ryehenerstr. 8; 2. Kollege Nölte, Campdenstr. 13. J. U.: R. Lanzky.

Magazinarbeiter.

Montag, den 15. Juli 1907, abends 6 1/2 Uhr, in Frankes Festsälen, Sebastianstraße 39:

Oeffentliche Versammlung

aller in Möbelgeschäften beschäftigten Tischler, Polierer, Beizer sowie Hülsenarbeiter.
Tagesordnung: 1. Der abgeschlossene Tarifvertrag der Berliner Holzarbeiter und wie kann derselbe für die Magazinarbeiter von Vorteil sein? Referent: Kollege Albert Schröder. 2. Welcher gewerkschaftlichen Organisation haben sich die Magazinarbeiter anzuschließen, um ihre Lage zu verbessern? 3. Kollegen! Die überaus traurigen Verhältnisse in unserer Branche bedürfen dringend der Aufbesserung. Deshalb ist es notwendig, daß sämtliche in Möbelgeschäften beschäftigten Kollegen pünktlich erscheinen. Die Kommission. Die Zahlstelle 55, Stallherstr. 22, wird am 20. Juli nach Stallherstr. 102 bei Grapentin verlegt; dortselbst ist das Verkehrslokal der Möbelpolierer Süd-Dr.

Achtung, Drechsler!

Sonntag, den 14. Juli: Herrenpartie nach Bernau, dort mit den Bernauer Kollegen nach dem Liepzigsee.
Abfahrt 7.35 Stelliner Bahnhof.
Zahlreiche Beteiligung erwartet Die Branchenleitung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof I. Amt 3, 1289. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1987.

Achtung! Metallarbeiter! Achtung!

Montag, den 15. Juli 1907, abends 6 Uhr:
Allgemeine
Metallarbeiter-Versammlung

für Tempelhof, Mariendorf und Marienfelde
im Restaurant „Zum alten Askanier“, Joh. Puschke, Mariendorf, Chausseestraße 82.
Tages-Ordnung:

- 1. Der Metallarbeiter-Verband im Jahre 1906. Referent: Kollege A. Cohen. 2. Diskussion. 3. Bericht-Angelegenheiten und Verschiedenes.

Zu dieser Versammlung sind die Metallarbeiter der Daimlerwerke, Englischen Gasmesser- und Gasfabrik, Braß & Hoeslet, Spoyrer, Lütke, Kemperwerk sowie Lorm & Ludwig, Optiz, Heubach, Bächele & Paasche, Puls, Andreo, Eracko, Stabernack, Hartung, Flexillwerk, F. ter Welp ganz besonders eingeladen.
Um recht rege Beteiligung ersucht Die Ortsverwaltung.

Montag, den 15. Juli 1907, abends 8 1/2 Uhr:

Bezirks-Versammlung

für den 1. Bezirk
in Rohltopfs Festsälen, Weißensee, Königs-Chaussee 38.
Tages-Ordnung:

- 1. Vortrag des Kollegen Bahr über: Gewerkschaftliche Organisationen und das Unternehmertum. 2. Diskussion. 3. Verbands-Angelegenheiten. 4. Renouveau der Bezirksleitung. 121/19

In Anbetracht der Wichtigkeit obiger Tages-Ordnung ist es Pflicht jedes Einzelnen zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

Artushof, Perlebergerstraße 26.

Entscheidungs-Ringkampf

zwischen:
Georg Altmann, Berlin, und Albert Hein, Berlin,
Artur Barkowski, Berlin, und Karl Wolff, Berlin.
Vorher: Theater u. Spezialitäten. Anfang 6 1/2 Uhr, Ringkampf 9 Uhr.

Kranken-Unterstützungs- u.
Begräbniskasse der Leder-
zurichter Berlin.
(E. S. Nr. 60).
Am Sonntag, den 21. Juli,
vormittags 10 1/2 Uhr, bei Feind,
Weinstr. 11:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Rechnungslegung vom zweiten
Quartal 1907.
2. Geschäftliches. 17956

Der Vorstand.
J. U.: Gustav Busse.

Passage-Theater.

Jeden Abend 8 Uhr:
Der große Verwandlungskünstler
Arturo

Bernardi.

Berlins schickste Souhrette

Ida Perry

14 Variété-Sensationen 14

Greift zu!

den besten
Monatdanzgäuge 9,50 Pf.
Abonnementdanzgäuge 13,00
Wandeldanzgäuge 11,00
Wartiedanzgäuge 12,00
Schrodanzgäuge 14,50
Anzüge, Ersatz f. Moh 20,50
Paletots 9,50
Hosen 2,00

Moldauer

Prinzenstraße 64,
Ecke Annenstraße, im Laden.
— Straßenbahn-Vergütung. —

Diez' Spezialitäten - Theater.

Landsberger Allee 76-79.
Direkt a. d. Ringbahnstation. Bequemste Zugverbindung n. allen Stadttricht.
Ob schön! Täglich im herrl. Garten oder gr. Saal: **Ob Regen!**
Das neue und beste Programm Berlins, u. a.:
Brothers Bearwells,
phänomenaler Melange-Akt.
Original Clown Doll,
Miniatür-Zirkus.
u. a.: 50 Paar! Bräutle demjenigen,
welcher den Efel Michel dreimal um
die Bühne herumreißt.
Anf. 3 Uhr. Kaffeelücke. Volksbelustig. aller Art. Entree 30 Pf., Sonnt. 30 Pf.

Paul Schwarz Sommer-Theater.

Lichtenberg, Dorfstr. 25/26.
24. Saison. Täglich: 24. Saison.
Das großartige Spezialitäten-Programm.
Das Beste vom Besten.
Promenaden-Konzert. — Ball. Anfang 5 Uhr.

Sonnabend, den 20. Juli: Gr. Volks-Sommerfest der Partiel-
genossen Lichtenbergs. Gr. Gala-Spezialitäten-Vorstellung. Kinematograph.
Promenaden-Konzert. Sommerabendball. Kaffeelücke. Regeldamen. Volks-
belustigungen. Anfang 4 Uhr.

Sozialdemokratischer Kreis-Wahlverein

Potsdam-Spandau-Gsthavelland.
Sonntag, den 11. August d. J., vormittags 11 Uhr,
im Lokale Tschmann in Hennigsdorf:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 293/2
1. Bericht des Vorstandes. 2. Bericht der Siednerkommission. 3. Pro-
vinzialkonferenz und Parteitag. Referent: Dr. Liebknocht. 4. Bezirks-
Parteitag. 5. Wahlen der Delegierten, des Vorstandes und der Ver-
skommission. 6. Verschiedenes.
Anträge sind dem Unterzeichneten einzureichen.
J. U.: Aug. Paris, Beiten, Luisenstr. 17.

Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter.

Zweigverein Berlin. Sektion I (Brauereiarbeiter).
Bureau: O. 54, Rudolphstraße 10, I. — Fernsprecher: Amt III, 4518.
Sonntag, den 14. Juli 1907, nachmittags 2 1/2 Uhr,
in Kellers Festsälen (Joh. Freyer), Kopenstr. 29,
heiner Saal:

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Arbeiterssekretär Eugen
Bräuner über: Arbeiterorganisationen und Arbeiterverbände. 2. Ver-
einsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. 42/6
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet Der Vorstand.

Freie Vereinigung der Musikinstrumenten-Arbeiter

Berlins und Umgebung.
Montag, den 15. Juli, abends 6 Uhr, bei Grammann,
Rauhenstr. 27:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen D. Baage über Schöpfung
oder Entwicklung. 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom II. Quartal.
4. Vereinerneigung neuer Mitglieder. 5. Ergänzungswahl des Vor-
standes. 6. Organisationsangelegenheiten. 141/10
Mitgliedsbuch legitimiert.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird dringend gebeten.
Der Vorstand.

Unserem Genossen 17996
Paul Franke
folgte seiner lieben Frau die herz-
lichsten Glückwünsche zum heutigen
Hochzeitslage.
Die Genossen des 583. Bezirkes.

Sozialdemokrat. Wahlverein

für den
4. Berliner Reichstagswahlkreis
(Köpenicker Viertel).

Den Mitgliedern hiermit zur
Kenntnis, daß unser Genosse, der
Arbeiter

Richard Hennig

wohnhaft Schleißh. 14, Stadt-
bezirk 107b
gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 14. Juli, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Reichs-
halle des Emmaus-Kirchhofes in
Nixdorf aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung
erlaubt Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Bohrer

Richard Hennig

am 10. d. M. an Lungenerkrankung
gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 14. Juli, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Reichs-
halle des Emmaus-Kirchhofes in
Nixdorf aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
121/20 Die Ortsverwaltung.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw. Deutschlands.

Filiale Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege

Gustav Stabenau

am Dienstag, den 9. Juli, ver-
storben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonnabend, den 13. Juli, nach-
mittags 2 Uhr, auf dem Zentral-
Friedhof in Friedrichsfelde statt.
Rege Beteiligung erwartet
125/11 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Schlosser

Heinrich Mühlbrodt

gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 14. Juli, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, von der Reichs-
halle des neuen Hellands-Kirch-
hofes in Weißensee aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
122/1 Die Ortsverwaltung.

Adelheid Butry

am 11. Juli nach langem, un-
sagbar schwerem Leiden ver-
storben ist. 64462
Ramen der Hinterbliebenen
Karl Butry, Straßburgerstr. 41.
Die Beerdigung findet Son-
tag nachmittags 5 Uhr von der
Reichshalle des Elisabeth-Kirch-
hofes, Prinzen-Allee, aus statt.

Ausnahmepreise

Monat Juli.
A. B. Koch
Kohlen-Groß-Handlung
Berlin O. 34, Brombergerstr. 15.
Preise für nur 14 Marken ab Platz
von 10 Pf. an:
Prima la Goldmine (bekannte
Marken) 85 Pf.
; la Diamant pr. Str. (110
bis 120 Stk.) 87 Pf.
; la Nive u. Nive 90 Pf.
; la Anthrazit Gadspr. Str. 2, 30 Pf.
Kohls, Steinkohlen usw. zu den
billigsten Tagespreisen. Anlieferung
frei Keller je nach Quantum pr. Str.
10-15 Pf. mehr. — Bei Original-
Waggon und größeren Abgängen
verlangen Sie meine Spezial-Offerte.

Beiträge zum Auer-Denkmal.

A. R. Saargemünd 1.— Gesammelt bei Junge, Geschäftsbücherfabrik Mt. Buchbinderei 5.— Von den Rabigern Bau Wesstein, Grünauerstraße 12.— Von Mitgliedern des Verbandes Deutscher Buchdrucker im „Vorwärts“ 20.— Von den Schloßern der Firma Spengler, Lindenstraße 7, 80. Personalbuchdruckerei Janiszewski 10.— Von den Bildhauern und Vergoldern J. C. Hoff, Zeughausstraße 6, 05. Vom Personal der Buchdruckerei Emil Streisand 6.— Gewerkschaftsartikel Reg 10.— Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter, Jahrestelle Regel 20.— H. M. 10.— A. G. 10.— F. E. 10.— S. M. 10.— R. W. 10.— B. G. 10.— W. Pf. 10.— Ueberführung Kranzspende B. D. A. 2.— Verb. d. Tapezierer, Filiale Berlin 50.— Von d. Kollegen d. Firma Drunz u. Wob 15.— Von d. Koll. d. Firma Musculus 5.— R. Rempe, Antwerpen 1.— E. Hohenhaus 2, 85. Ueberführung Geburtstag Hinge 5.— Sozialdemokr. Verein 8. und 10. Schleiss-Hollstein, Reichstagswahlkreise 50.— Drechsler und Schleifer, C. Müller, Weihensee 8, 90. Einige Arbeiter u. Arbeiterinnen der Auer-Gesellschaft 8, 00. Aus Rohn 20.— Arbeiter der Schraubenfabrik Mühl, Tempelhof, durch Brens R. P. G. 10, 80. A. Wehner, Beelig W. I. 81, 10. Bezirk 745 d. 6. Kr., Ueberführung der Kranzspende des verstorbenen Genossen Julius Wengel 8, 05. Lindemann 1.— Reichstagswahlbezirk 215, I. Teil, durch Otto Wendt 5.— In Summa 387, 15 M., bereits quittiert 381, 40 M. Insgesamt 768, 55 M.

Partei-Angelegenheiten.

Reichstagswahlkreis Nieder-Barnim.

Am Sonnabend, den 20. Juli, abends 8 Uhr, findet eine Kreisgeneralversammlung bei Weigelt, Nummelsburg, Lirrschmidstr. 45, statt.

Tagesordnung:

- 1. Der internationale Arbeiterkongress in Stuttgart.
2. Wahl der Delegierten zu demselben.
3. Der deutsche Parteitag in Essen.
4. Wahl der Delegierten zu demselben.
5. Kreisangelegenheiten.
Anträge zu dieser Versammlung sind umgehend an den Unterzeichneten einzureichen.

J. A.: G. Freivaldt, Pantow.

Leitom-Beestow. Das große Volksfest des Kreises findet morgen im erweiterten Etablissement „Hasselwerder“ an der Obersee (Bahnhofstation Nieder-Schöneweide-Johannisthal) statt, unter Mitwirkung von Vereinen des Arbeiter-Sängerbundes, Turner-Bundes, Radfahrer-Bundes und der Volksjägergesellschaft Lewandowski. Morgens um 8 Uhr: Frühkonzert. Nachmittags beginnt das Konzert um 3 Uhr. Auf die „Kolonial-Ausstellung“ sei ganz besonders aufmerksam gemacht. — Entree 25 Pf.

Bezirk Waidmannslust. Sonntag, den 14. Juli, nachmittags 3 Uhr, findet in Stolpe an der Nordbahn im Lokale der Witwe Bergemann eine öffentliche Versammlung statt. Gemeindevorsteher Rudig-Pantow referiert über: „Die Rechtfertigung der Landarbeit“.

Adlershof. Der Abmarsch zum Kreisfest nach Hasselwerder findet von Kauls Restaurant aus statt früh um 6 1/2 Uhr und nachmittags um 2 Uhr. Eine zahlreiche Beteiligung der Parteigenossen erwartet. Der Vorstand.

Reinickendorf-West. Am Dienstag, den 10. Juli, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokale des Herrn Engel, Eichhornstraße, die Parteigliederungsversammlung statt. Tagesordnung: 1. Anträge zum Parteitag und internationalen Kongress in Stuttgart. 2. Rewahl. 3. Parteiangelegenheiten und Verschiedenes.

Am Freitag zu vermeiden, wird ersucht, daß sämtliche Materialien von dem neugewählten Kassierer Genossen Spiegelberg, Antonienstr. 5 II zu beziehen sind, daselbst werden auch die Einzahlungen für das am 20. Juli, abends 8 Uhr, in den Eichhorn-Sälen stattfindende Stiftungsfest des Wahlvereins ausgegeben.

Lankwitz. Dienstag, den 10. Juli, abends 8 Uhr, findet im Restaurant Paul Edel, Marienfelderstr. 9, eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Reichstagsabgeordneter Fritz Jubel über „Die bürgerlichen Parteien im neuen Reichstage“ sprechen wird. Zahlreicher Besuch, auch von Frauen, erwünscht.

Berliner Nachrichten.

Noch einmal: „Schimpfende Lehrer“.

Unsere Mitteilung (in Nr. 149 vom 20. Juni) über einen schimpfenden Lehrer hat, so scheint es, in Lehrerkreisen arg verknüpft. Fühlt man dort, daß wir mit der Erörterung dieser Frage eine wunde Stelle moderner Schulpädagogik berührt haben? Gegenüber unserer Warnung, schimpfende Lehrer sollten von ihren Vorgesetzten schärfer kontrolliert werden, hat die „Pädagogische Zeitung“ versucht, durch ihr törichtes Gerede von „Schulweise und Demunziantentum“ uns ins Unrecht zu setzen. Wir haben diesen Schwanz bereits zurückgewiesen (in Nr. 150). Das selbe Blatt veröffentlicht jetzt die Zuschrift eines Herrn J. West, die folgendermaßen beginnt: „An meinen Freund „Vorwärts“. Du bist ein ruppiger Kerl, ein richtiger „Ekel“, wie der Berliner sagt. Von Deinen ersten Lebensjahren an hast Du den Vätern und Müttern, die ihre Kinder in die Berliner Gemeindefschule schickten, immer nur erzählt, wieviel „Reiße“ die Engel in den großen roten Häutchen kriegen, und schließlich bist Du auf die originale Idee gekommen, die Klapsche oder die „Schimpfworte“ oder sowas draußen vom Schulhause aus zu zählen und die Schulinspektoren für diesen Dienst mobil zu machen.“

In diesem „J. West“ haben wir es anscheinend mit einem alten Lehrer zu tun, der wohl schon „a. D.“ ist. Da unter den Direktoren und Lehrern der Gemeindefschulen Berlins, den noch amtierenden wie den pensionierten, kein „West“ zu finden ist, so möchten wir „J. West“ für ein Pseudonym halten. Wir würden auf den Lehrer a. D. J. Kewß (Anstellung: J. West) schließen, wenn wir diesem Manne die Oberflächlichkeit vertrauen könnten, die aus der Zuschrift spricht. Uebrigens ist ja die Person des Verfassers gleichgültig. „J. West“ versichert, unseren Artikel habe er gelesen. Trotzdem behauptet er frisch darauflos, der „Vorwärts“ sei „auf die originale Idee gekommen, die Klapsche oder „Schimpfworte“ oder sowas draußen vom Schulhause aus zu zählen“. In unserem Artikel stand klar und deutlich, daß nicht wir, sondern Bewohner eines Nachbarhauses nicht vom Schulhause, sondern von ihrer Wohnung aus die Schimpfworte gehört haben. „J. West“ fährt in seinem Briefe an den „Vorwärts“ fort: „Ich habe mich, auch ich Deinen letzten Artikel las (gemeint ist der Artikel vom 29. Juni — Red. d. B.), auch auf die Weine gemacht

und „spioniert“. Hätte ich Dich da nur bei mir gehabt, alter „Vorwärts“! Dann hättest Du auf dem Schulhof Deine beste „Reiße“ kriegen können, von mir nämlich, trotzdem ich in dem Netzer von Hause aus nur wenig und nun schon seit lange gar keine Übung habe. Ich habe das, was Du immer hörst und berästelst, nicht gehört.“ Sollte West auf dem Hof der betreffenden Schule, „spioniert“ haben, so wäre es schon glaubhaft, daß er nach Erscheinen unseres Artikels das nicht mehr gehört hätte, was wir berichtet haben. Seitdem hat nämlich der schimpfende Lehrer (wie wir in Nr. 150 meldeten) sich bemüht, nicht mehr zu schimpfen.

Aber „J. West“ will wohl nur sagen, er habe sich in Gedanken wieder mal auf einen Schulhof zurückversetzt. Er erzählt nun weiter, was er da gehört habe: Rechnen, Singen, Lesen, Deklamieren usw. Eine Fülle von Wissen und Lebensweisheit habe er da in einer halben Stunde zu hören geglaubt. Schließlich ermahnt er den „Vorwärts“: „Also mach' Dich auf die Reise und spioniere! Du wirst gewiß auch wieder etwas hören, was Du bisher immer erzählt hast, aber doch tausendmal mehr, was Du bis jetzt verschwiegen hast. Und dann schmeiß' Dich und erzähle auch mal etwas anderes. Erzähle den Berliner Arbeitern und Arbeiterfrauen, was die Tausende von Lehrern und Lehrerinnen an ihren Sproßlingen tun, wie sie bemüht sind, sie zu guten, braven und klugen Menschen zu machen. Erzähle ihnen auch, welche Mühe und Arbeit das macht, wie so manches, was unsere Jugend an sich hat und nicht an sich hat, auch dem Ausflügler auf die Kerben fällt, so daß er hin und wieder aus dem Häuschen kommt und ein Wort losläßt, das nicht im Knigge empfohlen ist, oder vielleicht gar den „gelben Onkel“ braudt.“ Mit Verlaub, Herr „J. West“: Sie reden da von Dingen, die Sie nicht verstehen. Wenn Sie Ihre Kollegen darüber belehren wollen, was der „Vorwärts“ bisher „erzählt“ habe oder „verschwiegen“ habe, dann hätten Sie den „Vorwärts“ sorgfältig lesen müssen. Das ist Pflicht jedes Publizisten gegenüber jedem Blatt, aber das er ein solches Urteil abgeben will, wie Sie es über den „Vorwärts“ abgeben zu können sich einbilden. Gätten Sie diese Pflicht erfüllt, dann müßten Sie wissen, daß der „Vorwärts“ nicht erst von Ihnen auf die Mühe und Arbeit hingewiesen zu werden braucht, die das Lehramt dem Lehrer bringt.

Wir schließen hiermit einstweilen die Diskussion über die „Schimpfenden Lehrer“. In einer Fortsetzung werden wir uns dann bereit finden lassen, wenn ein gewissenhafter und ernst zu nehmender Gegner auf den Kampfplatz tritt.

Der Bau der neuen Industriebahn Zegel-Blankensfelde-Franz-Vuchholz-Nieder-Schönhausen-Heinersdorf-Weihensee-Hohen-Schönhausen-Friedrichsfelde hat in der letzten Zeit große Fortschritte gemacht. Mit dem Bau der Brücken über die zu kreuzenden Eisenbahnen ist begonnen worden. Die Bahn hat eine Länge von drei deutschen Meilen oder 21 Kilometern und erhält 10 Haltestellen mit Anschluß an die Stettiner, Briegener, Nord- und Gr.-Schönebeck-Liebertwalder Eisenbahn.

Zum Präsidenten des Kammergerichts ist der Wirkliche Geheim- Oberjustizrat Direktor im Justizministerium Dr. Böckel ernannt.

Neue Untergrundbahnpläne. Zu dem Plan der Hochbahngesellschaft, vom Wittenbergplatz eine neue Untergrund- und Hochbahnstrecke nach dem Gleisdreieck zu bauen, wird von sachverständiger Seite geschrieben: Das Gleisdreieck ist zwar ein berühmtes technisches Kunststück, aber von Anfang an das größte Hindernis für den Betrieb gewesen. Die mannigfachen Abzweigungen und Kreuzungen verlangen einen starren Fahrplan, dem sich der Betrieb mit minutiöser Genauigkeit anpassen muß. Die geringste Störung verursacht Störungen im ganzen Netz. Nur die musterhaften Signaleinrichtungen und deren sorgfältige Handhabung durch die Bahn haben Hemmnungen bisher fast ganz vermeiden lassen. Es konnte somit kein Zweifel sein, daß der Betrieb der Abzweigung mit der Zeit vollständig verlassen wird. Dies ist auch der eigentliche Sinn des neuen Planes. Mit der Fortführung der Untergrundbahn in das Innere der Stadt wird der Betrieb auf dem Gleisdreieck in seiner jetzigen Gestalt mehr und mehr zur Unmöglichkeit. Eine Notwendigkeit ist die Auflösung des Bahnnetzes der Hochbahn in einzelne Linien ohne Abzweigung. Nur so läßt sich der Betrieb des jeweiligen Bedürfnis ohne Schwierigkeiten anpassen. Die Folge der einzelnen Züge kann nach Belieben verdrängt werden, ohne daß man nötig hat, Rücksicht auf das Ineinandergreifen der Abzweigungen zu nehmen. Wenn jetzt zu diesem Zweck die Oststrecke selbständig nach dem Westen verlängert werden soll, so dürfte sich wohl eine andere Linienführung als die vorgeschlagene empfehlen. Man gebe z. B. nach Ueberbreitung des Potsdamer Güterbahnhofes durch die Rühovstraße und von hier über den Rühovplatz, die Schill- und Kurfürstentrasse oder auch über den Kurfürstendamm zum Zoologischen Garten. Hier bietet die Gartenbergstraße genügend Raum für eine Endhaltestelle, die in Verbindung mit dem jetzigen Untergrundbahnhof Zoologischer Garten gebracht werden kann. Der Hauptvorteil dieser Linienführung wäre, daß ganz neue Stadtteile unmittelbar dem Untergrundbahnverkehr erschlossen werden. Man könnte eine Haltestelle Ecke Rühov- und Potsdamerstraße, eine andere am Rühovplatz usw. errichten.

Folgen des Regenwetters.

Der seit Donnerstagnachmittag ununterbrochen und in der Nacht stellenweise wolkenbruchartig niedergegangene Regen hat in der Umgebung Berlins zum Teil nicht unbedeutlichen Schaden verursacht. Besonders haben die Begräbnisplätze gelitten, auf denen vielfach die Gräber beschädigt, ja teilweise selbst ältere Hügel förmlich in den Erdboden eingesunken sind. Vielfach sind die Wege durch abfließendes Wasser zerrissen, und auch in Berliner Straßen zeigt das Pflaster an verschiedenen Stellen Beschädigungen. Auf den hiesigen Pumpstationen der Kanalisation mußte die ganze Nacht hindurch fast voller Betrieb unterhalten werden, da die auf den Stationen angebrachten Wassermesser einen andauernden Hochwasserstand zeigten. Auch auf die Spree ist der anhaltende Regen nicht ohne Einfluß geblieben; der Wasserstand ist seit vorgestern morgen um 8 Uhr bis zur gleichen Stunde des gestrigen Tages um sechs Zentimeter gestiegen. In der Langhansstraße in Weihensee sammelten sich derartige Wassermengen an, daß der gesamte Verkehr seit gestern morgen unterbrochen ist. Auch der Straßenbahnbetrieb mußte eingestellt werden und fahren die Wagen zwischen Schöneberg und Weihensee (Linie 60 und 61) nur bis zur Dampferstraße. Zwischen Dampferstraße und dem Ueberschwemmungsgebiet ist ein Pendelbetrieb eingerichtet.

In geradezu auffälliger Weise häufen sich die im Tegeler See gemachten Leichenfunde, und es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht eine Leiche auf Tegeler oder Spandauer Gebietsteil gelandet wird. Vorgestern wurde in der Nähe des Grundstücks der Schiffbauerei „Germania“ die Leiche eines jungen Mannes gelandet, welche nach den vorgefundenen Papieren mit dem seit acht Tagen aus Berlin verschwundenen 23jährigen Tischler Jänsch zu identifizieren ist. Ob J. das Opfer eines Unglücksfalls geworden oder ob er Selbstmord verübt hat, ist nicht festzustellen; Spuren äußerer Verletzungen, die auf einen Gewalttätigen schließen lassen, wurden an dem Körper nicht entdeckt.

Theorie und Praxis. Man schreibt uns: Der Selbsterhaltungstrieb macht es für viele bürgerliche Zeitungen notwendig, daß sie ihre Schreibweise so einrichten, als läge ihnen das Wohl der schwer arbeitenden Massen besonders am Herzen; der Abonnenten-

fang ist dadurch erfolgreicher. Zu diesen Zeitungen, die in diesem Fahrwasser plätschern, gehört auch das „Deutsche Blatt“. Seinen Lesern wird es bekannt sein, mit welcher warmen Worten es namentlich öfters dafür eingetreten ist, daß auch dem Arbeiter Ferien gewährt werden müßten, damit seine Arbeitskraft nicht so schnell abgestumpft und er so lange wie möglich seiner Familie erhalten bleibt. Seltamerweise waren bis dato die eigenen Arbeiter des Blattes, das solche goldenen Worte in die Welt setzt, noch nicht in dem Genuß von Ferien. Diesem richteten deshalb in diesem Jahre eine diesbezügliche Bitte an die Geschäftsleitung. Aber darauf geschah etwas Unerwartetes. Der Geschäftsleiter, Herr Blank, lehnte im Einverständnis mit der Direktion die Bitte ab mit der Motivierung, daß der Geschäftsgang ein schlechter sei und die Einziehung von Ferien für das Personal zu viel Geld kosten würde. Und dabei prahlte man, daß die Abonnentenzahl über 100 000 betrage! Der gemütvollte Mann hatte eben eine vierwöchentliche Erholungsreise hinter sich, als er den Bescheid erteilte. Es mußte ihm wohl gegen den Strich gehen, daß seine Untergebenen die gleichen Annehmlichkeiten genießen könnten wie er. Dieser Herr war längere Jahre in Druckereien tätig, deren Leitung in Händen von Pastoren und frommen Gesellschaften liegt. Es ist anzunehmen, daß er dort auch die Behandlung der Arbeiter gelernt hat. Jedenfalls hat er jetzt das Wort trefflich illustriert, daß, wie Liebe predigt, sie selbst nicht unbedingt zu betätigen braucht. Es ist zu befürchten, daß die Arbeiter von genanntem Herrn noch verschiedenes zu erwarten haben; denn er ist ein Feind jeder freien Organisation und somit auch des Buchdruckerverbandes — unverlernbare Anzeichen sind vorhanden. Geistig nahe verwandt in dieser Beziehung ist auch mit obigem Herrn der Chefredakteur des „Reich“, Herr Liz. Kumm. Bei jeder Gelegenheit betont der fromme Mann, daß er die Arbeiterklasse noch Kräfte unterstützen will; allerdings auf seine Art. Der Arbeiter muß sich zum christlichen Glauben bekennen, darf nicht zur roten Fahne schwören, darf keiner freien Gewerkschaft angehören, sondern nur einer christlichen, höchstens noch dem Gutenbergsbund. Weil das „Reich“ in derselben Druckerei hergestellt wird, besitz der Herr Lizentiat auch einen gewissen Einfluß auf die Geschäftsleitung; man kann dies wahrnehmen, wenn es gilt, Leute der eigenen Fahne unterzubringen. Wenn nun das Personal um Ferien bittet, so wäre doch solch einem Arbeiterbeglücker die beste Gelegenheit geboten, hier einmal wohlwollend einzugreifen. Aber nein, Herr Lizentiat, soweit geht auch Ihre Menschenliebe nicht. Außerdem hat sich jetzt für genannten Herrn eine weitere Gelegenheit, energisch eine Länge für eine gute Sache zu brechen. Die Scharfmacher des Zentralverbandes der Industriellen sind eifrig an der Arbeit, den Tarifvertrag der Buchdrucker zu zerstören. Im „Reich“ wird das brutale Vorgehen dieser Herrenmenschen sonst immer scharf verurteilt. Deshalb schweigt der Herr Redakteur nun jetzt? Jedenfalls darum, weil der Weizen der Stickerfreunde besser blüht, wenn eine so feste Organisation wie der Buchdruckerverband geschädigt wird. Dieser Verband ist den frommen Leuten viel zu selbständig und seine Mitglieder lassen sich von den süßlichen und lieblichen Worten eines Herrn Kumm nicht täubern. Also, Herr Lizentiat, wenn man Ihre Verheißungen ernst nehmen soll, dann heran an die Kreuze und zeigen Sie, daß hinter Ihren Worten auch ein Wille zu entsprechenden Taten steckt!

Ein empfehlenswerter Kassenarzt. Weil er angeblich nicht mehr vom Arzte behandelt worden ist, hat gestern morgen der 65jährige Maurer Schoppe aus der Sectr. 37 Selbstmord verübt. Er war zuerkant und befand sich in ärztlicher Behandlung. Wie nun seine Frau angibt, ist ihrem Manne, als er das letzte Mal den Arzt aufsuchte, die Tür geöffnet worden. Er hat sich dies derartig zu Herzen genommen, daß er beschloß, sich das Leben zu nehmen. Er jagte sich gestern in früher Morgenstunde eine Revolverkugel in die Schläfe und starb auf der Unfallstation in der Lindowstraße unter den Händen des Arztes.

Durch einen Sturz den Arm zerschmettert. Schrecklich zugerichtet wurde gestern morgen der 46jährige Kutscher Gustav Reimann aus der Lotzstr. 21. Er war in dem Fuhrgeschäft von Berger in der Rindfleischstr. 41 angestellt. Als er gestern morgen beim Pferdepucken ein als Schläger bekanntes Tier reinigen wollte, erzielte er plötzlich trotz aller sorgfältig angewandten Sicherheitsmaßregeln einen so heftigen Sturz gegen den rechten Arm, daß dieser zerschmettert wurde. Der Bedauerndwert wurde nach Anlegung von Notverbänden auf der Rettungswache in der Kastanienallee in die Hgl. Klinik eingeliefert. Der Arm wird jedenfalls amputiert werden.

Ein Schwinder brandstiftet in der Gegend des Kottbuser Torcs speziell ärmere Leute. In zwei Fällen ist er wie folgt vorgegangen. Durch ein junges Mädchen ließ er aus dem Kaffeegeschäft von Grün, Kottbuserdamm 9, zwei Pakete Kaffee je 1/2 Pfund zu 80 Pfennigen kaufen. Damit ging er nach dem Hause Admiralstr. 39 und klingelte an einigen Wohnungen. Der die Wohnung öffnende Frau sagt er, daß ihre Wohnungsnachbarin entweder neben ihr oder über ihr nicht zu Hause sei, sie müge doch für die Abwesenende den Kaffee annehmen und veranlagten. Die Frau, die darauf hereinkam, muß angeblich für ein Pfund 1,60 M. erlegen; später stellte sie heraus, daß gar kein Kaffee bestellt war und daß das Kaffeegeschäft von Grün überhaupt keinen Kaffee in dieser Weise versendet. Im Hause Admiralstr. 18a ist das selbe Manöver verübt worden, und es ist anzunehmen, daß der Schwinder noch weiter sein Handwerk treiben wird. Es sei deshalb vor demselben gewarnt.

Eine Störung im Straßenbahnbetriebe trat gestern morgen um 7 Uhr in der Chausseestraße, Richtung Wedding, dadurch ein, daß eine Kontaktrolle entgleiste. Dadurch zerriff der Spanndraht der Oberleitung, der sich um die Kontaktstange wickelte. Der Oberleitungsdraht wurde infolgedessen soweit heruntergezogen, daß er mit der Regenrinne auf dem Dache des Wagens in Verührung kam, wodurch Kurzschluß entstand; weiterer Schaden wurde nicht verursacht. Nach Wiederherstellung der Oberleitung, die etwa 1 1/2 Stunden dauerte, wurde der Betrieb wieder aufgenommen. Auf dem anderen Gleise fand während der ganzen Zeit ununterbrochen Verkehr nach dem Innern statt.

Eine verschwundene Automobillinie. Seit dem Brande des Viktoria-Speichers in der Köpenickerstraße existiert die Automobillinie 8 Straßbergerplatz-Wilowstraße nicht mehr. Die Ursache liegt darin, daß die Reparaturwerkstätten und die Unterfunksräume der Automobilomnibusse dieser Linie bei dem Speichersbrande eingestürzt wurden. Wie lange es noch dauert, ehe die neuen Werkstätten errichtet und die Wagen repariert sind, ist noch nicht abzusehen. Die Allgemeine Berliner Omnibusgesellschaft scheint auch keinen besonderen Wert darauf zu legen, die Strecke mit Autobussen zu betreiben. Sie behauptet, daß die Linie 8 gerade die Unkosten gedeckt habe.

An der Brandstätte des ViktoriaSpeichers ist übrigens noch immer eine Brandwache der Berliner Feuerwehr tätig, weil mit der Möglichkeit des Wiederaufflarens des Brandes bei den gegenwärtig stattfindenden Aufräumungsarbeiten der Müslungen gerechnet wird. Aus diesen dringt ununterbrochen dichter Qualm. Die Aufräumungsarbeiten dürften noch vierzehn Tage dauern. Die Gesellschaft hat ihr Pferdmaterial in einem großen, auf dem Hofe des Grundstücks errichteten Zelt untergebracht.

Eine Unterschlagung von 130 000 M. führte gestern zu der Festnahme des Buchhalters Karl Reutloff und seiner Wirtschaftlerin Elisabeth Klein. Reutloff hatte seit Jahren eine Vertrauensstellung inne in einem der ersten Kaufhäuser für Textil- und Leinen-

waren in der Klosterstraße. Nachdem er im Laufe der Jahre fortgesetzt Veruntreuungen begangen hatte, trat er am 1. d. Mts. aus dem Geschäft aus und gab auch seine Handhabe in der Lühovstraße auf. Am 6. d. Mts. siedelte er mit seiner Wittfrau nach ihrem Heimort, einem kleinen Dorf bei Rominten, über. Dort sollte er sich der stillen Zurückgezogenheit nicht lange erfreuen. Gleich nachdem er seine Stelle bei dem Großkaufmann verlassen hatte, wurden Unregelmäßigkeiten bemerkt, die zu einer Nachprüfung der Bücher Anlaß gaben. Das Ergebnis dieser Prüfung führte zu einer Anzeige gegen Reutloff. Ob die Veruntreuungen die Höhe von 130 000 M. nicht noch übersteigen, kann mit Bestimmtheit noch nicht angegeben werden. Ein Bankkonto, das Reutloff in Berlin hat, wurde sofort gesperrt, und die Berliner Kriminalpolizei veranlaßt durch den Draht die Verhaftung des ungetreuen Buchhalters.

Im Streit erschlagen. In der verflochtenen Nacht geriet gegen 1 Uhr der auf dem Straßenbahnhof Bestand angestellte Erziehungsschaffner Schulowski mit dem Mollusker Willi Reine, Charlottenburg, Berlinerstr. 55 wohnhaft, vor dem genannten Bahnhof in einen Wortwechsel, der schließlich in Tötlichkeit ausartete. Im Verlauf des Handgemenges ergriff Sch. einen eisernen Weichensteller und verpackte dem Kutscher damit einen derartigen Wuchtigen über den Kopf, daß R. blutüberströmt zu Boden sank. In bewußtlosem Zustande wurde der Schwerverletzte nach dem Krankenhaus Westend übergeführt, wo er gestern Vormittag an den Folgen der erlittenen Verwundung verstarb. Der Täter wurde noch in der Nacht verhaftet. Reine, der im 31. Lebensjahre stand, war verheiratet und Vater zweier umständiger Kinder.

Gedächtnisrede eines Hauswirts. Der Julitermin für die Wohnungsbedingungen liegt nun glücklich wieder hinter uns. So ein Mündigungsstag pflegt viel Verdruß in die Häuser hineinzutragen — Verdruß für den Mieter, dem ein Briefwechsel föhrt, daß die Wohnung nur zu einem höheren Preise wiedervermietet werden kann, Verdruß auch für den Wirt, dem ein paar Mieter mitteilen, daß sie auf das Vergnügen, länger bei ihm zu wohnen, verzichten wollen. Solche Briefe werden in der Regel als „Einsparungsbriefe“ geschickt, und in den meisten Mietverträgen wird das sogar ausdrücklich verabredet. Es gibt auch Kontrakte, die schlechtweg schriftliche Kündigung ausbedingen, aber selbst in diesen Fällen kann es nicht schaden, den Kündigungsbrief dennoch „einschreiben“ zu lassen. Wer in einem gewöhnlichen Brief kündigt, weil im Kontrakt nichts von einem „eingeschriebenen Brief“ steht, der riskiert, daß über den Zeitpunkt der Briefbestellung Streit entsteht, der ihm noch einen Extraerdrüß bereitet.

Ein Mieter des Hauses Dieffenbachstraße 37, Herr Qu., hat das diesmal erlebt. Dem Eigentümer, Herrn Below, kündigte Qu. seine im vierten Stockwerk gelegene Wohnung, weil ihm bei den starken Regengüssen dieses lieblichen Sommers das Wasser durch die Decke und an der Wand herunterlief. Das Dach war unbedeutend geworden, aber Qu. hatte vergeblich darauf gewartet, daß der Herr Wirt es reparieren lassen werde. Herr Qu. schickte, auf den Vorlaut seines Kontraktes sich stützend, die Kündigung in einem nicht „eingeschriebenen“ Brief, den seine Frau am Abend des 26. Juni — so versichert sie — in den nächsten Briefkasten steckte. Als dann aber am 1. Juli Frau Qu. die Miete zahlte, sagte ihr der Wirt, der Kündigungsbrief sei bei ihm nicht rechtzeitig angekommen. Frau Qu. berief sich darauf, sie habe ihn am Abend vor dem 27. Juni eingesteckt, da müsse er doch schon am 27. morgens angekommen sein. Der Wirt blieb bei seiner Behauptung, zeigte aber nicht das Äußerste. Schließlich beendete er die Diskussion mit der Erklärung, er wolle sich zufrieden geben und die Kündigung annehmen. Herr Qu. aber gab sich hiermit nicht zufrieden. Er legte am 1. Juli den Vorleser des Postamts davon in Kenntnis, daß sein Brief zu spät bestellt sein solle, und forderte Untersuchung. Auf dem Postamt versprach man, ihm das Ergebnis mitzuteilen, sobald der Wirt die von ihm eingeholende Auskunft gegeben haben werde. Zugleich wurde angekündigt, daß man von Qu. 20 Pfennig Gebühr erheben werde. Das gilt ja bei der Postwundersicherheit selbst dann als zulässig, wenn die Beschwerde gerechtfertigt war. Qu. hat nun ganz merkwürdig lange auf die Mitteilung warten müssen. Erst nach dreimaliger Anfrage, wie weit denn die Untersuchung gediehen sei, hat er schließlich am 11. Juli die mit 20 Pf. zu bezahlende Antwort erhalten, der Wirt Herr Below habe erklärt, er könne nicht angeben, wann ihm der Brief zugestellt worden sei, den Briefumschlag habe er vernichtet.

Diese Gedächtnisrede des Herrn Hauswirts hat Herrn Qu. nicht wenig überrascht. Doch ein Hauswirt in knapp 14 Tagen schon wieder vergessen kann, wann ihm ein Brief zugestellt worden ist, durch den ein Mieter ihm die Wohnung aufkündigt, das hätte Qu. denn doch nicht für möglich gehalten, zumal da ja über den Zeitpunkt der Zustellung dieses Briefes eben noch gekritten worden war. Vielleicht haben wir uns die merkwürdige Vergeßlichkeit daraus zu erklären, daß der Wirt inzwischen aller Sorge um die Weitervermietung bereits entzogen worden war und nun kein Interesse mehr an der ganzen Sache hatte. Es wird erzählt, er könne ohne Kummer den alten Mieter scheiden sehen, weil er bald genug einen neuen gefunden habe.

Feuerwehrbericht. In der letzten Nacht muckten in der Veteranenstraße 20 und Wilhelmstraße 5 zwei Wohnungsbrände gelöscht werden. Hausrat war dort in Brand geraten. Preshofen wurden in der Hofenstraße 48 und anderen Stellen ein Ausbruch der Flamme. In der Blumenstr. 82 brannte ein Schornstein. Zur Beseitigung eines Dienenstüchtes wurde die Feuerwehr nach der Wilschstraße 78 gerufen.

Vorort-Nachrichten.

Ober-Schöne-weide.

In einer außerordentlichen Sitzung hatte sich die Vertretung mit dem Ansuchen des Bauausführenden der dritten Gemeindefabrik zu beschäftigen, ihm weitere Zahlungen zu leisten, nachdem bis auf einige Arbeiten an der Turnhalle der Bau fertiggestellt ist. Es sind bei dem Bau wohl ganz wesentliche Ueberbretungen zu erwarten, doch differiert die vorläufige Abrechnung des Bauausführenden stark mit der Annahme des Gemeindefabrikanten. Da eine generelle Abrechnung noch nicht vorlag, wurde auf Antrag unserer Genossen der Beschluß gefaßt, der Firma schnellste Rechnungslegung aufzugeben und an der Hand dieser dann Zahlung zu leisten. Die nächste Sitzung, welche hierüber zu befinden haben soll, wird auch noch ein Wort über die selbständigen Änderungen des Baues durch das Bauamt zu reden haben. Ueberhaupt werden unsere Genossen Anträge stellen, welche das Vergebungsweifen, sowie die Befugnisse der Baukommission und des Bauamtes betreffen. Denn es ist jedenfalls kein der Gemeinde würdiger Zustand, wenn bei jedem Gemeindebau erst einige Klagen wegen angeblicher Mehr- oder Minderleistungen anhängig gemacht werden müssen.

Vernau.

Aus der letzten Stadtverordnetenversammlung. Zweck Pflasterung der Brüder- und Hofsteinstraße wurde der Firma Vener, Spandau, als Mindestfordernde mit 1288 M. für Eisenblechsteine sowie der Firma Fiedelwein, Vernau, für Lieferung und Verlegung von Granitplatten zum Preise von 7140 M. der Zuschlag erteilt. Sieben Steinfirmen hatten für die Arbeiten und Pflasterung obengenannter Straße ihre Offerten abgegeben und waren die Preise von 12255, 11 600, 11 440, 11 198,50, 11 007, 10 880 M. bis auf 6540 M. heruntergegangen, welche letzterer von einem hiesigen Steinmeister gekauft wurde; ihm wurde auch der Zuschlag erteilt. Zum zweitenmal hatte sich die Versammlung mit der Verpachtung des neu zu erbauenden Kiepen-Resaurants zu befassen. Von den drei Bewerbern, unter welchen sich auch der jetzige Pächter des Restaurants befand, wurde zum allgemeinen Bedauern nicht

über den Tagwert von 6000 Mark hinausgegangen. Von unseren Genossen wurde der Standpunkt vertreten, das Restaurant unter diesen Umständen überhaupt nicht zu verpachten, sondern es in eigene Regie zu übernehmen und einen Delonomen einzusetzen, um so den Ueberfluß der Allgemeinheit zugute kommen zu lassen. Dieser Standpunkt unserer Genossen wurde auch von einigen bürgerlichen Vertretern geteilt, die Mehrzahl war aber nicht dafür zu haben und so wurde von der Verteilung des Zuschlages abgesehen, bis das Gebäude fertig gestellt sein wird. Dann soll noch einmal ein Ausschreiben erfolgen.

Weifensee.

Aus der Gemeindevertretung. Daß aus Rücksicht auf eine vom Hausbesitzerverein arrangierte Landpartie eine schon einmal einberufene Gemeindevertretung, wie dies hier geschah, auf einen anderen Tag verlegt werden muß, beweist, welchen bestimmenden und unheilvollen Einfluß die Hausbesitzer ausüben.

Für die im vergangenen Jahre begründete Lehrerbibliothek wurden 300 M. bewilligt, da veräußert worden war, diese Summe in den Etat einzusetzen. Für den ausgeschiedenen Genossen Schmutz wurde Genosse Fuhrmann in die Etats-, Finanz-, Tiefbau-, Verkehrs- und Verschönerungskommission gewählt, Genosse Reutloff in den Wahlausschuß, Rechnungsprüfungs- und Wohlfahrtskommission und Genosse Wied in die Friedhofskommission. Die auf dem Riesefeld beschäftigten russischen Arbeiter — einheimische sind bekanntlich zu teuer — haben nach einem Vertrage vom 1. Juli ab einen höheren Lohn von 25 Pf. zu verlangen; der Inspektor hatte jedoch diesen höheren Lohn schon vom 1. Juni zur Auszahlung gebracht, ob wirklich oder aus Irrtum sei dahingestellt, jedenfalls stimmte die Gemeindevertretung dem Vorschlag zu, den Russen den zu viel gezahlten höheren Lohn zu belassen, da man, wie in der Riesefeld-Kommission ausgesprochen worden, bestreben müsse, daß unsere östlichen Landsleute davon lauten würden, da aber eine Strafe Platz greifen muß, soll der Inspektor eine Mütze erhalten. Da nunmehr das Ortsstatut zur Heranziehung der Hausbesitzer zu den Kosten der Straßenpflasterungen angenommen, sollen noch in diesem Jahre folgende Straßen mit Asphalt versehen werden: die Albertinen- und Amalienstraße, der Heinersdorfer Weg, die Langhausstraße von der Gustav Adolphstraße bis zur Uckermarkstraße, zugleich werden in diesen Straßen die Bürgersteige reguliert, wie auch die Bürgersteig-Regulierung der Parkstraße von der König-Charoite bis zur Viktorienstraße vorgelesen ist. Zu den Kosten der Dammpflasterungen werden die Anlieger in der Albertinen- und Amalienstraße mit 50 Prozent, in den übrigen Straßen mit 25 Proz. herangezogen; während nach den schon bestehenden Bestimmungen für Bürgersteig-Regulierung der Anlieger 75 Proz. und die Gemeinde 25 Proz. zahlt.

Karlshorst.

In der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins hielt Genosse Reibem einen Vortrag über die politische Lage. Redner verbreitete sich eingehend über den Ministerwechsel, sowie über die durch die Hofamaria betriebenen Intrigen, ferner über die erst jetzt aufgedeckten Ursachen, die zur Reichstagsauflösung geführt haben, die Stellung der Liberalen, ihre Hoffnungen und Enttäuschungen, und zielt daraus die Schlussfolgerung, daß die Sozialdemokratie alle Ursache habe, hoffnungsvoll und vertrauensvoll in die Zukunft zu schauen. Nach dem mit Beifall aufgenommenen Vortrag verliest der Kassierer, Genosse Blum, zunächst die Abrechnung über die Einnahmen und Ausgaben für die Reichstagswahl. Die Einnahmen aus den Zellerksammlungen ergaben 41,06 M., die Ausgaben für Infanterie, Drucksachen und Hülfsmittel bei der Wahl betragen insgesamt 69,35 M., so daß ein Defizit von 28,30 M. verbleibt. Der Ertrag der Sammlungen ist darin nicht einbezogen, dieselben werden mit unter Friedrichsfelde verrechnet. Die Abrechnung für den Kreiswahlverein ergibt in Einnahme 52,50 M. für verkaufte Marken und 10 Pf. Eintrittsgeld; an Ausgabe das oben erwähnte Defizit von 28,30 M., an die Kreisliste abgeführt 8,75 M., dem Wahlverein überwiesen 17,55 M. Ueber die Bibliothek berichtet Genosse Müller, daß augenblicklich 43 Bände vorhanden sind. Darauf entspinnt sich noch eine längere Debatte über die unregelmäßige Zusendung des Materials wie auch der „Radde“, weil dies bis jetzt noch immer den Umweg über Friedrichsfelde machen mußte. Es wird allgemein verlangt, daß der Kreisfaktierer direkt mit dem Kassierer von Karlshorst abrechnen soll, sowie daß sämtliches Material direkt nach dort zu senden ist, damit nicht immer unliebsame Verzögerungen entstehen. Der Genosse Rink wird beauftragt, in der nächsten Vorstandssitzung des Kreiswahlvereins dafür einzutreten. Ferner wird beschlossen, über diese Versammlung dem „Vorwärts“ einen Bericht zugehen zu lassen und dabei noch ganz besonders auf die Lokalsperre aufmerksam zu machen, vor allem darauf hinzuweisen, daß „Königs Festfälle“ am Bahnhof, Treßowallee, sowie Krets Restaurant, Ecke Auguste Viktoria, und Prinz Albrechtstraße, gesperrt sind. Die Sonntagsausflüger werden dringend ersucht, dies zu beachten. Nachdem noch beschlossen war, am Sonnabend, den 20. Juli, nachmittags, beim Genossen Gruhn ein Kinderfest zu arrangieren, wurde die Versammlung geschlossen.

Potsdam.

Der zur Bürgermeistereiwahl eingelegte Protest wegen Wahlbeeinflussung, hervorgerufen durch eine kurz vor der Stadtverordnetenversammlung von einigen Stadtverordneten abgehaltene Sitzung im „Deutschen Hause“ dürfte anheben, sobald doch nicht zur Ruhe kommen. Der Stadtv. Frölich (früher antisemitischer Reichstagsabgeordneter) und seine Freunde behaupten jetzt, daß von den Gegnern des Stadtrats Dr. Over kurz vor der Wahl völlig haltlose Verdächtigungen ausgebreitet worden sind. Unter diesen Umständen ist eine eventuelle nochmalige Wahl nicht ausgeschlossen.

Ein Jubiläum eigener Art könnte Potsdam in diesem Jahre feiern. Es sind nämlich zwanzig Jahre her, daß die Stadtverwaltung eine Warmbadeanstalt bauen wollte. Bei diesem Willen ist es aber bis jetzt geblieben. Wohl sind die Vorbereitungen, Projekte und Entwürfe niemals zur Ruhe gekommen, auch bis heute noch nicht, sie zum Abschluß zu bringen, wird aber wohl erst einer späteren Generation vorbehalten sein. Die Kommissionen zur Vorbereitung sind natürlich im Laufe der Jahre verschiedentlich zusammengesetzt gewesen, je nachdem das Projekt wieder mal in irgend einer Weise zur Verhandlung stand. Die letzten Beschlüsse sind vor ungefähr 4-5 Jahren gefaßt. Damals wurden aus einer neu aufzunehmenden Anleihe 72 000 M. für einen solchen Bau als Teilbetrag angelehnt, die jetzt noch ihrer Verwendung harren. Man wird nun wohl jetzt nicht mehr den damals beschlossenen Bau eines Brause- und Warmbades schon mit Rücksicht auf andere Städte von der Größe Potsdams, die seit Jahren den Bau von Badeanstalten mit Schwimmbädern vornehmen, ausführen können, auf der anderen Seite scheint man aber in der Stadtverordnetenversammlung der Ansicht zu sein, daß nachdem hier bald keine Wohnung von 3-4 Zimmer ohne Badeeinrichtung mehr vorhanden, ist diese Frage gelöst, denn an Unbemittelte denkt man hier nicht. In der Versammlung selbst können wir keine Anregung geben, denn hier sind wir leider noch immer nicht vertreten. Durch Privatbadeanstalten ist seit jener Zeit keine Änderung eingetreten, höchstens sind die Preise gegen früher noch erhöht, so daß sie für den Arbeiter wenig oder garnicht in Betracht kommen. Man sollte meinen, daß hygienische Rücksichten auf die Bürgerchaft den Magistrat nun endlich zwingen sollten, den beabsichtigten Bau zu verwirklichen, sonst kann man noch eventuell ein 25jähriges Jubiläum feiern.

Vermischtes.

Das Wildschwein unter dem Automobil. Im Forstentriederpark bei Münden geriet gestern Vormittag ein Wildschwein unter ein Automobil der Sanitätskolonne; das Automobil kam von der Straße ab, stürzte um, indem es explodierte, und verbrannte vollständig. Der Chauffeur wurde schwer verletzt, zwei Sanitätsleute erlitten leichtere Verletzungen.

Wort im Bahnwagen. In dem zwischen Toulouze und Bahonne verkehrenden Schnellzuge wurde gestern in einem Abteil dritter Klasse ein junger spanischer Bergmann, während er schlief, von einem Mitreisenden erdolcht. Der unbekannte Mörder sprang aus dem Zuge und entkam. Der Beweggrund der Tat konnte bisher nicht aufgeklärt werden.

Eisenbahnunglück.

Infolge eines 24 Stunden lang anhaltenden Platzregens wurde das Bahngleis bei Stabians (Gouvernement Charlott) aufgeweicht. Ein Güterzug entgleiste in der Nähe der Stadt. Eine Anzahl Personen sind dabei verunglückt und 20 beladene Bahnwagen zertrümmert.

Unter den Rädern des Eisenbahnzuges. Lemberger Meldung zufolge wurde bei der Station Velz ein herrschaftlicher Wagen beim Ueberfahren des Gleises vom Zuge ergriffen und zertrümmert. Zwei im Wagen befindliche junge Damen wurden zermalmt, eine andere, sowie der Kutscher tödlich verletzt.

Krieg im Frieden. Bei Schießversuchen in einem irischen Militärlager explodierte, wie aus London gemeldet wird, ein Geschützrohr, wobei vier Soldaten schwer verletzt wurden.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Friedrichstr. 16, Anfang 4, eine Treppe (Handelskammer Kasseler, Durchgang nach Lindenstr. 104) wochentags von 7 bis 9 Uhr abends statt. Gestern 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anrufer ist ein Buchstabe und eine Zahl als Zeichen beizufügen. Briefliche Antworten wird nicht erteilt. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

— J. S. 100. 1. Die Dachpappe wird dadurch geschädigt. 2. In bewohnten Gegenden nein. — R. Sch. Nach § 63 des Handelsgesetzbuchs in der richtigen Auslegung muß mindestens für sechs Wochen das Gehalt gezahlt werden. — H. M. 23. Leber ja. — Millionär. Der außerordentliche Vater ist zum Unterhalt des Kindes bis zu dessen vollendetem 16. Lebensjahre eventuell noch länger verpflichtet. Die Höhe der Alimente ist vom Gericht festzusetzen. Bestimmte Sätze kennt das Gesetz nicht. Als ungerichtlicher Vater gilt derjenige, der in der Zeit vom 181. bis 302. Tage vor dem Tage der Geburt der Mutter beigegeben hat. Wegen dieser Benennung der Vaterschaft gibt es nur zwei Einwendungen: nämlich 1. den strikten Beweis der offensibaren Unmöglichkeit der Vaterschaft, 2. den Einwand, daß die Mutter innerhalb der Empfängniszeit auch mit einem anderen zu tun gehabt habe. Diese letzte Einwendung kann aber derjenige nicht erheben, der nach der Geburt des Kindes zu gerichtlicher oder notarieller Urkunde seine Vaterschaft anerkannt hat. — P. M. 330. Nach zutreffender Ansicht und nach der früher stets bestätigten Rechtsprechung ist Artikel 63 des Handelsgesetzbuchs dahin auszulegen, daß der Ehel nicht berechtigt ist, Krankenlohnbezüge vom Gehalt des Handlungsgeldbuchs abzuziehen. Trotz der klaren Vorschrift des § 63 Abs. 2 des Handelsgesetzbuchs sind entgegenstehende Urteile gefaßt. Seit Jahren sind im Reichstoge Anträge auf Änderung des Wortlautes des § 63 gefaßt, um der letzten Auslegung des § 63 entgegenzutreten. Wir haben darüber wiederholt ausführlich berichtet. — F. B. 20. Eine Konzeption ist nicht erforderlich. — Hylbeck. Die Widersprüche ist bis zur Veräußerung des Urteils erster Instanz zulässig. — M. S. 18. Sie könnten beim Amtsgericht auf vollen Schadenersatz klagen. Der Erfolg der Klage hängt aber im wesentlichen von dem Gutachten der Sachverständigen darüber ab, ob in der Tat der Rod völlig unbrauchbar ist. Wegen der Preisfesthaltung des Gutachtens ist zum Vergleich zu raten. — S. Z. Klein

Berliner Marktpreise. Was dem amtlichen Bericht der hiesigen Markthallen-Direktion (Großhandels-) Rundschau Ia 73-74 pr. 100 Pfd., Ia 66-71, IIIa 61-62, Kullerfleisch Ia 67-72, IIa 57-66, Röhre, fett 54-62, do. mager 42-52, Preiser 56-68, Rullen, dünn 0,00, do. hell 0,00, Rullfleisch, Doppelfeiner 100-120, Rullhälber Ia 75-84, IIa 66-74, Ruller ger. gen. 47-59, do. hell 0,00, dünn 0,00, Gammelfleisch Rullhälber 74-78, Gammel Ia 69-73, IIa 62-68, Schafschweine 0,25-0,44, Ferkel 0,00, Rammfagen per Stück 0,55-0,60, Schaner, alte, per Stück 1,20-1,30, IIa 1,00-1,10, do. junge 0,90-0,95, Tauben 0,30-0,55, Italienische 0,00, Enten per Stück 1,80 bis 2,25, da Hamburger per Stück 2,00-3,25, Gänse per Stück 0,55-0,70, da per Stück 4,00-4,25, da Hamburger per Pfd. 0,70, per Stk. 0,00, da Oberdrücker per Stück 2,00-4,75, Goulasch 0,30-0,80, Galonschinken 0,00, Röhre per 100 Pfd 112-125, matt 95, mittel 97, do. 95-113, da. groß 82-91, Rander 0,00, Schafsch. groß 98, mittel 97, do. 95-113, do. klein 0,00, Kule, groß 106-115, do. klein und mittel 92-99, mittel 103-110, da. unv. 81-88, do. klein 70-78, Blößen 0,00, da. klein 0,00, Rindfleisch 0,00, Karpen Ia 0,00, Biele 0,00, matt 0,00, Dunte Röhre 66-78, Barle 78, Karanfagen 75-85, Bleifische 0,00, Weiß 0,00, Mand 0,00, Quappen 0,00, Amerikanischer Lachs Ia neuer, per 100 Pfd. 110-130, do. IIa neuer 90-100, do. IIIa neuer 60, Seelachs 10-20, Hummern, Stiele, Stiege Ia 3-6, mittel per Stk 1-2, Hamb. Stiege 4-6, halbe Stiege 2-3, pomm. Ia Schod 4-8, IIa 0,50-2,50, Stiege, Stiele per Stk 2-3, Straßl. 3,50-4,50, Kule, groß per Pfd. 1,10-1,10, mittelgroß 0,80-1,10, klein 0,60-0,80, Deringe per Schod 5-9, Schafschweine Stiege 3,00-5,00, 4, Stiege 2-2,50, Rabban, geräuch. per 100 Pfd. 0,00, Dorst, Riste 0,00, Gedülte, Schod 0,00, Sardellen, 1902er per 100 Pfd. 98, 1904er 98, 1906er 98, 1806er 90-95, Schottische Seelische 1905 0,00, large 40-44, fall 38-40, med. 36-42, deutsche 37-44, Deringe, neue Matjes, per 100, 50-120, Sardinen, russ., Roh 1,50-1,60, Deringe per Stk 1,20-1,40, do. Wäsche (4 Liter) 1,40-1,70, Kammagen, Schod 11, do. kleine 5-6, do. Riesen 14, Eier, Lmd, unsortiert per Schod 3,10-3,20, do. große 0,00, Krebse per Schod große 0,00, do. mittelgroße 0,00, do. kleine 4,00, da. unsortiert 7,00-10,00, do. Galizier groß 0,00, do. unv. 0,00, Butter per 100 Pfd. Ia 106-110, IIa 103-106, IIIa 100-102, abfallende 90-93, Sauer Gurken Schod 4,50, do. neue 6-8, Pfeffergurken 4,50, Kartoffeln per 100 Pfd. Wäcker 6-7, weiße runde 4-6, blaue 4,50-6,50, Rosen 3,50 bis 5,00, Daberstiege, alte 0,00, neue Wieren 4,00-5,00, Pfeffer 4,50-6,00, Porree, Schod 0,50-0,75, Meerrettich, Schod 3-12, Spinau per 100 Pfd 12-15, Karotten, feine, Schod 2,50-3,50, Sellerie, feine, per Schod 2,00-3,00, Zwiebeln grün, per Schod 0,60, da. kleine 0,00, do. feine (Vert.) 0,00, Charoloten 0,00, Petersilie, grün, Schod 0,75-1,00, Kohlrabi Schod 1,00-1,50, Rettig, bayr., neue Stk 0,07-0,10, Mohrrüben Schod 1,50-2,50, Wirsinghohl per Schod 4,00-7,00, Rhabarber 100 Pfd 0,60-3,00, Petersilienwurzel, Schod 4,50-5,00, Äpfel per 100 Pfd. 6-18, Pfefferlinge per 100 Pfd 12-16, Radische per Schod 0,75-1,00, Salat per Schod 1,00-1,20, Gurken, Pfeffer, Schod 2,50-3,50, Bohnen, grüne, 100 Pfd. 30-35, Stachelbeeren, per 100 Pfd 7-15, Erdbeeren, feine 100 Pfd. 20-40, da. Walderdbeeren 40-60, da. Hamburger 30-35, do. Fokker 25-35, da. Gubener 25-35, Klaberjann, 100 Pfd. 6-12, Johannisbeeren, 100 Pfd. 6-12, Kirchen, Gubener, per 100 Pfd 11-12, do. Schleifische 6-14, Berdelsche 10-12, da. Glas 15-18, da. Thüringer 5-13, Matten 25-30, feure 14-18, Birnen, ital., per 100 Pfd 20-22, Pfirsche, per 100 Pfd 20-40, Apfelsinen, ital., per 100 Pfd. 20-28, Traube, 20-29, ungar. 18-25, Kirschen, ital., per 100 Pfd 16-22, Pfäumen, ital., per 100 Pfd 18-22, Zitronen, Messina, 300 Stück 9,00-15,00, da. 300 Stück 8,00-11,00, da. 200 Stück 6,00-12,00.

Witterungsüberblick vom 12. Juli 1907, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer- stand man	Wind- richtung	Wolken- deckungs- grad	Temperat. in °C	Stationen	Barometer- stand man	Wind- richtung	Wolken- deckungs- grad	Temperat. in °C
Zwinnende	765 M	4 bedekt	13	13	Caparanda	766 M	2 bedekt	14	14
Damburg	763 M	3 bedekt	11	11	Petersburg	764 M	1 wolkenl	19	19
Berlin	767 M	33 Regen	11	11	Seilly	774 M	1 heiter	14	14
Ramsla M.	771 M	4 heiter	12	12	Aberdeen	769 M	1 bedekt	14	14
München	771 M	3 bedekt	10	10	Paris	774 M	1 wolkenl	11	11
Wien	768 M	4 wolllig	14	14					

Wetter-Prognose für Freitag, den 13. Juli 1907.

Etwas wärmer, vielfach heiter, aber noch veränderlich bei mäßigen südwestlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Wasserband am 12. Juli vorm. 6 1/2 bei Anflug — Meter, bei Dresden 0,57 sp. — Ude bei Ragnburg 1,48 Meter. — Oder bei Meißel 2,71 Meter. — Oder bei Dresden 0,52 Meter. — Oder bei Breg 3,28 Meter. — Neigemsöhne 3,28 Meter. — Rhein bei Land, 11. Juli 5 Uhr morgens 3,10 — 0,96 Meter. Rhein bei Land bei Stralburg, 11. Juli 3,95 + 0,16 Meter.

Sozialdemokratischer Wahlverein

für den

4. Berliner Reichstags-Wahlkreis

Sonntag, den 14. Juli:

Großes Sommerfest

in folgenden Lokalen:

Beylers Gesellschaftshaus, Ludwigs Park-Restaurant,
Redlich (früher Holwein), Keglerheim,
sämtlich in **Treptow**, Köpenicker Landstraße;
Mentes Volksgarten, **Lichtenberg**, Röderstraße und
Elysium, Landsberger Allee 40

bestehend in
Konzert × Unterhaltungen aller Art × Kinder-
belustigungen × Fackelpolnaise mit bengalischer
Beleuchtung × Preiskegelschieben × Tanz.

Eröffnung 2 Uhr.

Billet 20 Pf.

Das Komitee.

VI. Wahlkreis.

Sonntag, den 14. Juli 1907:

Großes Sommer-Fest

im Gesamt-Etablissement „Moabiter Schützenhaus“,
Plötzensee.

Großes Garten-Konzert

ausgeführt von zwei stark besetzten Musik-Kapellen.
Mitglieder des Verbandes der Berufsmusiker.
Auftreten des beliebten Berliner Uk-Trio.

Gefangs-Haufführungen

von 23 Vereinen des Arbeiter-Sängerbundes Berlins und Umgegend.

Turnerische Haufführungen

ausgeführt von Mitgliedern der Arbeiter-Turnvereine.

Auftreten von Mitgliedern des Arbeiter-Athleten-Bundes.

Vorführungen von Mitgliedern des

Berliner Arbeiter-Radfahrervereins

(Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“).

Die Kaffeeküche ist von 2 Uhr ab geöffnet.

Von 3 Uhr nachmittags:

Tanz.

Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pfennige nach.

für die Kinder: Jedes Kind erhält am Eingang zwei Bons, von denen der eine gegen eine Stocklaterne umgetauscht werden kann, während der andere zur einmaligen Benutzung der Schaukel oder des Karussells berechtigt.

Für ausreichende Fahrverbindung ist Sorge getragen, da die Straßenbahn-Gesellschaft die Linien 10, 11 und 12 an diesem Tage bis Plötzensee durchführt und bei Bedarf vom Rosenthaler Tor ab Einsetzwagen verkehren. Von der Haltestelle ist zwei Minuten Weg bis zum Schützenhause. Vom Ringbahnhof Beusselstraße ist das Lokal zehn Minuten entfernt. Außerdem führen die Straßenbahnlinie 29 und 68 und die Omnibuslinie 45 bis in die Nähe des Festlokals.

Bei etwa eintretenden Unglücksfällen steht den ganzen Tag die Arbeiter-Samariter-Kolonie gratis zur Verfügung.

Der Arbeiter-Schwimmerbund hat am See eine Rettungswache stationiert.

Billetts im Vorverkauf 20 Pf., an der Kasse 25 Pf.

Anfang mittags 12 Uhr.

Zu zahlreichem Besuch dieses beliebten Volksfestes ladet ein
Das Komitee.

Prater-Theater.

Stationen-Platz 7/9.

Flotte Weiber.

Spezialitäten 1. Ranges.
Auftreten der Löwenbraut
Tilly Bébé mit ihren drei Bräutern.
Konzert und Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr.

Hungersnot in Sicht!

Warum bekümmern sich die Staatsregierungen nicht um diese gefährlichen Vorgänge?

Das Wirtschaftsabbild der Gegenwart und der Zukunft ist zu beziehen durch alle Buchhandlungen (Kommissionär: Otto Weber, Leipzig). Broschüre A, vollständige Ausgabe, Mk. 2. — Teil- und Volksausgabe, 60 Pfg. Gegen Einsendung von Mk. 2.10, bzw. 65 Pfg. für das Inland, Mk. 2.20 bzw. 70 Pfg. für das Ausland, werden die Broschüren portofrei vom Verfasser Kaufmann Michael Proestler in Würzburg versandt, wenn in Buchhandlungen nicht erhältlich. Man verlange ebendasselbe Flugschriften und Prospekte.

Praktisch! Reinlich!
Sparsam!

8866L*

Spiritus-Kocher

für Haus und Reise.

Centrale für Spiritus-Verwertung
Berlin NW. 7, Friedrichstr. 96, gegenüber dem Central-Hotel.

Illustrierte Preisliste kostenlos!

Jeder Herr!!

ist verpflichtet, mein Angebot zu prüfen!

S. Littmann

Zentrale für Herren- und Knaben-Moden

nur No. 2 Granienstraße nur No. 2

nah Station Hochbahn Granienstraße.

Ich offeriere:

Feine Sommer-Paletots	von Mk.	11,50 an
Elegante Herren-Anzüge	"	10,50 "
Feine Herren-Anzüge	"	12,00 "
Solide 1- und 2reihige Herren-Anzüge	"	14,50 "
Elegante Kammgarn-Anzüge	"	16,50 "
Hochfeine Rock-Anzüge, 1- u. 2reihig	"	22,50 "
Hochfeine Einsegnungs-Anzüge	"	10,75 "
Elegante Stoff-Jackets	"	5,50 "
Feine Burschen-Anzüge	"	5,75 "
Elegante Herren-Stoffhosen	"	2,50 "
Schöne Knaben-Anzüge für jedes Alter	"	3,50 "
Elegante Radfahr-Anzüge	"	12,50 "

Anzüge sowie Paletots für extra korpulente Herren
in großer Auswahl vorrätig von 18,50 Mk. an.

Dieses Inserat wird beim Einkauf von 10 M.
für 50 Pfg. in Zahlung genommen.

Bestellungen nach Maß sowie Reparaturen werden
sauber und billig ausgeführt.

Prinzip: Großer Umsatz — Kleiner Nutzen.

S. Littmann, Zentrale für Herren- und Knaben-Moden

nur No. 2 Granienstraße nur No. 2.

Bitte genau auf Firma u. Hausnummer zu achten!



Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz

Kostenlose Erholungsreise

haben diejenigen, welche das Jahr hindurch ihre Konfektion bei uns kaufen, denn eine Unmenge Geld spart jeder durch die unglaublich billigen Preise bei



Eigene Fabrik mit elektrischem Betrieb.

3 Preise. Maß-Abteilung. 3 Preise.

Herren-Anzüge.		Herren-Paletots.	
Serie I, Wunderbare Modestoffe, 2750 M. hochlegant, 1 Stck.		Serie I, gemustert, blau u. schwarz, 2450 M. Stck.	
Serie II, Prima Kammgarn, das 3750 M. allernueste, 1 Stck.		Serie II, extra prima Modestoffe, 3450 M. Stck.	
Serie III, das Wunder Berlins, 4750 M. 1 Stck.		Serie III, feinste Ware, das Wunder Berlins, 4450 M. 1 Stck.	

Herren-Hosen, Serie I 9⁵⁰, Serie II 13⁵⁰, Serie III 17⁵⁰ M.

Auf Seide 10% mehr. Garantie für prima Sitz u. Verarbeitung.

Auf Wunsch Besuch unserer Stadtreisenden.



Herren-Anzüge.		Herren-Hosen 1 ⁸⁵ , 2 ⁴⁵ , 2 ⁹⁰ , 3 ²⁵ etc.	
Serie 100, kariert, hellgrau, 695 M. 1 Stck.		bis 60% unter Preis.	
Serie 102, Blau u. schwarz Cheviot, 825 M. 1 Stck.		Lüster- u. Leinen-Joppen unter Preis	
Serie 104, Sommer-Anzug, 1025 M. 1 Stck.		Maß-Anzüge enorm billig.	
Serie 107, Sonntags-Anzug, 1860 M. 1 Stck.		Kinder-Anzüge halb umsonst.	
Serie 110, Maß-Verarbeitung auf Roßhaar, 1750 M. 1 Stck.			

Nur kein Neid, wer kann, kann.

29-30 Kottbuser Damm 29-30 9 Rosenthaler Str. 9, Ecke Auguststr.
137 Gr. Frankfurterstr. 137 jetzt 85 Chaussee-Straße jetzt 85
5 Geschäfte, 10 Haupt-Straße 10 5 Geschäfte.
Schöneberg.

Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz

Jeder Arbeiter, jeder Handwerker

sollte zur Arbeit die Lederhose Herkules tragen. Allein-Berlauf. Sehr hartes Leder in praktischen grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Am Bund aus einem Stück gearbeitet. Sehr feste Knappnähte. Haltbarste Pilot-Kaschen. Große Hüften umfaßt. Die Herkules-Hose 4 M. 50

Monteur-Jackett „Edison“, edelblau oder braun 2 M. 65
Monteur-Hose „Edison“, edelblau oder braun 3 M. 25
Rancher-Jacke 10,50, 5 M. 75
Gefüll. Wäsche-Jackett 19, —, 10,50
Wasser-Mittel 3, —, 2,50, 2 M. 25
Mechaniker-Mittel (Draht) 3, —, 2 M. 50
Weiße Lederhosen 4,50, 3 M. 25
Reisekoffer-Anzüge, blau, 5 M. 50
Weiße Jacketts für Herren, Kellner, Konditoren, Köche usw.
Die Preise gelten für normale Größen.

Baer Sohn

En gros. Export. En detail.
Chaussee 21a 25, Brückenstr. 11.
Gr. Frankfurterstr. 20.
Haupt-Katalog gratis und franco.
Bei Bestellung von Hosen ist die Bundweite und die Schnittlänge, bei Jacketts und Mitteln die Brustweite anzugeben. 53672*

Nachdruck verboten!



Eine Mark
wöchentliche Teillieferung liefert
elegante fertige 15555
Herren-Garderoben
Größe für Mann.
Anfertigung nach Maass.
Zachweise Kostümbau.
Julius Fabian,
Schneidermeister,
Gr. Frankfurterstr. 37, 4
Eingang Straußberger Weg.

WARENHAUS

Wilhelm Stein

BERLIN N.39

Chausseestr. 70-71

Von Sonnabend, den 13. bis Dienstag, den 16. Juli cr., so lange Vorrat:

Fleischwaren.

Table with 3 columns of meat products and prices: Rotwurst, Zwiebelwurst, Harte Mettwurst, Braunsch. Mettwurst, Fleischwurst, Thür. Cervelatwurst, Landleberwurst, Jagdwurst, Feine Leberwurst, Thür. Kümmelwurst, Filetwurst, Thür. Salamiwurst, Schinkenspeck, Mausschinken, Fetter Speck, Magerer Speck, Liesen, Westf. Cervelatwurst.

Wild und Geflügel.

Junge Tauben Stück 0,60 M. Suppenhühner Stück 1,90 2,10 2,25 M. Rehblätter Stück 1,75 1,90 M.

Frische Eier Mandel 0,65 M. Feinste Tafelbutter Pfund 1,20 M. Fr. Landbrot Stück 0,39 0,45 M.

Gebrannte Kaffees Mischung IV III II I Mischung V rein im Geschmack, ergiebig Pfund 0,80 M. Brot-Zucker ohne Blau Pfund 0,23 M.

Hiesige Nieren-Kartoffel 5 Pfund 33 Pfennig.

Besonders preiswertes Angebot von Sonnabend, den 13., bis Freitag, den 19. Juli cr., so lange Vorrat, in Glas und Porzellan.

Dr. Simmel Spezial-Arzt für Haut- und Hautleiden. Prinzenstr. 41, Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Wo? machen wir diesen Sommer unsere Landpartien hin? Nach Pichelsdorfer alten Freund. Partien bis 1500 Personen haben bei schönem Wetter bequem Platz. Es ladet ganz ergeben ein. Fernsprecher Spandau: 814. Küche stets in altbekannter Güte.

Spandau, Pichelsdorferstr. 39. Sonntag, Anfang 3 Uhr: Gr. Ball. Familien können Raschelegen! 52882* Emil Koopnick.

Grünau! Friedrichstr. 2 Grünau! Telefon: Nr. 17. Gastwirtschaft Lindenhayn Fremdenlogis. Garten x Vereinszimmer x Kaffeeküche. Speisen und Getränke in größter Auswahl zu kleinen Preisen! Auf vielfache Anfragen zur Nachricht, daß ich keine Saal zur Verfügung habe. 15626*

Otto Pritzkow Münzstraße 16. Welt-Ausstellungs-Biograph-(St. Louis) Theater lebender Photographien. Täglich Eingang von Neuheiten. Den ganzen Tag Vorstellung.

Kleine Anzeigen

Jedes Wort 10 Pfennig. Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

ANZEIGEN für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 3 Uhr angenommen.

Verkäufe. Teppiche mit Farbenlehren-Fabrik, niedrige Große Frankfurterstraße 9, parterre. kein Laden. Rauerhoff. 11. Steppdecken billig! Fedril Große Frankfurterstraße 9, parterre. 11. Gardinenband Große Frankfurterstraße 9, parterre. kein Laden. Rauerhoff. 17. Herrenfahrrad, Damenfahrrad, wie neu, 45,00. Holz-Blumenstraße 26 b. 25158*. Steppdecken spottbillig, Fabrik Große Frankfurterstraße 60. 21679*. Zigarren, alle Zigaretten, Raucherstraße 96, Kar. Weiß. 14413*. Fahrräder, Teilzahlungen. Invalidenstraße 20, Stallherstraße 40. 25158*. Teppiche! (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Braun, Oadefischer Markt 4, Bahnhof Straße. 26111*. Sofastoffe, Wolle, Nisch, Mocquet spottbillig. Teppichhaus Emil Lehmann, Dranienstraße 158. 25158*. Kinderwagen, Kinderbettstellen, Sportwagen, gebrauchte, zurückgelehrt spottbillig. Sommer, Wienerstraße 51. 22478*. Kinderwagen, Kinderbettstellen Sportwagen, gebrauchte, zurückgelehrt spottbillig. Schneider, Sturfschloßstraße 172. 22478*. Umzugshalber verkaufe Kinderwagen, Kinderbettstelle spottbillig, seltene Gelegenheit. Gahn, Gleditschstraße 48. 4619*. Räumungsverkauf, Pfandleihenhaus, Weidenweg neunzehn, extra-billig. 46110*.

Sommerpaletts, Monatsanzüge, wenig getragen, von 5 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue elegante Garderobe aus erster Bezugsquelle 20 Prozent billiger wie im Laden, direkt vom Schneidermeister Paul Fürstengel, nur Rosenhainerstraße 10. Fernsprecher Amt III 5117. 26110*. Nähmaschinen, Zahl höchste Vergütung, Großes Fabriklager aller Systeme. Wenig gebrauchte billig. Kleinste Anzahlung Kraba, Rosenhainerstraße 19. Filiale Gornierstraße 26. Polikarte genügt. 10836. Herrenfahrrad, Damenfahrrad 20,00, Schädel, Schmidstraße 37. 25158*.

Wandleihan! Hermannplatz 16. Für jedermann! Spottbilligste Stellenvermittlung, Handwerker, Vermietungsamt, Wanderverkauf, Bestände, Nähmaschinen, Aussteuerkäufe, Gardinenverkauf, Teppichverkauf, Goldschmuck, Uhrenverkauf, Juchettanzüge, Gebrochene, Sommerpaletts. 17575*.

Patentanwalt Bessel, Gleditschstraße 94. 25538*. Waschanhalt. Garantiert Chlorfrei, getrocknet im Freien. Kalen, Leibnizstraße und Handlischer 0,10. Abholung Montag, Dienstag, Sternum, Abend, Kaiser Friedrichstraße 1. 25793*. Zeitschrift 68 h, zwei Studien und Küche per Monat 30 Mark, eine Studie und Küche per Monat 21 und 23 Mark. 17300*. Stube, Küche, viel Zubehör Stolpischestraße 59, dicht Schönhauser Allee, sofort oder später. 167*.

Freundliche Schlafstelle 2 Herren, Hagedorn, Liepmannstraße 5, Nähe Alexanderplatz. 1798b. Möblierte Schlafstelle, 1 oder 2 Herren, zu vermieten, Klade, Rindbachstraße 10. 1797b. Saubere Schlafstelle für Herren bei Hoop, Adlerstraße 61, Hof 1 Treppe. 1468b. Vermietungen. Wohnungen. Schöne billige Wohnungen Solbingerstraße 22/24. 11905*. Moderne Kleinwohnungen sehr billig Lärchenstraße 17, Paul Gerhardtstr. 25793*. Zeitschrift 68 h, zwei Studien und Küche per Monat 30 Mark, eine Studie und Küche per Monat 21 und 23 Mark. 17300*. Stube, Küche, viel Zubehör Stolpischestraße 59, dicht Schönhauser Allee, sofort oder später. 167*.

Steyperinnen und Zusammenlegerinnen bei hohem Lohn verlangt. Damm, Hagenstraße 78. 18041*. Aufhefterinnen, Buchenlohn, verlangt Exzerzierstraße 27. 1101. Verschnürerinnen, Buchenlohn, verlangt Exzerzierstraße 27. 1102. Wamsfeld auf Fackels, Buchenlohn 20,00, verlangt Exzerzierstraße 27. Im Arbeitsmarkt durch besondere Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile. Tüchtige Spielraumhobler, 1 Weinaufsteimer sofort für dauernde u. lohnende Arbeit gesucht. Bei betrieblichen Leistungen wird die Hin- und Rückfahrt vergütet. Burk & Bastian, Rasierfabrik, U.-Barmen. 18015*.

Verschiedenes. Verne die Muttersprache beherrschen! Erfolgreich, leicht lachender Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde wöchentlich genügt. Gefällige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts“ zu richten. Der Stoff hat 7 fertige Herrenanzüge 15,00. Wagner, Schneidermeister, Lichtbergstraße 9. Die Beleidigung, die ich gegen Frau Bertha Frl. Kopernikusstraße 28, aussprechen habe, soll, nehme zurück und erkläre dieselbe für eine Ehren-Person. Emma Jahnke, Dranienstraße 159. 22812*.

Zimmer. Möbliertes Zimmer für einen oder zwei Herren zu vermieten Kolbergerstraße 26, III. 11905*. Teilnehmer zum möblierten Zimmer gesucht Belle-Alliancestr. 11, Seitenflügel 1 rechts. 1715b. Schlafstellen. Möblierte Schlafstelle, 2 Herren. Margiliter, Rindorf, Dobrechtstraße 12. Für unsere täglich erscheinende Zeitung suchen wir einen Ersten Redakteur per 1. Oktober, event. auch früher. Gehalt nach Uebereinkunft. Verlag der „Märkischen Volksstimme“, Kottbus, Am Amstisch 18. 54472*.

Stellenangebote. Pflanzener, saubere Bandarbeiter, unter Chiffre „Ho. 917“, Konnonenbureau Linienstraße 203/4. Farbigerer, Weizenerstraße 6. Einen Rahmen-Schneider und einen Leimer oder Leimerin eventuell in Unterprie zu vergeben, verlangt bei gutem Lohn. Derten unter A. 1 Expedition des „Vorwärts“. 18006. Chauffeurkule „Am Bedding“, nur Gleditschstraße 17, größte, bedeutende, nimmt fests Lehrlinge an. Theoretische und praktische Ausbildung zum Chauffeur unter Ingenieurleitung. Verhältnisse mit elektrischer Kraft. Kostenlose Vermittlung hochbezahlter Stellen. 28219*.

Achtung! Töpfer! Die Baufirma Regierungsbaumeister Gustav Hönigke, Jagowstraße 43, ist hiermit gesperret. In Betracht kommt der Bau Tile Wardenbergstraße 3/4, ausgeführt vom Töpfermeister Fr. Krüger, Schöneberg, Gieselerstraße 64. 20015*. Gleichzeitl. ist der Töpfermeister Otto Naack, Baumschulweg, Gieselerstraße 3 gesperret, welcher den Bau in Ober-Schöneberg, Gelmschloßstraße, der Baufirma Stutterheim ausführt. Bei beiden Sperren handelt es sich um Lohnausfall. Die Verbandsleitung.